

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die verfloßene Tagung des britischen Parlaments.

London, 30. August. (Eig. Ver.)

Die parlamentarische Tagung des Jahres 1907 währte vom 12. Februar bis zum 28. August. Ihr Entstehen nicht weniger als 56 neue Gesetze und Reformen, von denen jedoch nur drei von größerer Bedeutung sind: die Gewährung einer freien Verfassung an Druanien, die Armeereform und das englische Ansiedlungsgesetz. Von geringerer Bedeutung, aber doch von Interesse sind: die Erweiterung des Frauenwahlrechts in der Lokalverwaltung; die Errichtung eines Appellhofes in Straßachen; die progressive Besteuerung von großen Einkommen und Erbschaften; die Garantierung der Transvaal-anleihe von 100 Millionen Mark; die Kündigung der Strafklausel der Brüsseler Zuckerkonvention; die Resolution betreffs Reform des Oberhauses; das Gesetz betreffend die verjagten irischen Farmer.

Die Armeeform wurde vom Kriegsminister Mr. Galdane (lies: Haldane) eingebracht und mit großem Geschick in allen Stufen vertreten. Bislang waren die militärischen Kräfte des Vereinigten Königreiches eingeteilt in: reguläre Armee und Hilfstruppen. Die reguläre Armee bestand aus Angenordenen, die sich auf eine Dienstzeit von drei bis zu zwölf Jahren verpflichteten. Die Hilfstruppen bestanden aus Miliz, Yeomanry (lies: Jumeren) gleich berittene Miliz), Reserve und Freiwilligen. Die Hilfstruppen waren äußerst mangelhaft organisiert und — mit Ausnahme der Miliz — auch äußerst mangelhaft ausgebildet. Große Teile der Hilfstruppen existierten nur auf dem Papier, und Haldane stellte sich nun die Aufgabe, den Hilfstruppen eine einheitliche Organisation zu geben. Seine Reform bezieht sich hauptsächlich auf die Hilfstruppen, obwohl auch der regulären Armee einige Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Nach seinem Plane besteht die reguläre Armee — ein Kolonial- und Auslandsheer — aus 160 000 Mann, deren Ausbildung und Schlagfertigkeit möglichst vollkommen sein soll.

Eingreifender ist die Reform der Hilfstruppen. Die Miliz, Yeomanry und die Freiwilligen erhalten eine einheitliche Organisation und sind nunmehr als Territorialarmee bekannt, deren Aufgabe es ist, das Land gegen eine Invasion zu schützen. Ihre Stärke beträgt 300 000 Mann. In Friedenszeiten ist ihre Ausbildung eine ganz geringe; ihre eigentliche, kriegsmäßige Ausbildung beginnt erst beim Ausbruch eines Krieges und dauert sechs Monate. Diese eigenartige Einrichtung beruht auf folgenden Erwägungen: England ist ein Inselstaat. Seine erste Verteidigungslinie ist die stets kriegsbereite Flotte. Erst wenn die Flotte geschlagen ist, kann der siegreiche Feind an eine Invasion Englands gehen. Die britische Flotte kann aber nicht so leicht vernichtet werden. Es müssen Monate vergehen, ehe ein solches Resultat zu erzielen wäre. Diese Periode des Seekrieges nun soll von der Territorialarmee zur Ausbildung benutzt werden. So lange aber der Seekrieg nicht entschieden ist, bleibt ja auch die reguläre Armee im Lande, außer wenn England gezwungen sein sollte, gleichzeitig einen See- und einen Landkrieg zu führen, etwa: in der Nordsee gegen Deutschland und in Ägypten gegen die Türken. In einem solchen Falle müßte die reguläre Armee nach Ägypten geschickt werden. Immerhin würde die Territorialarmee Zeit haben, während der Zeit des Seekrieges eine kriegsgemäße Ausbildung zu erhalten.

Dies die Grundzüge der Armeeform. Erweisen die Erfahrungen der nächsten Jahre, daß die Reform undurchführbar ist, so wird wohl zur allgemeinen Militärspflicht gegriffen werden.

Der Erfolg des englischen Ansiedlungsgesetzes hängt vielfach von den Lokalbehörden ab, die aber vom Volke gewählt werden. Will das Volk eine gründliche Bodenreform, so kann es sie haben. Es ist gut, daß dieses Gesetz nicht unter die Lokalregierung gefallen ist; denn John Burns, der ja der eigentliche Lokalminister ist, hat absolut keine Initiative. Er wird immer mehr zu einem Hindernis jeder Reform; er hat die Gelegenheit, eine große Zahl von Arbeitslosen dem Ackerbau, der Gärtnerei und anderen Zweigen der Landwirtschaft zuzuführen, aber er will nichts tun und benutzt seine ministerielle Macht noch dazu, alle derartigen Experimente zu verhindern. Er hat für die Arbeitslosen kein anderes Hilfsmittel als Auswanderung nach den Kolonien.

Die Verfassung Druaniens ist der von Transvaal gleich. Auch die Wirkung der Verfassung ist dieselbe wie in Transvaal. Die Bevölkerung söhnt sich mit ihrem Schicksal aus und wird bei den ersten Parlamentswahlen eine gemäßigtere Mehrheit, die für das Zusammenarbeiten mit den Briten ist, in die Legislatur schicken. Der alte Präsident Steyn und General Dewet gehören zwar noch zu den Unversöhnlichen, aber wie aus Bloemfontein berichtet wird, wendet sich die Bevölkerung den gemäßigten Führern zu. Das Beispiel Transvaals, dessen Regierung sich bis jetzt außerordentlich loyal gezeigt hat, ist dabei nicht ohne Einfluß.

Die englischen Franzosen haben zwar vorläufig mit ihrer Agitation für das Parlamentswahlrecht kein Glück gehabt. Dafür erhielten sie weitere Rechte in der Lokalverwaltung.

Frauen dürfen nunmehr auch zu Präsidenten der Grafschaftsräte, zu Bürgermeistern und zu „Aldermen“ gewählt werden.

Die Iren erhielten ein Gesetz, das 2000 ausgetriebene Pächter wieder zu Bodenbesitzern machen wird. Sie werden entweder ihre alten Farmen oder anderen Grund und Boden erhalten, und zwar kraft des bekannten Bodengesetzes vom Jahre 1903. Bei den Debatten über diese Vorlage kam es zu Konflikten zwischen der Regierung und den Iren, da die Regierung sich gegenüber manchen Einwendungen der Lords nachgiebig zeigte. Die Iren verließen demonstrativ die parlamentarische Sitzung. Das Verhältnis zwischen der irischen Fraktion und der Regierung hat sich während der verfloßenen Session überhaupt verschlechtert. So lehnten die Iren die Council Bill ab, die ihnen ein Stück Autonomie in der Lokalregierung gewährt hätte. Die Iren sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht. Sie hatten von der Regierung eine Homenulebill erwartet; doch die blieb aus, da in dieser Frage keine Einigkeit in der Regierung besteht; es würde eine solche Bill ja auch vom Oberhause abgelehnt werden. Es ist nach allem nicht ausgeschlossen, daß es in Irland zu sporadischen Unruhestörungen kommen wird. Schon bei den Streikunruhen in Belfast zeigte sich die Aufregung der Iren, die bekanntlich zu Blutvergießen und Verhaftungen führte. Jedenfalls ergreift die Regierung Vorsichtsmaßregeln und sie verstärkt in gewissen Gegenden Irlands die Polizei. Diese Verstärkungen können aber nicht vorgenommen werden, ohne daß die betreffenden Gegenden formal „proklamiert“, das heißt unter Ausnahme-gesetze gestellt werden!

Ueber der ganzen Tagung schwebte der Konflikt zwischen dem Unterhause und den Lords. Von den 58 Vorlagen, welche die Regierung einbrachte, wurden zwar nur 2 von den Lords abgelehnt (die schottischen Vorlagen über Bodenreform und Bodenbesteuerung), aber schon die Möglichkeit der Ablehnung von Vorlagen, die vom Unterhause angenommen wurden, veranlaßt die liberale Partei, nach Mitteln zu suchen, um die Lords zu zügeln. Am 24. Juni nahm das Unterhaus eine Resolution an, die die Oberberenschaft des Unterhauses sichern will. Wie der Premierminister bei dieser Gelegenheit erklärte, sollen bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern gemeinschaftliche Kommissionen über die strittigen Punkte beraten und einen Ausgleich herstellen. Bleiben die wiederholten Versuche solcher gemeinschaftlichen Beratungen ergebnislos, so soll schließlich das Unterhaus das entscheidende Wort haben.

Die Kündigung der Strafklausel der Brüsseler Zuckerkonvention wurde von den Deutschen angenommen, ohne daß diese die Konvention selber kündigten. Das heißt: England ist vom 1. September 1908 an berechtigt, Prämien-zucker einzuführen, aber die übrigen Mächte, die der Konvention angehören, dürfen für die nächsten fünf Jahre die alte Prämienwirtschaft nicht wieder ins Leben rufen. So hat England vorläufig die Zuckerpatrien in Deutschland, Desterreich usw. abgeschafft, ohne dafür irgendwelche Gegenleistung zu machen.

Ebenso wie in diesem Punkte gegenüber dem Auslande, hat die liberale Regierung während der Reichskonferenz die Grundsätze des Freihandels gegenüber den britischen Kolonien verteidigt. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung im Lande an Popularität verliert. Die politische Strömung neigt zum Konservatismus und zum Sozialismus. Bei den parlamentarischen Nachwahlen der letzten Monate verlor die Regierung einige Mandate an die Arbeiter und Sozialisten, während die Konservativen ihre Stimmenzahl vermehrten. Jedoch läßt sich noch nicht sagen, wie sich die britischen Parteiverhältnisse in den nächsten Jahren verschieben werden, da die Konservativen sich über eine einheitliche Politik nicht einigen können und die Arbeiterfraktion sich während der verfloßenen Session nicht besonders ausgezeichnet hat. Die Krankheit und Abwesenheit Keir Hardies hat der Arbeiterfraktion geschadet. Da ich mich über diesen Punkt nicht in Kontroversen einlassen möchte, so sei hier das Urteil des sozialliberalen Abgeordneten Masterman aus der „Nation“ vom 24. August mitgeteilt, wobei zu bemerken ist, daß diese Wochenchrift den Gewerkschaftspolitikern und gemäßigten Sozialisten sehr geneigt ist. Masterman sagt:

„Die einzelnen Mitglieder der Arbeiterpartei wurden rasch auherordentlich populär; die festigen Reden, die zuweilen vom „linken Flügel“ kamen, wurden mit einer gutmütigen Toleranz entgegengenommen, die schwerer zu belämpfen ist als offene Verachtung. Die Krankheit Keir Hardies hat die letzte Figur beseitigt, die geneigt war, strikte Selbständigkeit zu wahren und die Konservativen ebenso zu hassen wie die Liberalen. In der ersten Parlamentstagung (1906) hat die Arbeiterpartei die Situation beherrscht und beinahe die Bedingungen in der Sozialpolitik diktiert. In der zweiten Tagung (1907) haben die Arbeiter als Partei so gut wie nicht gezählt.“

Zum Wahlrechtskampf.

Nationalliberale Fansarenblasen!

Der nationalliberale Kandidat für den Landtagswahlkreis Behe-Gessemünde, Geheimrat Witting (ein Bruder Maximilian Hardies), hat am Sonnabend eine Wahlrechtsrede gehalten, in der er nach dem Vericht der „Nat. Ztg.“ ausführte:

„Ein vor 60 Jahren bereits als vernünftig kaum anzusprechendes, auf brutalem Wegens ausgebauten Wahlrecht ist durch die ungeheure Umwälzung aller Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse längst zur Versteinerung geworden. Nichts hat vielleicht so aufreizend gewirkt, nichts so sehr ein Anrecht auf Mitleid und Unzufriedenheit gegeben, nichts die Freude am Staat und am politischen Leben so verflümmert, nichts Preußen allmählich so unpopulär gemacht, als ein Wahlrecht, das 85. Proz. aller wahlfähigen Männer nahezu entrechtet. Leider ist in die ganze Bewegung von vornherein ein Mifton gebracht; man hat den fundamentalen Grundgedanken verleugnet: „in necessariis unitas“. Das Notwendige ist eben die Reform an sich, eine Reform, die den Klassenstatus beseitigt, die Allgemeinheit der direkten Wahlen verbürgt und damit die breite Masse ebenso wie Intelligenz und Besitz in ihrer staatsbürgerlichen Persönlichkeit schützt. Deshalb wird und muß man die Reform von der Staatsregierung fordern; ohne Haubern, sofort, mit dem Ernst, der Würde und dem unwiderstehlichen Machtbewußsein, das ein Parlament als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung gegenüber der Staatsregierung zu zeigen hat. Unsere Partei wenigstens, das kann ich nachdrücklich betonen, ist nicht geneigt, sich mit dilatorischen Worten abfinden zu lassen; wir sehen einstweilen nicht ein, welcher Grund vorliegt, nicht schon in dieser Session einen Gesetzentwurf für Reform des Wahlrechts vorzulegen. Man kommt aber in der Regierung häufig vor lauter „Erwägungen“ nicht zu frischem Entschluß; wenn man sich in Berlin über die verschiedenen Pläne erkundigt, hört man immer nur von „Vorarbeiten“; alles ist wie es heißt, noch in „embryonischem“ Zustand. Ja, aber diese Embryos müssen doch nun ehlich ausgetragen sein; die gesetzliche Konzeptionszeit wenigstens ist längst vorüber.“

Herr Witting hat es also furchtbar eilig mit der Wahlreform. Die Regierung soll sofort an die Reform herangehen! Der Freisinn dagegen sucht sich zu drücken. Er will sich einstweilen mit einem allgemeinen Versprechen der Regierung begnügen, mit radikaler Gebärde in den Wahlkampf ziehen, um dann zu nehmen, was ihm die Regierung und die Blockparteien gnädigst zu gewähren bereit sind!

Katürlich meint es der Nationalliberalismus darum nicht ernsthafter mit der Wahlreform. Im Gegenteil! Er fürchtet, daß die Wahlrechtsbewegung der Reaktion auf die Dauer gefährlich werden könnte und möchte deshalb das neue Klassenwahlrecht möglichst rasch unter Dach und Fach gebracht sehen!

Trotzdem ist uns die nationalliberale Politik sympathischer als die des Freisinn. Denn sobald die Regierung schon im alten Landtage mit einem Wahlrechtsentwurf käme, müßten Freisinnige und Zentrum Farbe bekennen! Sie müßten gegen die Reform stimmen, sie müßten sich in die Opposition begeben, nicht nur im Landtage, sondern auch im Reichstage. Diese Opposition, die in Verbindung mit der Sozialdemokratie die Mehrheit des Volkes hinter sich hätte, würde ein zuverlässigerer Wahnbrecher des Reichstagswahlrechts für Preußen sein, als eine etwas verstärkte freisinnige Fraktion des neuen Landtages, die im Vertrauen auf die Abschließlichkeit der Zeit alle Kompromissländen nach drei Jahren für verjährt halten würde!

Nicht Kompromisserei und Diplomatenkünste werden uns das Reichstagswahlrecht bringen, sondern nur rückichtsloser Kampf! Je eher dieser Kampf mit aller Schärfe entbrennt, desto besser!

Mit allem Nachdruck — wie bisher!

Unter den Anträgen zum Parteitag der „Freisinnigen Volkspartei“ befindet sich auch der von Müller-Sagan und Müller-Herlorn gestellte Antrag auf Reu-erhebung der Forderung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen.

Die beiden Müller erwarten, daß der Parteitag den Beschluß faßt, daß die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei für diese Forderung „wie bisher mit allem Nachdruck“ eintreten wird.

„Wie bisher“ ist gut! Bisher hat nämlich der Freisinn noch nicht die geringste Kampfesenergie bewiesen! Und „wie bisher“ soll es auch künftig bleiben?!

Alles oder nichts!

Die dem Freisinn politisch nahestehende „Ethische Kultur“ schreibt:

„Alles oder nichts? Das ist die unbequeme Frage, die dem entschiedenen Liberalismus in der Frage der Reform des preussischen Landtagswahlrechts gestellt wird. Der aus Prinzip unentschiedene Liberalismus, will sagen: der staatsmännlich-angehauchte Nationalliberalismus von Wasser-mann bis zur „Vossischen Zeitung“ hat sich, wie es scheint, schon auf die mittlere Linie des: „ein wenig, aber nur nicht zu viel“ begeben. Nämlich man verbeugt sich vor dem Prinzip, daß man eigentlich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben möchte, uneigentlich aber läßt man mit sich handeln und wird sich, falls der Ministerpräsident eine Wahlrechtsreform mit einem ganz bescheidenen Bonus, mit Pluralstimmen für Bildung, Besitz, Alter und vielleicht auch erfüllte Militärdienstpflicht vorschlagen sollte, mit dem Speerling in der Hand begnügen.“

Die seine Diplomatie des Fürsten Bilkow muß in diesem Falle versagen. Ein Mehr und Weniger von Zugeständnissen und Forderungen mag im wirtschaftlichen Leben und im internationalen Interessenspiel möglich sein; auf dem einzigen Gebiet, das dem künftigen Diplomaten wohl nicht ganz vertraut ist, dem der Ueberzeugungen, ist Schacher nicht möglich. Mindestens vom Standpunkte des Ethikers aus. Sollte er aber dem Politiker möglich sein — um so schlimmer für diese Art von Politik!“

Flotten-Opfer.

Überall regen sich die Flottenagitatoren, um für die neuen Forderungen, über die man im Reichsmarineamt brüht, Stimmung zu machen. Die flottenfreundliche Presse klagt höchst beweglich über die Veraltung eines großen Teils der deutschen Kriegsschiffe, der Flottenverein stellt für den Herbst eine große Propaganda mit Janfarenmüß in Aussicht, und zugleich, hat, nachdem schon jüngst Herr Peter Spahn der Regierung im Voraus die Unterstützung des Zentrums zugesichert hat, die nationalliberale Fraktion auf Anregung des Abgeordneten Wassermann sich mit der Stellung einverstanden erklärt, die ihr Fraktionsgenosse Stresemann auf der Kölner Tagung des Flottenvereins eingenommen hat. Geschickt wird vorgearbeitet, damit, wenn der große Moment kommt und die Regierung mit ihren neuen Flottenbauplänen herandrückt, der Boden gut präpariert ist. Selbst der „Frankf. Ztg.“ wird es angefangen dieser Vorbereitungen schädel zu Mute.

„Diesen Wetzstein“, meint sie, werden die Steuerzahler zu büßen haben, wenn in der Tat die Marineverwaltung im Widerspruch mit allen ihren Versicherungen bereits wieder eine „Ergänzung“ des Flottenbauplans vorschlagen will. Dabei ist schon durch die letzte Flottennotelle ein größeres Displacement für Linienfahrzeuge und Kreuzer vorgesehen. Will man nun im Ernst abermals über diese Schiffsgrößen hinausgehen, ungeachtet der Tatsache, daß solche Schiffsflotte mit ihrem großen Tiefgang in der Ostsee gar nicht mehr manövrierfähig sein würden und die Erweiterung des Nordostseefanals dann also ziemlich zwecklos sein würde? Noch kostspieliger würde die verlangte Herabsetzung des Alters der Linienfahrzeuge werden; bereits heißt es, daß es, um dies zu erreichen, nicht genüge, das Alter der Linienfahrzeuge allein von 25 auf 20 Jahre herabzusetzen, sondern mit den Ersatzbauten für diejenigen Schiffsklassen, die infolge der Entwicklung der Technik heute nicht mehr als geschäftstüchtig bezeichnet werden könnten, auch sofort zu beginnen. Bei der Verschiedenartigkeit der Anschauungen über den Begriff der Geschäftstüchtigkeit könnte man hiernach zu dem Verlangen kommen, die Hälfte der Flotte in ein paar Jahren zu „erneuern“, wobei die Erneuerung nur den Vorwand für weitere Flottenvermehrungen abgeben würde. Was also jetzt auf eine Reihe von Jahren verteilt ist, würde danach in einer ganz kurzen Frist zu leisten sein, und der jährliche Aufwand für Schiffsbauten würde somit ins Ungemessene wachsen. Warum nun mit einem Mal ein so sprunghaftes Vorgehen? Die internationale Lage drängt jetzt am wenigsten dazu. Der Vergleich mit anderen Seemächten führt aber schon deshalb zu Irrwegen, weil eine stärkere Vermehrung der deutschen Seerüstung lediglich die Wirkung haben würde, daß auch anderwärts die Rüstung verstärkt wird. Deutschland hat alle Ursachen, Ausgabevermehrungen nach Möglichkeit zu vermeiden.“

Die Frage, warum die Regierung mit einem Male ein so schwinghaftes Vorgehen beliebt, ist recht naiv. Warum sollte sie jetzt, nachdem ihr die letzten Reichstagswahlen eine so schöne bewilligungslustige patriotische Blodmeinheit geliefert haben, nicht die Gelegenheit benutzen, ihre alten Pläne durchzuführen und zu nehmen, was sie kriegen kann. Für den Geldbeutel der Steuerzahler eröffnen sich dadurch allerdings sehr trübe Aussichten. Ohnehin ist in den letzten Jahren der Marineetat enorm angeschwollen. Im Jahre 1904 stellte er sich noch auf rund 219 Millionen Mark, 1905 auf 246, 1906 auf 265, 1907 auf 286 Millionen Mark. Wenn die neuen Baupläne zur Ausführung gelangen, wird er sicher schon in wenigen Jahren 400 Millionen Mark erreichen — vielleicht auch noch etwas mehr. Die Gotten-tottenwahlen des 25. Januar und 5. Februar fordern ihre Opfer. —

Die Weltanschauung Wilhelms II.

Wilhelm II. hat am 31. August in Münster eine Rede gehalten, die nicht nur psychologischs Interesse besitzt, sondern auch zur Analyse des Programms der Regierungspolitik interessante Fingerzeige bietet.

Der Kaiser hat eine Art Versöhnungssprache gehalten. Er hat mit persönlicher Wärme, sogar mit einem Einschlag nicht häufig bei ihm beobachteter Sentimentalität die Richtlinien der Politik dargelegt, die ihm für die Ausführung der verschiedenen Konfessionen und der verschiedenartigen Klasseninteressen erspriehlich und möglich erscheinen. Protestantismus und Katholizismus sollen sich nicht konfessionell bekriegen, sondern ihres gemeinsamen Bekenntnisses zu Christus wegen tolerieren; Landwirtschaft und Industrie sollen sich mit einander vertragen; ja sogar das Proletariat soll seine Gegenschlächtigkeit zur besitzenden Klasse aufgeben, denn er, der Kaiser, will für alle Konfessionen und Klassen mit gleicher väterlicher Liebe sorgen!

Die Rede des Kaisers lautete: Die Provinz Westfalen bietet ein schönes Bild dafür, daß es wohl möglich ist, historische, konfessionelle und wirtschaftliche Gegensätze in versöhnlicher Weise zu einen in der Liebe und Treue zum gemeinsamen Vaterlande. Die Provinz setzt sich zusammen aus verschiedenen Landesteilen, von denen viele schon lange der Krone Preußens angehören und manche erst später dazu gekommen sind. Sie weitestens aber alle miteinander in der treuen Zugehörigkeit zu unserem Hause. Wie ich keinen Unterschied mache zwischen alten und neuen Landesteilen, so mache ich auch keinen Unterschied zwischen Untertanen katholischer und protestantischer Konfession. Siehen sie doch beide auf dem Boden des Christentums und beide sind bestrebt, treue Bürger und gehorsame Untertanen zu sein. Meinem landesväterlichen Herzen stehen alle meine Landesfinder gleich nahe. In wirtschaftlicher Beziehung bietet und die Provinz gleichfalls ein höchst erfreuliches Bild. Es zeigt, daß die großen Gewerbezweige sich einander nicht zu schädigen brauchen und daß die Wohlfahrt des einen auch dem anderen zugute kommt. Der Bauer bebaut seine rote westfälische Erde mit Fleiß, fest am Ueberlieferungen, Althergebrachten haltend; eine fernige Natur mit eisernem Fleiß und ehrenvoller Gesinnung, von treuem Wesen, eine feste Grundlage für unser Staatswesen. Darum wird mir der Säus der Landwirtschaft stets besonders am Herzen liegen. Der Bürger baut seine Städte in immer vollkommener Weise aus, es entstehen großartige Werke gemeinnütziger Art, Museen und Sammlungen, Krankenhäuser und Kirchen. Im Schöße Ihrer Berge ruhen die Schätze, die von fleißigen Händen der braven Vergleute gefördert, der Industrie Gelegenheit geben, sich zu betätigen, dieser Industrie — der Stolz unserer Nation — wunderbar in ihrem Aufschwung, beneidet von aller Welt. Möge es ihr vergönnt sein, rastlos auch fernherhin Schätze zu sammeln für unser Nationalvermögen und so auch außen den guten Ruf von der Tüchtigkeit und Güte deutscher Arbeit zu wehren. Ich gedenke hierbei auch der Arbeiter, die in den gewaltigen industriellen Unternehmungen vor den Hochöfen und

unter Tage im Stollen mit wertiger Faust ihr Werk verrichten. Die Sorge für sie, ihren Wohlstand und ihre Wohlfahrt habe ich als teures Erbe von meinem in Gott ruhenden Großvater übernommen und es ist mein Wunsch und Wille, daß wir auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge festhalten an den Grundsätzen, die in der unvergänglichen Weisheit Kaiser Wilhelms des Großen niedergelegt sind.

Das schöne Bild versöhnlicher Einheit, welches die Provinz Westfalen dem Beobachter zeigt, würde ich gern auf unser gesamtes Vaterland übertragen sehen. Ich glaube, daß zu einer solchen Einigung aller unserer Mitbürger, aller unserer Stände nur ein Mittel möglich ist, das ist die Religion. Welch nicht in streng kirchlich-dogmatischem Sinne verstanden, sondern im weiteren, für das Leben praktischen Sinne. Ich muß hierbei auf meine eigenen Erfahrungen zurückgreifen. Ich habe in meiner langen Regierungszeit — es ist jetzt das zwanzigste Jahr, das ich angetreten habe — mit vielen Menschen zu tun gehabt und habe vieles von ihnen erdulden müssen, oft unbeliebt und oft leider auch bewußt haben sie mir bitter weh getan. Und wenn mich in solchen Momenten der Zorn übermannen wollte und der Gedanke an Vergeltung aufflieg, dann habe ich mich gefragt, welches Mittel wohl das geeignetste sei, den Zorn zu mildern und die Miße zu stärken. Das einzige, was ich gefunden habe, bestand darin, daß ich mir sagte: Alle sind Menschen wie du, und obgleich sie dir wehe tun, sie sind Träger einer Seele aus den lichten Höhen, von oben stammend, zu denen wir alle einst wieder zurückkehren wollen, und durch ihre Seele haben sie ein Stück ihres Schöpfers in sich. Wer so denkt, der wird auch immer milde Beurteilung für seine Mitmenschen haben. Wäre es möglich, daß im deutschen Volke dieser Gedanke Raum gewänne für die gegenseitige Beurteilung, so wäre damit die erste Vorbedingung geschaffen für eine vollständige Einigkeit. Aber erreicht kann dieselbe nur in einem Mittelwege werden: in der Person unseres Erbsers!... In diesem Geiste sollen alte und neue Landesteile, Bürger, Bauer und Arbeiter sich zusammen und einheitlich in gleicher Treue und Liebe zum Vaterlande zusammenwirken, dann wird unser deutsches Volk der Granitblock sein, auf dem unser Herrgott seine Kulturwerke an der Welt weiter aufbauen und vollenden kann. Dann wird auch das Dichterwort sich erfüllen, das da sagt: „In deutschem Wesen wird einmal noch die Welt genesen.“

Trotz der Erwähnung schmerzlicher persönlicher Erfahrungen spricht ein fröhlicher Optimismus aus den Worten Wilhelms II. Leider entsprechen nur alle Tatsachen ganz und gar nicht dem von ihm entworfenen Idealgemälde der konfessionellen und Klassenversöhnung!

Mit dem vermeintlich vorbildlichen konfessionellen Frieden in der Provinz Westfalen ist es ein eigen Ding! Im Regierungsbezirk Münster herrscht ja konfessioneller Friede; aber das erklärt sich sehr einfach daraus, daß dieser Regierungsbezirk zu fünf Sechsteln katholisch ist! Deshalb das Fehlen des konfessionellen und politischen Gaders größeren Maßstabes: 107 448 Zentrumstimmen standen nur 17 823 nationalliberale und 15 750 sozialdemokratische Stimmen gegenüber. Ganz anders in konfessioneller wie politischer Beziehung sieht es dagegen in den beiden anderen westfälischen Regierungsbezirken Minden und Arnsberg aus! Dort namentlich im industriellen Regierungsbezirk Arnsberg, tobi wie nur in irgend einem anderen Teile Deutschlands der konfessionelle und grimmiger noch der politische, der soziale Krieg! Wurden doch dort 1907 80 000 nationalliberale, 122 000 ultramontane und 120 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die konfessionelle Verhegung spielt hier wie kaum sonst irgendwo in Deutschland im politischen Kampfe zwischen Nationalliberalen und Zentrum ihre Rolle; noch schroffer aber klafft hier der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, zwischen Bourgeoisie und Proletariat! Das ist das vorbildliche Westfalen!

Aber selbst wenn es möglich wäre, die konfessionellen Gegensätze auszuwischen — im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, das sozialistische Proletariat, sind diese Gegensätze freilich schon oft genug überbrückt worden! — die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie lassen sich nimmermehr überbrücken, auch nicht durch die schönste religiöse Ideologie! Sie sind zu sehr in den ehernen wirtschaftlichen Tatsachen begründet. Sie können nur schwinden mit der Aufhebung dieses wirtschaftlichen Gegensatzes!

Aber diese Gegensätze sind weder durch interkonfessionelle Toleranz, noch durch soziale laienliche Vorkämpfer aus der Welt zu schaffen; Sie wurzeln im Wesen des Kapitalismus! Und wenn Wilhelm II. enthusiastisch die Industrie als den „Stolz unserer Nation“ und die Schöpferin der „Schätze unseres Nationalvermögens“ feiert, so braucht nur einfach festgestellt zu werden, in wie geringem Maße die arbeitende Klasse an diesen „Schätzen“ des sogenannten „Nationalvermögens“ beteiligt ist. Nach der amtlichen Statistik befinden in den Städten des industriellsten Regierungsbezirks Westfalens, in Arnsberg, zwar 210 000 Jenften ein Einkommen von 900—3000 M., also — die Angehörigen eingerechnet — 633 vom Tausend; allein auf diese Kategorie entfällt bei einem Gesamteinkommen von 207 Millionen demnach doch nur ein Durchschnittseinkommen von 1300 M.! Dagegen besaßen 17 000 Jenften mit mehr als 3000 Einkommen ein Gesamteinkommen von 140 Millionen Mark — das heißt von 8230 M. pro Kopf!

Man sieht: die nichtbesitzende Klasse bleibt trotz aller Steigerung des Nationalvermögens proletarischem Elend preisgegeben!

Die Versöhnungstheorie Wilhelms II. steht mit den politischen und wirtschaftlichen Tatsachen im schroffen Widerspruch! Deshalb gibt es für die unter dem kapitalistischen System Lebenden, für die Enterbten und von den Schätzen des Nationalvermögens Ausgeschlossenen nur eine Lösung: die des proletarischen Klassenkampfes gegen unseren heutigen Kapitalismus!

Marokko.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ verkündet, daß zwischen Deutschland und Frankreich alles in Ordnung ist. Der Besuch, den der französische Vorkämpfer Cambon dem Reichskanzler in Rorderney abgetatet, habe sich „nach Absicht und Ergebnis harmonisch an die zahlreichen vorausgegangenen Monarchen-zusammenkünfte und Begegnungen leitender Staatsmänner angeschlossen“. Das offiziöse Blatt glaubt die Meinungen Pariser Blätter bestätigen zu können, daß eine deutliche (Aufheiterung) zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten sei. ... Der Wandel, der in dieser Beziehung zu verzeichnen ist, macht sich weiterhin durch die Tatsache kenntlich, daß das französisch-spanische Vorgehen in Marokko sowie die jüngsten über das schierische Reich ausgebrochenen inneren Wirren auf die politische Lage in Europa keinerlei ungünstige Rückwirkung geübt haben. ...

Damit kann man ja zufrieden sein, indes — die Frage, ob Frankreich das Agicirasabkommen einhalten wird und wie sich die deutsche Regierung zu seiner Ueberschreitung stellen wird, steht im Hintergrunde. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ tut zwar, als sei

gar kein Zweifel, daß die französische Regierung das Abkommen treulich zu halten entschlossen sei. Aber die Entwicklung der Dinge in Marokko spricht nicht gerade dafür. Die Streitkräfte des Generals Druze werden beständig, und zwar möglichst unauffällig vermehrt, und daß in einflussreichen Kreisen Frankreichs eine Eroberung des Landes, die durch die inneren Wirren erleichtert wird, lebhaft angestrebt wird, das liegt auf der Hand und darüber läßt die Haltung eines Teiles der französischen Presse keine Täuschung zu. Die andauernden Angriffe auf die französischen Truppen vor Casablanca liefern den besten Vorwand für ein offenes Vorgehen, und ist das erst einmal begonnen, so werden sich neue Umstände, die weiteren Vormarsch nötig machen, leicht finden oder konstruieren lassen. Vielleicht liegt auch der Art, wie das letzte Geseft in der französischen Presse dargestellt wurde, die Absicht zugrunde, die Notwendigkeit des Einmarsches ins Land zu erweisen. Die lebhaften Schilderungen der Gefährlichkeit der Situation, der Tapferkeit und Kriegstüchtigkeit der Marokkaner stehen wenigstens in einem nicht leicht lösslichen Gegensatz zu der Tatsache, daß die Verluste der Franzosen gering waren.

Mulay Hafids Autorität ist im beständigen Wachsen. Aus Fez liegen noch immer keine verlässlichen Meldungen vor. Von den Meldungen des Sonntag und Montag sind zu verzeichnen:

Tanger, 31. August. Die politische Lage ist durchweg ruhig. Der Raib der Anflug hat sich, wie verlautet, Mulay Hafid unterworfen.

Tanger, 1. September. In der Stadt herrscht andauernde Panik. Ein Dampfer, der eigens gechartert wurde, geht heute mit zahlreichen Familien nach Agiciras ab. Ein Teil der Europäer wird die Familien nächste Woche abreisen lassen.

Tanger, 1. September. Die Meldung, daß der Raib von Saffi Si Aissa ben Amor, Mulay Hafid als Sultan anerkannt habe, hat bis jetzt keine Bestätigung gefunden. — Es wird ernstlich in Frage gezogen, um die Erregung zu besänftigen, in Tanger provisorisch eine Bürgergarde zu errichten, die aus den Einwohnern der Stadt gebildet werden soll. — Die europäische Kolonie von Fez, einschließlich der Deutschen, ist am 30. August in Tanger eingetroffen. Zwei Franzosen sind freiwillig in Fez zurückgeblieben. Die deutsche Kolonie war mit den übrigen in Fez zurückgeblieben. Die deutsche Kolonie war mit den übrigen in Fez zurückgeblieben.

Casablanca, 1. September. Man ist hier der Meinung, daß Mulay Hafid Zeit zu gewinnen sucht, indem er an die Stämme schreibt, daß sie mit den Angriffen einhalten sollten, um Frankreich den Vorwand für eine Expedition in das Innere zu nehmen. Ra-el Amin sog an Saffi vorüber, konnte aber nicht in die Stadt selbst eindringen. Er erhielt 500 Duros, damit er weiter gliche und erklärte darauf, er marschiere nach Casablanca.

Tanger, 1. September. Aus Saffi wird berichtet, daß ein Schreiben des neuen Sultans den Notabeln vom Pascha der Stadt mitgeteilt worden sei. In diesem Schreiben erklärt Mulay Hafid, daß sein Bruder andauernd Unheil über das Land heraufbeschworen habe und den Einfall der Franzosen verschulde. Die Versammlung der Notabeln antwortete dem Pascha, er möge nach eigenem Gutdünken handeln.

Tanger, 1. September. Hier eingelaufene Berichte besagen, daß Raifuli eine große Menge von Anhängern um sich geschart habe. Er soll bereits über 1200 Mann verfügen und sein Einfluß wachse täglich.

Oran, 1. September. Der Transportdampfer Ribe ist mit einem Bataillon der Fremdenlegion nach Casablanca in See gegangen, der Transportdampfer Shamod wird am Montag mit einem zweiten Bataillon und Munition folgen.

Marseille, 31. August. Auf dem gestern abend eingetroffenen Transportdampfer Netho wird zurzeit ein für Casablanca bestimmter Luftballon verladen. Der Dampfer nimmt außerdem eine Luftschiffer- und eine Pionierabteilung mit Material an Bord. Er soll spätestens Sonntag nach Oran abgehen, um dort noch andere für Casablanca bestimmte Truppen an Bord zu nehmen.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 2. September 1907.

Zentrum und Wahlrecht.

Die Zentrums-Presse hat bisher auf den Leitartikel unserer letzten Freitagssnummer „Das Zentrum und das Landtagswahlrecht“ nicht geantwortet: ein Verhalten, das wir erwartet hatten; denn widerlegen lassen sich die dort angeführten Tatsachen nicht, und zudem poht es den Zentrumsdiplomaten zurzeit nicht, die Stellung der Zentrumsfraktion des Reichs- und preussischen Landtages zur Wahlrechtsfrage zu präzisieren und sich dadurch vielleicht auf ein bestimmtes Verhalten zu der künftigen Regierungsvorlage zu verpflichten. Nur die „Wäl. Volksztg.“ beruht eine in ihrer Unbehilflichkeit geradezu komische Abwehr. Sie schreibt:

„Nach einer längeren Darstellung, in der die Verdienste des alten Zentrums, der Reichensperger, Windthorst usw. für den Kampf um das allgemeine Wahlrecht in Preußen gefeiert werden, sucht man dann den Radweis zu führen, daß das Zentrum in der neueren Zeit ein anderes geworden sei, daß es sein Kulturkampfswort verlassen und sich zu den Reaktionären geschlagen habe, und daraus folgert man dann lähnen Mutes, man werde bei der nächstjährigen Landtagswahl eine recht lebendige Agitation gegen das Zentrum entfachen können. Mit diesem Radweis der Unzuverlässigkeit des Zentrums aber hat es einen bedenklichen Galen. Man reißt einige Sätze von Zentrumsmitgliedern, die diese in irgend einem unbedachten Augenblicke in weiß Gott welchem Zusammenhang gesprochen haben, heraus und sucht sie und mit ihnen das ganze Zentrum dadurch zu Segnern des allgemeinen Wahlrechts zu stempeln. Daß das Zentrum immerdar die schärfste Gegnerin des gegenwärtigen preussischen Wahlrechts gewesen ist, daß es stets mit aller Entschiedenheit zugestritten hat, wenn sich die Möglichkeit einer Reform bot, sucht man zu bertuschen.“

Wir können uns in unserer Erweiterung auf wenige Sätze beschränken.

Erstens läßt sich das Blatt seine Leser, wenn es behauptet, wir hätten in unserer Darstellung die Verdienste des alten Zentrums, der Reichensperger, Windthorst usw., für (soll heißen: um) den Kampf um (soll heißen: für) das allgemeine Wahlrecht in Preußen gefeiert.“ Wir haben im Gegenteil nachgewiesen, wie die alten Zentrumsführer sich stets gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ausgesprochen haben und wie selbst Windthorst, als er 1878 im preussischen Abgeordnetenhaus seinen Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag einbrachte, von durchaus reaktionären Beweggründen geleitet wurde.

Zweitens haben wir nicht Äußerungen irgendwelcher beliebiger Zentrumsmitglieder zitiert, die in „unbedachten Augenblicken“ gefallen sind, sondern wir haben uns auf wichtige programmatische Reden der Abgeordneten Reichensperger, Mallinrodt, Windthorst und Pascha, das heißt der höchsten Autoritäten des Zentrums, bezogen.

Drittens beweist die bloße Behauptung, daß „das Zentrum stiet mit aller Entschiedenheit zugestritten hat“, wenn sich die Möglichkeit einer Wahlreform bot, nicht das geringste. Seit 1873, also seit den

Kulturkampfstage, hat das Zentrum, obgleich es später zur Regierungspartei abanordnete, auch nicht ein einziges Mal seine Machtstellung benutzt, um das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erringen. Wenn die „Märk. Volksztg.“ das Gegenteil behauptet, mag sie es dokumentarisch beweisen. Ihre bloßen Nebenarten sind gänzlich wertlos.

Ein deutscher Hafen in Marokko.

Die „Mhein.-Westf. Ztg.“, das Organ der Kohlen- und Eisenmagnaten, hat seit den ersten Vorfällen in Casablanca gefordert, die deutsche Regierung solle den marokkanischen Zustand als glünstigen Anlaß benutzen, die Scharte von Algiciras auszuweichen und allerlei Vorrechte für Deutschland zu erpressen. Jetzt hält das Blatt die Zeit für gekommen, noch einen Schritt weiter zu gehen und direkt die Abtretung eines marokkanischen Hafens an Deutschland zu verlangen.

„Nachdem es uns“, schreibt das kolonialstüchtige Blatt, „bisher in der deutschen Presse fast allein überlassen worden war, auf das Deutschfeindliche in dem Vorgehen Frankreichs gegen Marokko und auf die unsagbar klägliche Haltung unserer Diplomatie hinzuweisen, erheben uns jetzt Helfershelfer, sogar in der offiziellen „Mährischen Zeitung“, die ja mit der Regierung durch dick und dünn geht. Jetzt endlich veröffentlicht sie einen deutschen Brief aus Casablanca, der die längst bekannte und von uns stets hervorgehobene Tatsache bestätigt, daß dort der deutsche und der englische Handel seit langem an erster Stelle stehen, und daß von dort aus seinerzeit die geharnischtesten englischen Proteste gegen das englisch-französische Abkommen gerichtet wurden. Das sagt, das der Brief zieht, ist: „Der deutsche Handel in Casablanca ist vernichtet! und zwar absichtlich, denn die Ehre Frankreichs sollte auf dem Ruin des deutschen Handels wiederhergestellt werden.“ Zur Wahrung unserer Interessen, nicht vor marokkanischen Angriffen, sondern vor der gleichzeitigen Divisionsfähigkeit Frankreichs fordern wir im Einverständnis und im Auftrage von Landbesitzern in Marokko das Zeigen unserer Flagge in einem marokkanischen Hafen. Doch bei uns ist jetzt die Zeit des Kriegsspiels und der Paraden, Politik ist Lebenssache.“

So gering man auch die Fähigkeiten der deutschen Außenpolitik einschätzen mag, erscheint es doch als ausgeschlossen, daß sich die deutsche Regierung unter den heutigen Umständen darauf einläßt, das traurige Experiment von Kiautschou in Marokko zu wiederholen. Als ein Beispiel dafür, bis zu welchen Verirrtheiten sich die imperialistische Expansionslust in Deutschland verirrt, ist aber die Forderung des Jochenblattes immerhin beachtenswert.

Der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Althoff hat, wie verschiedene Blätter aus bester Quelle wissen wollen, bereits vor einer Woche sein Abschiedsgesuch eingereicht und wird, da sich sein Rücktritt in Uebereinstimmung mit dem neuen Kultusminister vollzieht, nicht mehr in sein Amt zurückkehren. Ueber sein Dienstzimmer im Ministerium soll schon anderweitig verfügt worden sein.

Schulstreik.

In dem Orte Glinde des Kreises Stormarn (Holstein) gibt es etwa zehn schulpflichtige Kinder, die schon seit 1 1/2 Jahren die Schule nicht besuchen. Die Eltern der Kinder halten diese vom Schulbesuch zurück, weil, wie sie behaupten, der in dem Orte amtierende Lehrer ihre Kinder mißhandelt, und versucht hat, sie gegen ihre Eltern auszugeben. Schon seit zehn Jahren führen die Bewohner von Glinde eine heftige Fehde gegen den Lehrer. Alles mögliche haben sie versucht, um ihn aus seinem Amte zu entfernen, doch ohne Erfolg zu haben. Die Regierung hat dem Lehrer wohl das Richtigkeitsrecht entzogen und ihm auch mehrmals Verweise erteilt, aber nicht aus seinem Amte entfernt. Die Eltern sind mehrfach mit Strafbefehlen bedacht worden, doch wurden sie dann vom Schöffengericht wie vom Landgericht freigesprochen mit der Begründung, man könne den Eltern nicht zumuten, ihre Kinder einem Lehrer anzuvertrauen, von dem sie befürchten müßten, daß er sie mißhandele und nachteilig auf ihren Geist einwirke.

Die betreffenden Kinder wachsen ohne Unterricht heran, da sie in benachbarten Schulen auch keine Aufnahme finden. Die Regierung hat nichts anderes zu tun gewußt, als einen neuen Prozeß einzuleiten. Ueber die neuen Strafbefehle gegen die Eltern hat bereits das Schöffengericht im März zu befinden gehabt und wiederum auf Freisprechung erkannt. In der Berufungsinstanz verhandelte dieser Tage auch die Ferienstrafkammer des Altonaer Landgerichts über die Angelegenheit. Die Angeklagten wurden wiederum kostenlos freigesprochen.

Ein Streikurteil.

Stettin, 31. August 1907.

Während des Streiks auf der Jemenfabrik „Stern“ Podeljuch-Finkenwalde war der arbeitswillige Hülfsmonteur Eigenbrot nachts, als er von Stettin kam, von einem Haufen Menschen umzingelt und schließlich arg mißhandelt worden. Wegen dieses an sich begreiflichen, aber nicht einschuldigen Erlasses hatten sich heute vor dem Stettiner Schöffengericht sieben Arbeiter zu verantworten. Geladen waren über 40 Zeugen. Vier der Angeklagten mußten freigesprochen werden, weil sie sich gar nicht am Tatort aufgehalten hatten, während die Arbeiter Wendland und Klein, welche bei Begehung der Tat stark angetrunken waren, zu 2 resp. 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Ein weiterer Angeklagter wurde wegen einfacher Körperverletzung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen Wendland und Klein, denen 2 Monate der Untersuchungshaft angerechnet werden, waren 1 1/2 resp. 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt.

Angarn.

Der Stuhlweihenburger Streik.

Der Generalstreik scheint zu Ende zu gehen. Der rücksichtslossten Gewalttätigkeit der städtischen Behörden gelang es, den Widerstand der Arbeiter vorläufig zu brechen. Die ausgewiesenen Genossen Gandler und Forgacs wurden in ihre „Zuständigkeitsgemeinden“ abgeschoben. Nach Wankfischen Methoden sucht man nach Vorwänden, die lokalen Führer hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die Genossen Stephan Beneski, Maurer, und Karl Klein, Zimmermann, wurden unter der Anschuldigung, Gewalttätigkeiten gegen Behörden und Private verübt zu haben, verhaftet. Die Arbeiter behalten sich ruhig. Die Schneider, Schlosser und Schriftsetzer haben die Arbeit wieder aufgenommen; voraussichtlich werden die übrigen Arbeiter folgen.

China.

Peking, 1. September. Anfertigungsbüchse Beratungen über die Lage des Reiches haben heute begonnen. Die Kaiserin hat die einflussreichsten Berater der kaiserlichen Familie zusammenberufen. Im Hinblick auf die Verschmelzung der Rassen wurde unter Zustimmung des Thronbesitzer ein Plan ausgearbeitet, der dahin geht, die Mandchu-Bannertruppen aufzulösen und auch andere Unterscheidungen zwischen Chinesen und Mandchus zu beseitigen. Obgleich die Kaiserin in Folge zweier Schlaganfälle, die sie innerhalb der letzten zwei Jahre erlitten hat, körperlich verfallt, so ist sie weitgehende Änderungen in der Zentral-Regierung ins Auge, einschließend einer Umwandlung der Großen Sekretariate in ein modernes Ministerium.

Persien.

Der Großwesir wurde am Sonnabend in dem Augenblick, als er das Parlament verließ, durch Revolvergeschosse getödtet. Wolffs Bureau meldet hierzu:

London, 2. September. Die dem Reuterschen Bureau aus Teheran gemeldet wird, bestätigt es sich, daß der Wörber des Großwesirs — ein Geldwechsler Abbasali aus Baku — Selbstmord beging, nachdem er den Soldaten, der ihn festnehmen wollte, erschossen hatte. Ein Mitschuldiger, der den Mörder zu befreien versuchte, wurde verhaftet. Briefe, die man bei beiden fand, zeigen, daß sie auf Befehl des revolutionären Komitees in Baku gehandelt haben.

Der getödtete Großwesir trieb ein Doppelspiel: er wollte es weder mit den Reaktionsären noch mit den „Konstitutionalisten“ verderben. Durch sein Verhalten hemmte er jedenfalls die Bestrebungen, die darauf abzielen, die autokratische Macht des Schahs allmählich stärker einzudämmen.

Es ist nicht unmöglich, daß das Attentat auf den Großwesir nur den Anfang einer größeren Kette von Unruhen im gärenden Persien bildet.

Die russische Revolution.

Wahlrecht der Arbeiter in Kiew.

Nach dem Wahlrechtstreit in der Moskauer Arbeiterkurie kam die Reihe nun an Kiew. Dieser Tage wurde das Wahlrecht der Arbeiter in Kiew dem Sinne „erläutert“, daß sie in die Gouvernementsversammlung keine Wahlmänner entsenden, an den städtischen Wahlen nur auf Grund eines Zensus teilnehmen dürfen. Es können nun bestenfalls 2-3000 Arbeiter in Kiew ihre Stimme abgeben, während die Mehrzahl der Arbeiter ihres Wahlrechts verlustig geht.

Die „Erläuterung“ des Arbeiterwahlrechts in Kiew läßt vermuten, daß die Arbeiter auch in den übrigen Städten (Petersburg, Odessa und Riga), denen jetzt direkte Wahlen „verliehen“ sind, von Wahlrecht nicht berührt bleiben werden.

Die Fortsetzung der Schrecken in Ostland.

Unglaubliche Foltern und Strafen hat das kleine Ekenbüll seit 1 1/2 Jahren ausgehalten, aber das Maß ist noch nicht voll! Das Volk ist jetzt wieder vollständig den deutschen Junkern ausgeliefert, die es mit Hilfe des „Blutmonats von Riga“, Keller-Salomeksti, in die Zeit der Leibeigenschaft zurückversetzen. Nach allen nur erdenklichen Bestrafungen wird dem Volke jetzt noch allmählich die geistige Nahrung fast völlig entzogen. Alle Zeitungen, die nicht unbedingten Gehorsam und Untertänigkeit gegen die Junker predigen, sind unterdrückt, und alle Versuche neue herauszugeben unmöglich gemacht. Selbst rein bürgerliche Organe, wie der „Postimus“, das Blatt der estnischen Bourgeoisie, ist mit 1000 Rubel bestraft und verboten worden; zwei Versuche, ein neues Blatt herauszugeben, wurden bereitet, d. h. die neuen Organe wurden bald nach dem Erscheinen ebenfalls verboten. Sobald die Polizei merkt, daß das neue Blatt ein verbotenes ersuchen soll (wenn z. B. einige Redaktionsmitglieder dieselben sind, wenn das Blatt des unterdrückten Blattes zugestellt wird, dann erfolgt einfach das Verbot) so schreibt es Stolypin in einem geheimen Zirkular seinen Kreaturen vor!

Aber die Verfolgung geht noch weiter: Der Druckereibesitzer Martus aus Reval, ein Sozialdemokrat, mußte flüchten. Seine Frau verkaufte die Druckerei. In dieser wird jetzt eine farblose, jedoch keine junkerfreundliche estnische Zeitung hergestellt. Das Blatt wurde bereits zweimal suspendiert und der Herausgeber außer Landes verwiesen. Das erste Mal konnte er jedoch bald wieder zurückkehren, und es gelang ihm, eine neue Zeitung herauszugeben. Jetzt soll aber nicht nur die Zeitung endgültig verboten, sondern auch die Druckerei geschlossen werden, weil — sie früher einem Sozialdemokraten gehört habe und weil schon damals dort eine radikale Zeitung herausgegeben worden sei!

Nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch andere, ganz „unschuldige“ Bücher und Broschüren werden von der Polizei beständig beschlagnahmt, auch solche, die die strengste Zensur passiert haben! Zur Konfiskation genügt es schon, wenn der Name des Autors der Polizei nicht gefällt! So ist denn die Literatur und die Presse in Fesseln gelegt. Die unheilvollen Folgen dieses Zustandes fangen schon an, sich zu zeigen. Velerorts im Lande sind tödliche Seuchen ausgebrochen, z. B. Milzbrand, und zwar soll diese Seuche durch die Kasakenpferde der „Strafexpeditionen“ ins Land verschleppt worden sein. Auch Cholera und Pest stehen vor der Tür. Das Volk bedarf also dringend der Belehrung und Anweisung. Es gibt nun aber keine Zeitungen mehr, mit deren Hilfe man das Volk unterweisen könnte! — Die Polizei hat wegen der Seuchen viele Jahrmärkte verbieten müssen. Die Verbote konnten aber in Ermangelung weitverbreiteter Zeitungen nicht bekannt werden, die Menschen kamen samt ihren Tieren, und die Seuchen wurden weithin getragen. So droht vor der Stolypinischen Schreckensherrschaft nicht nur der Kultur, sondern auch der Gesundheit und dem Leben der Bevölkerung die ernsteste Gefahr.

„Glaubensfreiheit“.

Petersburg, 1. September. Ein kaiserlicher Maß vom 21. August bestimmt ergänzend zu dem Gesetz über die Glaubensfreiheit, daß Juden, die früher zum orthodoxen Glauben übergetreten sind und jetzt wieder den jüdischen Glauben annehmen, ihr durch den Uebertritt zum Prawoslawentum erworbenes Bürgerrecht verlieren und in das Ansiedlungsgebiet ausgewiesen sind.

Aus der Partei.

Bildungsausschuß.

Die Geschäftsstelle richtet an sämtliche lokalen Bildungsausschüsse die Bitte, ihr die Adressen einzusenden, damit ihnen die Materialien des Zentral-Bildungsausschusses regelmäßig zugeandt werden können. Soweit die Bildungsausschüsse noch nicht in Besitz der Ratsschlüssel und Bänke für ein Winterprogramm 1907/08 sind, werden sie ihnen auf Wunsch kostenlos geschickt; auch die Bedingungen für die wissenschaftlichen Wanderkurse stellen zur Verfügung. Wo noch keine Bildungsausschüsse bestehen, werden die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gebeten, direkt mit dem Bildungsausschuß in Verbindung zu treten. Alle Sendungen für den Bildungsausschuß sind zu richten an Heinrich Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8. Fernsprecher Amt IV, 10170.

Das Grab Ferdinand Lassalle auf dem jüdischen Friedhof zu Breslau war am Sonntag, wie alljährlich an Lassalles Sterbetage, der Zielpunkt von vielen Hunderten von Arbeitern und Arbeiterfrauen. Wieder wie alljährlich besahen die Morgenlöhne in aller Frühe ein rotes Blumenmeer, das inmitten herrlicher Kränze der Grabstätte einen einzigartigen Schmuck verleiht. Niesen-Vorbereitungen mit prächtigen roten Schleifen legten nieder: Der Sozialdemokratische Verein, das Gewerkschaftsamt, der Schlesische Arbeiter-Sängerbund, die Arbeiter der Hoffmannschen Waggon- und die der Werkzeugmaschinenfabrik von Gutzmann, sowie zum erstenmal die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen von Breslau. Ihr Kranz trug die Inschrift:

In unserm Kreise dunkle Nacht
Hast Du nach Kräften Licht gebracht,
Dah größer ward des Lichtes Schein,
Das soll und Dein Vermächtnis sein.

Der Kranz der Partei erinnerte an die aktuellste Frage der Gegenwart mit den Worten:

Die Erinnerung an Dein Lebenswerk soll uns im Kampfe um das freie Preußen wahren führen.

Eine Neueinrichtung hatte diesmal die Polizei getroffen, indem sie die „Staatsgefährlichen“ Kranzschleifen bereits vor dem Eingange zum Friedhofe einer kritischen Musterung unterzog. Dagegen hat sie mit der Unsitte, zwischen den Gräbern verstreut Fiselhauben Waage stehen zu lassen, um auf etwaige Neben zu achten, gebrochen. Am Grabe stand diesmal nur ein einziger Schuttmann und auch der in respektvoller Entfernung. Ein Teil der Grabbesucher gedachte auch unserer unergelichen Maj. Kaiser, dessen Grabdenkmal, das ihm 1888 die Gesamtpartei Deutschlands gesetzt, sich in der Nähe des Lassalleschen Begräbnisplatzes befindet. Das bewegte Bild des Friedhofes und seiner Umgebung legte Zeugnis dafür ab wie rege unseres Vorkämpfers Andenken in den Herzen der Breslauer Arbeiterklasse lebt.

Zum Essener Parteitag.

In einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins nahmen die Genossen der Reichstagswahlkreise München I und II Stellung zum Parteitag. Nach einem Referat des Parteisekretärs Genossen Franz Schmitt empfahl in der nun folgenden lebhaften Diskussion Genosse Adolf Müller den Münchener Delegierten, die zum Punkte „Reichstagswahlen und politische Lage“ gestellten Entwürfe 49-55 (Stimmhaltung bei Stichwahlen zwischen Kreisrat und anderen bürgerlichen Parteien) zu bekämpfen. Es gehe nicht an, eine Stichwahlstatistik, die sich jedesmal nach den besonderen Verhältnissen zu regeln habe, auf Jahre hinaus resolutär festzulegen; anherbem distinktivere man die Parteitage mit, wenn man ihnen Beschlüsse zumutet, die in der Praxis undurchführbar sind. (Beifall.) Die Schaffung eines Nachrichtenbureaus für unsere Parteipresse sei namentlich für die von der politischen Reichszentrale entfernten Parteiblätter geradezu eine Lebensfrage. Das Bureau sollte schon mit Beginn der Reichstagsverhandlungen organisiert sein. Daß man in den Redaktionen der Parteiblätter in Berlin und Leipzig weniger Interesse für das Bureau habe, begreife er, dort gibt man eben an der Quelle. Ob das Bureau mit „Revisionsisten“ oder mit strebsamen revolutionären Radikalen besetzt werde, sei ihm gleichgültig. Die Hauptsache sei, daß fähige Genossen herbeigeworben werden, die den richtigen Blick für die Nachrichtenbedürfnisse der Parteipresse haben. — Genosse Maurer wünscht, daß in das Nachrichtenbureau auch ein tüchtiger Gewerkschaftsredakteur berufen werde, der imstande sei, das für die Gewerkschaftsbewegung wichtige Nachrichtenmaterial vom Tage der Parteipresse schnell und informativ zugänglich zu machen. — Als Delegierte wurden gewählt die Genossen Adolf Müller, Kauter und Alwin Saenger.

Bildungsarbeit.

Das Agitationskomitee für den Agitationsbezirk Frankfurt am Main plant Gemeindevereiner-Verkurse, die im Herbst dieses Jahres beginnen sollen, zu veranstalten. An den Verkursen sollen in erster Linie Genossen, die das Amt eines Gemeindevereiner bekleiden, teilnehmen, doch werden eventuell auch andere Genossen zugelassen.

Verdiente Barechtweisungen.

werden dem Genossen Koste wegen der von uns schon niedriger gehängten Stelle seines Chemiker Referats über den Internationalen sozialistischen Kongreß von der „Leipziger Volkszeitung“ und der „Neuhischen Tribune“ (Gera) zu teil.

Die „Leipziger Volkszeitung“ sagt u. a.:
... er irrt, wenn er der Weisheit der deutschen Delegierten, das nichtwürdige Motiv unterschreibt, sie habe unter dem Deckmantel der gefährdeten Organisation ihr persönliches Wünschen an der Genossin Luxemburg fühlen wollen. Speziell die Leipziger Delegierten, die zunächst beteiligt waren, haben ausdrücklich und wiederholt erklärt, ihr Protest gegen den organisatorischen Verstoß der Leipziger Genossinnen richte sich in keiner Weise gegen die Person der Genossin Luxemburg, die ohne jedes Verschulden ihrerseits in eine peinliche Lage geraten sei und nach wie vor die Hochachtung der Leipziger Parteimitgliedschaft genieße. Aber auch die uns fern stehenden Genossen Ulrich und v. Wolmar, die für die Auffassung des Mandats sprachen, sind über den schamhaften Verdacht erhaben, den Genosse Koste äußert, wie überhaupt jedes Mitglied der deutschen Delegation, mit der einzigen, etwa möglichen Ausnahme, daß Genosse Koste, der ja auch dazu gehörte, in der Selbstkenntnis ebensoviel leistet, wie in mißrätlicher Verbauung.

Die „Neuhische Tribune“ überschreibt ihre Kollage „Eine Beleidigung der deutschen Delegation des Internationalen Kongresses“ und sagt:

„Wenn Genosse Koste sich durch solche Erwägungen bei seiner Abstimmung leiten ließ, würde er dadurch behandeln haben, daß er sein Mandat mißbraucht hat. Wenn er aber der deutschen Delegation diese gebührende Motivierung ihrer Abstimmung unterschreibt, so beleidigt er damit die deutschen Delegierten in einer bisher unter Genossen noch nicht dagewesenen Art und Weise. Die Delegation hat, wie die ganzen Verhandlungen zeigen, ohne Rücksicht auf die Personen ihr Urteil abgegeben. Sie konnte auch gar keine „Verwarnung“ aussprechen, denn die Gewählten, die Genossinnen Luxemburg und Lenin, sind an dem Formfehler, den die Leipziger Frauenorganisation beging, vollkommen unschuldig und unbeteiligt. Es ist tief bedauerlich, daß Genosse Koste den deutschen Delegierten eine solche niedrige Meinung unterschreibt, sie hätten aus persönlicher Abneigung gegen eine Delegierte, diese vom Kongreß „entfernt“, wie sich Koste so sauber ausdrückt, während sie öffentlich erklärten, daß sie aus Rücksicht auf das Organisationsstatut das Mandat für ungültig erklären mußten. Was den persönlichen Anwurf Koste gegen Genossin Rosa Luxemburg betrifft, so bedarf es keiner Abwehr — Koste richtet sich damit nur selbst. Dafür, daß er schon wieder das persönliche Red hat, mit seinen Herzensoffenbarungen das Freudengefühl unserer Gegner zu erwecken, sprechen wir ihm unser aufrichtiges Beileid aus.“

Das Begräbnis des Genossen Taf.

Amsterdam, 30. August.
Einfach und still, wie das Wesen des Hingeshiedenen selbst war, so gestaltete sich auch die Ueberführung der Ueberreste des Genossen Taf zum Friedhofe seiner Geburtsstadt Widdelburg. Auf Wunsch der Familie Taf sollten keine Reden am Grabe gehalten werden und wurden keine Fahnen und Banner im Leichenzuge mitgeführt. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hatte deshalb im „Schätershof“ zu Widdelburg eine Trauerversammlung veranstaltet, wo der Parteivorstand, die Redaktionen von „Der Volk“ und der „Nieuw Tijd“, sowie zahlreiche politische und gewerkschaftliche Organisationen vertreten waren. Der Saal war mit Fahnen und Bannern und einer großen Anzahl von Kränzen geschmückt. Genosse W. B. A. eröffnete die Versammlung und sprach tief ergriffen einige Worte als persönlicher Freund und namens der Parteigenossen, Genosse W. Liegen namens des Parteivorstandes, Genosse Schaper für die sozialdemokratische Kammerfraktion, Genosse Henri Polat für die Gewerkschaftsbewegung. Nach zahlreicher anderer Redner gedachten der Verdienste des toten Genossen. Die zu Hunderten zahlenden Teilnehmer der Versammlung begaben sich dann in gemeinschaftlichem Zuge zum Trauerhause, von wo aus sich der imposante Leichenzug nach dem Friedhofe bewegte.

Gewerkschaftliches.

Ein Miesener-Gewerkschaftstreik im Niederlausitzer Kohlenbeken.

Senftenberg, 1. September.

Die Tagung ist notwendig geworden, um die Antworten der Unternehmer auf die ihnen seitens der Bergarbeiter zugegangenen

Forderungen entgegenzunehmen. Anwesend sind die Gauleiter der mitteldeutschen Reviere des Bergarbeiterverbandes, der Genosse Busch als Vertreter des Metallarbeiterverbandes sowie die Vertrauensleute des Reviers und die Kommissionen sämtlicher Werke. Außerdem ist der Saal und die Nebenräume dicht gefüllt von Bergarbeitern als Gästen.

Im Auftrage der aus fünf Mitgliedern bestehenden Lohnkommission erstattet den Bericht Garbe-Senftenberg. Er führt aus, daß den Werkleitungen folgende Forderungen unterbreitet worden sind:

1. Einführung der neunstündigen Arbeitszeit inklusive einer fünfstündigen Pause. Als Einführungszeit ist der 1. Oktober dieses Jahres festgelegt.
- b) Für alle Fabrikarbeiter ist bei einer 12stündigen Schichtzeit eine zweistündige Pause einzuführen.
- c) Ueberstunden und -Stunden sind zu vermeiden und nur bei Gefahr für das Leben der Arbeiter oder zur Sicherung des Betriebes zulässig.
2. a) Für sämtliche Arbeiter, welche auf dem Werke beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 15 Proz. Der Lohn für Hauer soll nicht unter 4,50 M., für Schleppler nicht unter 4,20 M., für polijährige Fabrikarbeiter nicht unter 3,50 M., für jugendliche Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren nicht unter 3,25 M. betragen.
- b) Bezahlung aller Nebenarbeiten, als Schienen- und Plattenlegen, Holzstellen usw.
- c) Bei Betriebsstörungen, welche länger als 1/2 Stunde dauern, sollen die Arbeiter mit anderer Arbeit beschäftigt werden und die Zeit nach dem bestehenden Schichtlohn bezahlt erhalten.
- d) Abschaffung aller Prämiengebilde.
- e) Einführung der achtstündigen Lohnzahlung auf den Werken, wo dieselbe noch nicht besteht. Der Lohn soll am Freitag jeder Woche ausgezahlt werden.
- f) Die Arbeitsordnung ist den Forderungen entsprechend abzuändern.
3. Aufhebung der Sperre.
4. Holz ist in genügender Menge und zugerichtet an die Endstationen der Grube zu liefern.
5. Für gutes, frisches Trinkwasser haben die Verwaltungen in den Gruben und Fabriken zu sorgen.
6. Ausreichende Badeanstalten und Umkleieräume sind einzuführen. Wo der Tagebau weiter als 10 Minuten von der Fabrik entfernt liegt, sind auch dort Badeanstalten zu errichten.
7. Bessere Transportmittel für Verletzte und Kranke sind anzuschaffen.
8. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten.
9. Vollständige Bewegungsfreiheit für alle Arbeiter, welche in Werkshäusern und Kavernen wohnen.
10. Infolge dieser Lohnbewegung dürfen keine Maßregelungen erfolgen.

Von den Werkbestitzern ist die Kommission überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden!

Redner führt einige Zahlen über Unternehmergewinne an, aus denen hervorgeht, daß der Geschäftsgang ein gerabegtes glänzendes sei, die Uebererschüsse so hoch wie noch nie gewesen sind und daß es eine Provokation der die Werte erst geschaffenen Bergknappen ohne Gleichen darstellt. Redner ermahnt die Belegschaftskommissionen, sich auszusprechen, und legt die Entscheidung in deren Hände. In der Diskussion kommen haarsträubende Dinge zur Sprache. So hat man von Grube Elisabethglück den Arbeitern versprochen, vom 1. August ab je 5 M. Nichtentschädigung zu gewähren; es ist aber bei der bloßen Versprechung geblieben. Von Wagon, die nicht gut gefüllt waren, hat man die Marken weggenommen und die Arbeiter um den Lohn dafür geprellt. Wurde die Bezahlung verlangt, hieß es: „Gut, Ihr bekommt ihn bezahlt — aber 50 Pfennige Strafe!“ Die Wagnen sind in schlechtem Zustande, das Wagenmaterial taugt nichts. Ein Redner hat für 80 Pf. pro Schicht Brillets verladen. Als er sich einmal verfaß, kam der Reisser „und laschte mir für die 80 Pf. noch eine kräftige Wadpfeife runter!“ schließt er unter großer Bewegung der Versammelten. Auf Grube Providentia ist schlechter Brand trotz der angebrachten Ventilatoren. Bei der schlechten Wetterführung sind von Häusern 3,45 M. pro Schicht verdient worden. Auf „Hörlicher Berg“ ist die Leutestube jahrelang so schmutzig gewesen, daß der Dreß periodisch mit der Hacke weggeräumt werden mußte. Von der Decke rieselte der schwarze Staub den Leuten aufs Brot. Ein Bergmann bezeichnet die Grubenarbeit im Niederlausitzer Revier als menschenunwürdig im höchsten Grade. Die Behandlung durch die Beamten sei standalös; die Menschen könnten sich nicht baden, sie sind gezwungen, wie die Schweine zu leben! (In ihrer schlichten Unbesonnenheit machen die Darstellungen einen erschütternden Eindruck.) Als infolge schlechter Wetterführung es im Schachte nicht brannte, meinte der Beamte, zu dem sich die Leute um Abschlüsse wandten: „Stecht den Finger in den Hintern, da habt Ihr Licht!“ Beamte tragen Schußwaffen und drohen, davon Gebrauch zu machen. Durch das schlechte Bedingensystem ist es nicht möglich, die Pausen einzuhalten; die Beamten hehen die Arbeiter gegeneinander, stiften Unfrieden, um die Leistung aus Höchstmäßig zu steigern. Dann wird mitgeteilt, daß mündlich erklärt worden sei, man wolle keinen Pfennig bewilligen. (Bewegung und „Pfu!“-Rufe.) „Wir sind gezwungen, die Broden hinzuschmeißen!“ (Stürmischer Beifall.)

Alle Bergleute betonen, daß unbedingt an der Forderung der neunstündigen Schicht festgehalten werden muß. Sie bringen zur Geltung, daß man in den Revieren bereits ungeduldig über den endlichen Ausgang zu werden beginnt. Auf das Verlangen nach Abstimmung erklärt der Vorsitzende, daß die endgültige Entscheidung erst die Versammlungen am Nachmittag zu fällen haben. Die Abstimmung darüber, ob die Forderungen aufrecht zu erhalten sind, ergibt einstimmige Annahme. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß die Unternehmer in der bürgerlichen Presse die Nachricht verbreiten, sie wollten chinesische Kulis einführen — offenbar nur zu dem Zwecke, um die Arbeiter einzuschüchtern. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärt, daß in den nächsten Tagen auch seitens seiner Organisation Forderungen gestellt werden und daß sie gewillt seien, mit den Bergarbeitern in einem eventuellen Kampfe Schulter an Schulter zu kämpfen. (Bravo!)

Als Fazit der Konferenz ergibt sich, daß, falls die Versammlungen am Nachmittag das gleiche Resultat zeitigen, die Bergleute des Niederlausitzer Braunkohlenreviers am Montag, den 2. September, die Kündigung einreichen!

Senftenberg, den 2. September.

Die Nachmittagsversammlungen ergaben fast einstimmig, daß die Kündigungen im ganzen Reviere zu erfolgen haben. Merkwürdig und widerspruchsvoll war die Haltung der polnischen Berufsvereinigungen. Deren Leiter erklärten, nicht mitmachen zu wollen, weil man sie nicht verständigt habe! (Sie wollen also zweifellos, wie immer, Zersplitterung in die Massen tragen.)

Erdkundigen von heute ergaben, daß die Bergleute den Beschluß hochgehalten und die Kündigung eingereicht haben. Von allen Werken liegt zurzeit das Resultat noch nicht vor. Ob es möglich sein wird, angesichts der Provokationen der Unternehmer die Kündigungsfrist einzuhalten, muß sich in den nächsten Tagen zeigen.

Damit ist in der Mark Brandenburg ein Lohnkampf entbrannt, der weite Kreise in Mitleidenschaft ziehen dürfte. Kommen doch nahezu 14 000 Bergarbeiter in Betracht, deren Tätigkeit unter Umständen auf Wochen unterbrochen wird. Der Arbeitgeberverband des Niederlausitzer Bergbaues macht verzweifelte Anstrengungen, um die bürgerlichen Probinglätter und die Öffentlichkeit über die elende Lage der Bergarbeiter hinwegzutäuschen. In einem sogenannten Waschzettel lassen die Grubenbarone erklären:

Im Laufe der letzten Jahre ist von den Bezirksleitern des Bergarbeiterverbandes mehrfach der Versuch gemacht worden, auf verschiedenen Braunkohlenwerken der Niederlausitzer Arbeiterausstände hervorzuheben, die offenbar lediglich den Zweck hatten, die Organisation in der Bergarbeiterschaft zu fördern. Zur Abwehr derartiger Angriffe haben sich die Braunkohlenwerke der Niederlausitz im Juli d. J. zu einem Arbeitgeberverbande vereinigt, der die Aufgabe hat, die Interessen des Niederlausitzer Bergbaues gegenüber diesen wirtschaftlichen Schädigungen mit ausreichenden Mitteln zu schützen. Alle Mitglieder dieses Verbandes gehören gleichzeitig dem Arbeitgeberverband des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins sowie der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände an, welche letztere die Arbeitgeber der Mehrzahl aller deutschen Industrien umschließt. Wie bisher eine ersprießliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Niederlausitz stattgefunden hat, so liegt auch gegenwärtig absolut keine Veranlassung vor, in die bestehenden Arbeitsverhältnisse in agitatorischer Weise störend eingzugreifen. Die Löhne des Niederlausitzer Reviers sind ausweislich der staatlichen und privaten Lohnstatistik im Laufe der letzten zwei Jahre entsprechend der eingetretenen veränderten Lebenshaltungen um etwa 18 Proz. erhöht worden, während der Erlös für die Produktion in dieser Zeit nicht in entsprechender Weise gestiegen ist, so daß der Mehrerlös in erster Linie der Bergarbeiterschaft zugute gekommen ist. Im eigenen wohlbestandenen Interesse der Niederlausitzer Bergarbeiterschaft wird es daher liegen, wenn sie sich auch in Zukunft den Einflüssen unverantwortlicher Agitatoren verschließt.

Demgegenüber stellt die Verbandsleitung das Gegenteil fest! Während die in den in Betracht kommenden Betrieben beschäftigte Arbeiterzahl sich von 1904—1908 nur um 189 Personen (das sind 1,8 Proz.) vermehrte, wurden 1908 16 801 874 Hektoliter (10 Prozent) Braunkohlen mehr als 1904 gefördert; Brillets wurden 474 540 Tonnen (14,26 Proz.) mehr fabriziert wie 1904. Jeder Arbeiter lieferte also jährlich 1431 Hektoliter Braunkohle und 40 Tonnen Brillets mehr wie früher. Die Ergiebigkeit der Arbeit hat sich also ganz enorm gesteigert, während die Schichtlöhne (bei zwölfstündiger täglicher Arbeitszeit) während derselben Zeit bestenfalls pro Schicht um 54 Pf. gestiegen sind. Es entspricht also nicht den Tatsachen, daß die Löhne um 18 Proz. gestiegen sind. Es verdient im

Vergreber West-Rottbus.

	1904	1905	1906
Erwachsene Arbeiter ¹⁾ . . .	2,75—3,57	2,94—3,76	3,09—4,11
Jugendliche Arbeiter . . .	1,64	1,63	1,64
Weibliche Arbeiter	1,64	1,64	1,69

Die Zahlen sind dem amtlichen Berichte der Vergbehörden entnommen. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ waren die Löhne im Oberamt Halle, zu dem obiges Vergreber gehört, folgende:

	Durchschnitt 1904	Durchschnitt 1905	Durchschnitt 1906
Erw. männl. Arbeiter ¹⁾ . . .	2,93—3,50	3,02—3,68	3,20—3,66
Jugendl. männl. Arbeiter . . .	1,55	1,58	1,67
Weibliche Arbeiter	1,97	1,70	1,91

¹⁾ Der höchste angegebene Lohn ist der der eigentlichen Vergarbeiter. Zwischen diesem und dem davor als niedrigsten angegebenen schwanken die Löhne der übrigen erwachsenen männlichen Arbeiter, die unter und über Tage beschäftigt werden.

Wetrachtet man dagegen die Profite der Unternehmer, so merkt man sehr bald, wer den Vorteil aus dem „Mehrerlös“ gezogen hat. So haben die Aktionäre der „Niederlausitzer Braunkohlenwerke“ aus dem Schweize ihrer Arbeiter den anständigen Gewinn von 1 350 000 M. gezogen, wovon 750 000 M. abgeschrieben wurden, während die Aktionäre 10 Proz. Dividende erhielten (gegen 8 Proz. im Jahre vorher). Die Aktionäre der bekannten „Ise“ bekamen gar 18 Proz. (Das sollen wahrscheinlich die „Lohnerrhöhungen“ sein, von denen der Waschzettel faßelt.) Außerdem erhielten Verwaltung und Aufsichtsratsmitglieder noch das nette Stämmchen von 231 485 M.

Wer hier noch behaupten will, daß der Gewinn aus der Produktion nicht einmal um so viel Prozent gestiegen sei, als die Löhne der Arbeiter, den Frauen nicht allein die erhöhten Abschreibungen, die Erweiterungen der Werke, die Erhöhung der Dividenden und Kantinen Lügen, sondern auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise trotz der erzielten Gewinne von den Vergwerksunternehmern fortgesetzt in die Höhe getrieben wurden und noch werden. Und doch kennt der Egoismus der Kapitalisten keine Grenzen. In schroffster Weise werden die bescheidenen und berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zurückgewiesen, und in ihrer Angst um die durch den Ausfall bedrohende Schwächung ihres Profits, versuchen diese besonders bei den letzten Reichstagswahlen in Patriotismus vergebenden nationalen Maulhelden den Inpost von Kulis. Oder soll dies nur ein Scherzstück sein? Wie dem auch sei, die Sympathie der Öffentlichkeit ist auf Seiten der Bergarbeiter!

Berlin und Umgegend.

Der Boykott über den Arbeitsnachweis der Schmiedebinnung.

In der letzten Versammlung der Schmiede gab Siering bekannt, daß der seinerzeit über den Innungsnachweis und die Herberge verhängte Boykott ausgezeichnet wirke. Die Innung habe den Altgefehen Köhler zur Beseitigung des Boykotts aufgefordert. Auch seien gegen ihn zwei Klagen, eine seitens des Wirtes und die andere seitens des Obermeisters, anhängig gemacht worden. Es liege aber gar kein Grund vor, dem Verlangen der Innung zu willfahren.

Der Mitgliederstand der Berliner Gewerkschaften. In unserer am Sonntag veröffentlichten Tabelle über den Mitgliederstand der Berliner Gewerkschaften hat sich in der Gesamtsumme der Organisierten für 1906, also in der letzten Ziffer unten rechts ein Fehler eingeschlichen. Diese Zahl beträgt nämlich nicht 264 798, sondern 253 798.

Deutsches Reich.

Die Beendigung des Konfektionschneiderekreis in Stettin.

Die Lohnkommission der Konfektionschneider beschloß, die Sperre über 8 Firmen wieder aufzuheben. Daraufhin wird der Arbeitgeberverband die von ihm ausgesperrten Schneider wieder einstellen, so daß in sämtlichen 53 Kleiderfabriken die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen wird.

Die Knappen des Ruhrreviers.

Gestern fanden im Ruhrrevier 38 vom Verbands einberufene, durchwegs sehr stark besuchte Bergarbeiterversammlungen statt, in denen sich sämtliche Redner, auch die anwesenden Vertreter des Gewerksvereins, scharf gegen den neuen Statutenentwurf aussprachen. In einer Versammlung in Linden erklärte ein Vertreter des christlichen Gewerksvereins, daß er dem Abgeordneten

Que seinen Dank dafür ausspreche, daß er mit seiner Oberhausener Rede den Gewerksvereinsvorstand aufgeschübert habe, damit er mal nach geworden sei. Hierdurch seien auch die Kameraden im christlichen Gewerksverein aufgerüttelt worden.

Die Versammlungen nahmen folgende Resolution an: Die heutige Bergarbeiterversammlung, erklärt, daß für die Bergarbeiter eine bessere wirtschaftliche Lage erreicht werden kann nur durch geschlossenes Vorgehen aller Kameraden. Die Versammlung bedauert darum lebhaft, daß im Vorjahre die aus der Bergarbeiterschaft kommenden Anregungen auf dauernde Einigung der Bergarbeiterorganisationen als „Einigungsrummel“ verhöhnt worden und ganz besonders verurteilt die Versammlung die von Herrn Hermann Imbusch, Redakteur am „Bergknappen“, herausgegebene Broschüre, in der zum Schaden des Einigungsgedankens alle Streitigkeiten, die zwischen den Bergarbeitern der verschiedenen politischen und religiösen Anschauungen innerhalb 15 Jahren vorkamen, abermals aufgewärmt worden sind. Wenn man in dieser Weise die alten Streitereien immer wieder aufwärmt, dann kann es nimmer zur Bergarbeitervereinigung kommen.

Die Versammlung fordert die Ortsverbände und die Mitglieder aller Bergarbeiterorganisationen auf, ganz energisch ihre Zentralvorstände zu ersuchen, sofort den Weg der Verständigung über die Knappheitsstatuten-Reform zu beschreiten. Diejenige Organisationsführung, die sich dieser im Interesse der Knappheitsmitglieder unbedingt nötigen Verständigung widersetzt, beweist dadurch, daß ihr der persönliche Streit über das Bergarbeiterwohl geht. Daraus werden dann die Bergleute ihre Lehre ziehen.

Ausland.

Der Dokerstreik in Antwerpen.

Antwerpen, 1. September. (Fig. Ver.) Nun, da es kein Zurück mehr gibt und die Hafen-Sperrung auf ihrem Schein bestehen — bedingungslose Ergebung, Aushungerung —, führen die Streikenden den aufgezwungenen Kampf mit aller Energie und Entschlossenheit weiter. Daß trotz der massiven Erbitterung die Ruhe aufrechterhalten wird und es nur hier und da zu kleinen Zusammenstößen kommt, ist einzig der besonnenen Streikführung zu danken — denn an Provokationen fehlt es wahrlich nicht. Was soll man z. B. zu dieser anmaßenden Redheit sagen, daß die Unternehmer gegen das Sammeln der Streikenden mit Stocken „protestieren“? Uebrigens steht die Bevölkerung sichtlich auf Seiten der Streikenden — der arbeitende Teil selbstverständlich auch mit der wertvollsten Sympathie. Hunderte von Streikenden erhalten Naturalien und Wohnungsmietszuschüsse und bis jetzt haben sich bereits 700 Familien zur Aufnahme der Kinder von Streikenden in der Redaktion des hiesigen sozialistischen Blattes, dem „Werker“, gemeldet. Selbstverständlich sind, wie immer, die sozialistischen Korporationen mit Unterstützung bei der Hand. Die Genter Doker, die auch früher schon durch ihre Weigerung, Arbeit für die Antwerpener Kollegen zu verrichten, ihre rechtschaffene Gesinnung bewiesen, verpflichteten sich, jede Woche 2000 Brote zu schenken. Auch die Geschäftsleute bekunden durch Gewährung von Vons, durch Gratis-Kafieren usw. an Streikende, daß sie mit dem gerechten Kampf der Hafenarbeiter sympathisieren.

Nicht besser kann die Situation des Hafens gekennzeichnet sein als durch den Ausdruck des rebelligen Präsidenten der Unternehmervereinigung, Steinmann: es gibt keine Schiffe im Hafen, infolgedessen keine Arbeit. In der Tat, mer das sonstige Hafenleben gegen die gegenwärtige Oede vergleicht, kann selbst als Laie ermessen, welchen Riß dieser Streik in das weite wirtschaftliche Wirtschaftsleben bringt. Dennoch: die Unternehmer (lies: Steinmann) erklären kühl: „Ob der Streik eine Woche dauert oder einen Monat, das ist uns ganz egal, wir geben nicht nach.“ — Und sie richten sich darauf wenigstens insofern ein, daß sie ihre Anstrengungen, von überall Streikbrecher herbeizuziehen, vermehren. In ihren Mitteln sind sie dabei freilich nicht präde. Gestern erst ging eine Gruppe von 100 Deutschen aufs Konulat, um Beschwerde zu führen, daß man sie unter falschen Vorwänden, d. h. in Unkenntnis des Streiks, nach Amsterdam gebracht habe. Nächten auch die übrigen deutschen Arbeiter — die Unternehmer kündigten für die nächsten Tage die Ankunft von 1500 an — das selbe Ehrgefühl beweisen und keine Arbeit annehmen. Damit der Zustand der englischen „Krounies“ aufhöre, werden bei den Trade-Union's Schritte gemacht werden, damit sie die Regierung zu entsprechenden Maßnahmen veranlassen. Wie wenig den Herren Unternehmern an der wirtschaftlichen Existenz der einheimischen Arbeiter liegt, zeigt ihr Ausspruch, daß sie auch nach dem Streik Streikbrecher in Antwerpen behalten werden. Patrioten, diese Herren! Steinmann kündigte an, daß man 75 Proz. der Streikenden werde „ersehen“ können. Nun, vorläufig fehlt es weniger an Arbeit, denn an Arbeit in dem verödeten Hafen. . . .

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Des Zaren Leibgarde.

Odeßa, 2. Sept. (B. L. W.) (Von einem Privatkorrespondenten.) Um dem Tod des bei dem Entlassen einer bei einer Hausung gefundener Bombe verunglückten Offiziers und dreier Postgeleitete zu rächen, organisierte der Verband russischer Leute gestern ein Pogrom, welches noch andauert. Die Kaufbolde laufen auf die Juden schießend durch alle Straßen. Drei Juden sind getötet, gegen 60 schwer verwundet, die Polizei ist untätig; es wurde kein einziger Kaufbold verhaftet. Es herrscht eine große Panik.

Streikbeendigung.

Hamburg, 2. September. (B. L. W.) Der Ausfall der Besatzungen der Schlepplampfer ist heute durch ein Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beendet worden. Drei Firmen haben kleine Zugeständnisse gemacht, bei den anderen nehmen die Arbeiter die Arbeit morgen früh bedingungslos wieder auf.

Einberufung des bayerischen Landtages.

München, 2. September. (B. L. W.) Der Landtag ist auf den 27. d. M. einberufen.

Niedergerannte Ortschaft.

Wien, 2. September. (B. L. W.) Heute nacht ist die Ortschaft Breitenlee fast gänzlich niedergebrannt.

Grubenkatastrophe.

Johannesburg, 2. September. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Infolge Einsturzes einer Schachtwand in der Neukleinfonteingrube wurden 17 Chinesen verschüttet. Sieben wurden ernstlich verletzt hervorgezogen; vier sind umgekommen. Es ist keine Hoffnung vorhanden, die übrigen zu retten.

Neuernde Truppen.

Bretoria, 2. September. (B. L. W.) Nach einer Meldung des „Transvaal Advertiser“ hat eine Abteilung von Bionieren, die sich auf dem Marsche ins Wauder befand, als Protest gegen rückwärtslose Behandlung durch einen bestimmten Offizier gemeutert und ihre Leberzug zerschnitten. Die Reuterer sind durch ein anderes Regiment nach Bretoria zurückgebracht worden.

Zur Richtfeststellung in Sachen der Kolonial-Resolution

erhalten wir folgende Zuschrift:

Zu den in die Politische Uebersicht des „Vorwärts“ aufgenommenen Ausführungen der „Düsseldorfer Volkszeitung“ über meinen Artikel „Zur Aufklärung über die Kolonialabstimmung“ gestatte ich mir folgende berichtigende Bemerkungen:

Der Verfasser des Düsseldorfer Artikels behauptet: „Sie (Vernstein und David) erklärten gerade den ersten Satz der van Kolschen Resolution für den springenden und prinzipiell wichtigsten, wohl wissend, daß gerade in ihm eine Schwenkung in der Frage der Flottenpolitik, der Staatsbewilligungen und selbst der Schutzpolitik im Keime mit enthalten war.“ Gerade diesen ersten Satz, behauptet er weiter, hätte ich darum so „hartnäckig“ verfolgt. In der Erzeugung desselben durch den Einleitungsparagrafen im Antrag der deutschen Delegation sieht er „ein grundsätzliches Zurückweichen des Revisionismus“, bewirkt durch den Vorstoß einiger nieder-rheinischer Delegierter. Mir aber unterstellt er die Absicht, diesen angeblichen Tatbestand zu verschleiern und findet, daß ich offenbar an einer „bedauerlichen Vergeßlichkeit“ leide.

Diese Darstellung widerspricht in jeder Beziehung den Tatsachen. Was zunächst Vernstein betrifft, so hatte er diesen ersten Satz, in dem gesagt wurde, „daß der Wert der Kolonien im allgemeinen und für die Arbeiterklasse im besonderen stark übertrieben wird“, schon im Plenum des Kongresses selbst als „nicht sehr geschickt gefaßt“ bezeichnet, noch bevor dieser Passus in der deutschen Delegation von den nieder-rheinischen Delegierten angegriffen worden war. Das hätte Vernstein wohl schwerlich getan, wenn er gerade in dieser Fassung das prinzipiell wichtigste Moment gesehen hätte.

Was mich selbst angeht, so hatte ich sogar schon in der Kolonialkommission gleich am ersten Tage meine Vereinstschaft dokumentiert, jenen ersten Satz zu beseitigen, indem ich einem Amendement des belgischen Genossen Terwagne zustimmte, das die Streichung dieses Satzes forderte und die van Kolsche Einleitung auf den zweiten Satz beschränkte. Diese hätte dann einfach gelaute: „Der Kongreß verurteilt nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können.“ Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Weiter aber brachte ich in der Kommission auch einen eigenen Antrag ein, der ebenfalls die Beseitigung des ersten van Kolschen Satzes resp. seine Ersetzung durch eine einwandfreie Fassung im Auge hatte. Danach sollte die ganze Einleitung lauten:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Zungen zur höchsten Kulturstufe emporführen will, — sieht der Kongreß in der kolonialistischen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturziels der sozialistischen Bewegung.“

Erst nachdem dieser Antrag in der Rinderheit geblieben war, stimmte ich mit der Mehrheit für die van Kolsche Fassung. Angesichts dieser Stellungnahme in der Kommission, über deren Verhandlungen die Parteipresse einen ausführlichen Bericht brachte, ist die Behauptung, der erste Satz der van Kolschen Einleitung sei mir der „springende und prinzipiell wichtigste“ gewesen, in der Tat ein starkes Stild.

Ich soll dies aber sogar „erklärt“ haben. Wo, sagt der Düsseldorfer Artikelsschreiber nicht. Sollte ich das etwa in der Sitzung der deutschen Delegation getan haben? — Dann appelliere ich an das Zeugnis der über 200 Genossen, die jenen Sitzungen beiwohnten. Als jener erste Passus in der Delegationsitzung am Donnerstagvormittag angegriffen wurde, weil er angeblich unsere Haltung bei der letzten Reichstagswahl nachträglich desavouierte, erklärte ich vielmehr dem Sinne nach folgendes: Jener Passus sei zwar auch meiner Meinung nach nicht gerade glücklich gefaßt; allein der befürchteten mißverständlichen Auslegung desselben sei durch den weiteren Inhalt der van Kolschen Resolution vorgebeugt, da sie ja eine scharfe Brandmarkung der kapitalistischen Kolonialisationsmethode enthalte. Aus diesem Grunde könne man es bei der tags zuvor beschlossenen Zustimmung belassen. Durch eine Umredigierung in letzter Stunde, wo schon alle übrigen Delegationen zu der dem Kongreß vorliegenden Fassung des Majoritätsantrages Stellung genommen hätten, laufe man Gefahr, Verwirrung anzurichten. Trotzdem übernahm ich den Antrag, mit dem Genossen Wurm gemeinsam eine bessere Formulierung zu finden, nachdem auf meine Anregung ausdrücklich festgestellt worden war, daß die Formänderung sich nur auf den ersten Satz beziehen dürfe, der zweite Satz dagegen unverändert erhalten bleiben müsse.

So stand es also mit meinem „hartnäckigen Verfechten“ des ersten Satzes. Aber noch mehr! Mit dem Auftrag der besseren Redigierung jenes angegriffenen Satzes betraut, einigte ich mich mit dem Genossen Wurm binnen einer Viertelstunde auf folgende Fassung:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die produktiven Kräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, — verwirft der Kongreß nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik, da diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können.“

Wenn sich der Verfasser des Düsseldorfer Artikels auch nur einen Augenblick die Sache näher angesehen hätte, so hätte er entdecken müssen, daß diese neue und definitive Fassung, die dann auch von van Kol akzeptiert wurde, nichts anderes ist als — die Herübernahme des ersten Teiles meines eigenen oben erwähnten, schon in der Kolonialkommission gestellten Antrages!

Man ermesse nun das Grotteske der Unterstellung, ich sei zum Aufgeben der van Kolschen Fassung des Einleitungsparagrafen und zur Annahme der definitiven Fassung gewissermaßen gezwungen worden!

Danach kann ich die Frage, auf welcher Seite die „bedauerliche Vergeßlichkeit“ und die „Verdrehung der Tatsachen“ zu suchen ist, jedem unbefangenen Beurteiler überlassen. Mögen diejenigen, denen jene Delegationsbeschlüsse nicht passen, mit Worten und Begriffen umfingern, wie es ihnen beliebt — den Tatbestand selbst sollten sie wenigstens unangefastet lassen. Das Entscheidende ist und bleibt: der Antrag der deutschen Delegation, der innerhalb dieser — trotz der vorangegangenen gegenschläglichen Ausführungen Ledebours und Stauffens im Plenum des Kongresses! — mit allen gegen drei oder vier Stimmen angenommen wurde, enthielt als Hauptgedanken die Feststellung, daß wir nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell verwerfen, sondern nur die kapitalistische Kolonialisationsmethode mit ihren Raub- und Greuelthaten aufs schärfste verurteilen und ablehnen. Um diesen Gedanken drehte sich der Kampf; auf ihn bezog sich das Für und Wider der ersten prinzipiellen Abstimmung.

Wenn man in der fast einmütigen Zustimmung der deutschen Delegation zu diesem Gedanken und in der Anerkennung desselben durch die Delegationen der größten und fortgeschrittensten Nationen eine „revisionistische Anwendung“, und wenn man die Niederstimmung unseres Antrages durch die osteuropäischen Nationen und Nationen als eine „Niederlage des Revisionismus“ ansehen will — so habe ich nichts dagegen. Ich kann dann nur wünschen, daß der „Revisionismus“ noch mehr solcher „Niederlagen“ bezieht. Dann wird er bald auf der ganzen Linie gesiegt haben.

Berlin-Friedenau.

Eduard David.

Wir müssen es der „Düsseldorfer Volksztg.“ überlassen, auf diese Darlegungen zu entgegnen.

Wir selbst haben Davids Stellungnahme nicht zum Betveid des Vorhandenseins revisionistischer Tendenzen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik angezogen, sondern die Einleitungsätze der van Kolschen Resolution sowie Stellen aus den Reden van Kols und Vernsteins. Daß es sich aber keineswegs bloß um Befürwortung einer „sozialistischen“ Kolonialpolitik handelt, die von einer sozialistischen Gesellschaft zu betreiben wäre, sondern um die — einstweilen freilich noch etwas schüchterne — Bejahung der bürgerlichen, kapitalistischen Kolonialpolitik, beweist auch deutlich genug folgende Auslassung des Karlsruher „Volksfreund“:

„Zwei Fragen waren es, die in ganz besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit beanspruchten: die Frage der Kolonialpolitik und die Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte. Ob die Resolution des Stuttgarter Kongresses in bezug auf die Kolonialpolitik das Richtige getroffen hat, bleibe dahingestellt. Wir teilen den Standpunkt der Kommissionsmehrheit. Das Proletariat kann auch in dieser Frage nicht in der Negation verharren. Auch die Kolonialpolitik ändert ihr Gesicht in demselben Maße, in welchem der Klassenstaat das seine zu verändern gezwungen ist. Gewiß hat heute die Kolonialpolitik einen durchaus imperialistischen Charakter. Aber wer kann uns denn beweisen, daß das immer so ist und immer so bleiben muß? Mit Recht hat der holländische Genosse van Kol bemerkt, daß man auch eine demokratische Kolonialpolitik treiben kann. Diesem Ziele kommen wir um so näher, je größer der politische, wirtschaftliche und parlamentarische Einfluß des Proletariats wird.“

Das ist nichts anderes als die vom Dresdener Parteitag so energisch verworfene revisionistische „Aushöhungstheorie“, auf die Kolonialpolitik angewendet!

Die Erste Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen.

Ueber die Verhandlungen der Konferenz, die nach Schluß des Internationalen sozialistischen Kongresses am Sonntag, den 24. August, in Stuttgart im Gewerkschaftshause zusammentrat, geht uns nachträglich ein ausführlicher Bericht zu, dem wir entnehmen: Es waren 20 Delegierte aus 13 Ländern anwesend, und zwar: für Belgien Troclet, Lütich und Jauneaux, Jolimont, für Deutsch-Oesterreich Winarsky, Wien, für Ungarn Alpári, Budapest, für Böhmen Statula, Prag und Lustig, Weinberge, für die Schweiz Vader, Zürich und Kleiner, Zürich, für Italien Angelita Valabanoff, Lugano, für Spanien Fabra Ribas, Bilbao, für Großbritannien Simpson, Oxford, für Holland Henriette Roland, Holst, Aren, für Deutschland Körner, Mannheim, Kemmerle, Darmstadt, Tente, Hamburg, Eichhorn, Mannheim, Lüpny, Stuttgart, für Schweden und Dänemark Gustaf Wöller, Malmö, für Australien Viktor Kroemer, Melbourne. Das Bureau der internationalen Verbindung war durch die Genossen Liebnecht, Berlin und de Man vertreten. Außerdem wohnten einige Gäste aus Deutschland, Rußland und Belgien den Verhandlungen bei.

Die Geschäftsordnung wurde im allgemeinen nach dem Vorbild des Internationalen sozialistischen Kongresses geordnet. Die Länder mit weniger als 1000 Mitgliedern erhielten 1, die mit 1000 bis 5000 Mitgliedern 2, mit mehr als 5000 Mitgliedern 3 Stimmen. Danach haben je 1 Stimme: Ungarn, die Schweiz, Holland, Australien; je 2 Stimmen: Böhmen, Deutsch-Oesterreich, Italien (1 für die syndikalistische, 1 für die integralistisch-reformistische Föderation), Deutschland, Spanien, Dänemark, Großbritannien; je 3 Stimmen: Schweden und Belgien.

In Gestalt der im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. erschienenen Broschüre liegt ein ausführlicher gedruckter Bericht über den Stand der Jugendbewegung in den einzelnen Ländern vor. Die Delegierten konnten sich daher auf einige ergänzende Bemerkungen beschränken.

An wesentlichen Ausführungen sind zu verzeichnen: Statula und Lustig, Böhmen bemerken, daß die im Bericht angegebene Zahl von 3500 organisierten jungen Arbeitern sich nur auf die besonderen Organisationen bezieht. In den meisten Orten sind aber die jungen Arbeiter in Sektionen der Parteiorganisationen gruppiert; auf diese Weise sind über 20 000 tschechoslawische junge Arbeiter unter achtzehn Jahren sozialdemokratisch organisiert. Der letzte Parteitag der tschecho-slavischen Partei in Pilsen beschloß die Gründung eines Landesagitationskomitees, das für die Organisation der sozialistischen Jugend sorgen soll. Dieses Komitee besteht aus Vertretern der Partei, der Arbeiterturnvereine, der Gewerkschaften und der Jugendorganisationen. Dadurch hat endlich die Partei die Berechtigung unserer Bewegung offiziell anerkannt.

de Man teilt mit, daß es den französischen Genossen leider nicht möglich war, die zur Entsendung eines Delegierten notwendigen Geldmittel aufzubringen. Unerquickliche Verhältnisse bestehen in der Pariser Jugendorganisation, persönliche Zwistigkeiten machen jede Arbeit unmöglich. Besser steht es in der Provinz, wo an manchen Industrieorten blühende Organisationen bestehen.

Körner, Deutschland teilt mit, daß mit der Ganeinstellung gute Erfahrungen gemacht wurden, und beschränkt sich über die Gleichgültigkeit, ja selbst Feindseligkeit der Parteiorganisationen anderer Orte.

Vader, Schweiz: Es wird jetzt versucht, die bisher auf das Züricher Gebiet beschränkte Bewegung auf die ganze Eidgenossenschaft auszuweiten. In der westlichen Schweiz erleben die früheren Jeunessees Socialistes aufs neue. Ein Teil auch einflußreicher Parteigenossen sieht den Jungburschenvereinen feindlich gegenüber, weil sie sich an der antimilitaristischen Agitation beteiligen und der antimilitaristischen Liga angeschlossen sind. Einige Gewerkschaften wollten und nur finanzielle Unterstützung gewähren, wenn wir unsere antimilitaristische Propaganda aufgeben wollten. Selbstverständlich haben wir auf diese Unterstützung verzichtet. (Lebhaftes Bravo!)

Henriette Roland, Holst zeigt den besonderen Charakter des holländischen Verbandes De Jaar, der sich ausschließlich der Bildungsarbeit widmet und an keiner Aktion teilnimmt, was die Rednerin selbst für einen großen Mangel hält. Doch werde hier eine Aenderung mit Aussicht auf baldigen Erfolg angestrebt. Das Verhältnis zur Partei ist sehr schwierig. Der jetzige Parteivorstand verlangt, daß die Organisation ihren selbständigen Charakter aufgeben und nur in der Form von zeitlichen Bildungssektionen der Parteiorganisation fortbestehen. Darauf können wir uns selbstverständlich nicht einlassen.

Wöller gibt einige neue Aufklärungen über die skandinavischen Organisationen. Der schwedische Verband hat jetzt zwei Funktionsäre angestellt, von denen der eine 2000, der andere mit 1800 Kronen besoldet wird. Die Auflage des Verbandsorgans „Fram“ wächst um etwa 1000 Exemplare im Monat. Wir haben jetzt 16 Wandersbibliotheken und drei neue Sonntagsschulen errichtet. Seit dem letzten Verbandstag in Stockholm zu Pfingsten 1907 sind 54 neue Ortsgruppen gegründet worden. Der Verband hat jetzt auch zwei Agitatoren, die eine Entschädigung von 15 Kronen pro Tag bekommen. Die einzige gegnerische Organisation ist der sogen. „Socialistiska Ungdomsförbundet“, anarcho-

sozialistischen Charakters. Die Zahl von 10000 Mitgliedern ist für ihn viel zu hoch, er dürfte etwa 3500 Mitglieder zählen. In Norwegen scheint der Jugendverband auf anarchoistische Abwege geraten zu sein.

Kroemer berichtet ausführlich über die Jugendbewegung in Australien. Seit zwei Jahren bestehen dort Organisationen in der Gestalt von Sonntagsschulen nach englischem Muster und von Jugendorganisationen für die jungen Leute beiderlei Geschlechts von 15 bis 25 Jahren. Letztere beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Unterricht in der Nationalökonomie. Die Sonntagsschulen sind für uns am wichtigsten. Sie haben wie in England den Zweck, die Kinder von 5 bis 15 Jahren körperlich und geistig zu erziehen; besonders im letzten Jahre haben sie eine große Ausdehnung gewonnen. Die vor achtzehn Monaten in Melbourne mit 9 Schülern gegründete Schule zählt jetzt 300 Schüler. Diese werden in verschiedene Klassen oder Gruppen eingeteilt, von denen jede einen besonderen Namen hat, wie: Frömmlichkeit, Solidarität, Karl Marx usw. Mit diesen Namen sind die Klassen versehen, die die Gruppen bei Umzügen mitnehmen. Die Sonntagsschulen haben keine besondere Rubrik für sie eingerichtet. Vor kurzer Zeit wurde in Melbourne ein Banquet jugendlicher Proletarier veranstaltet, an dem über tausend Jugendliche teilnahmen. Sie gingen gemeinschaftlich unter revolutionären Gefühlen durch die Stadt und demonstrierten vor dem Gefängnis, in dem sich mehrere wegen ihrer Beteiligung an der Jugendbewegung Inhaftierte befanden. Dann fanden ein gemeinsames Essen und gemeinsame Spiele statt. Eine spezielle antimilitaristische Propaganda wird in Australien nicht betrieben. Das kleine Freiwilligenheer wird lediglich verspottet. Als sich aber zur Zeit des Krieges in Südafrika Soldaten in die Dienste des englischen Kapitalismus stellten, haben wir eine lebhaftige Gegenagitation betrieben.

Sitzung vom Sonntag vormittag.

Genosse de Man erstattet den

Bericht des internationalen Sekretariats.

Vom Kongreß des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands, der am 30. September 1906 in Mannheim abgehalten wurde, ging die Anregung zur Gründung der jetzigen internationalen Verbindung aus. Im März 1907 kam dann ein vorläufiges internationales Bureau, bestehend aus den Genossen de Man, Frank und Liebnecht zustande. De Man wurde zum Sekretär bestimmt. Alle befragten sozialistischen Jugendorganisationen zeigten sich bereit, sich einer internationalen Verbindung anzuschließen. Aus der Tätigkeit des internationalen Sekretariats ist hervorzuheben, daß bis jetzt 7 Nummern eines monatlichen heftographierten Bulletin in einem Gesamtumfang von 32 Seiten in deutscher und französischer Sprache herausgegeben wurden. Der Referent ging sodann auf die Versuche ein, die vom Sekretariat zum Zwecke der Herbeiführung einer nationalen Einigung der sozialistischen Jugendorganisationen Frankreichs unternommen wurden. Es ist leider zu beklagen, daß diese infolge der traurigen Verhältnisse in der Pariser Jugendföderation nicht den gewünschten Erfolg haben werden. Kurz vor Zusammentritt des internationalen Kongresses gab das Sekretariat einen ausführlichen Bericht über die Jugendorganisationen aller Länder heraus, der französisch in den zweiten Band des Berichtes des Internationalen sozialistischen Bureau, aber wegen Mänge der Zeit in sehr mangelhafter Form aufgenommen und in deutscher Sprache als besondere Broschüre im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. erschienen ist. Die Einnahmen des Sekretariats betragen 294,30 M., die Ausgaben 300,60 M., es ist also ein Defizit von 6,30 M. vorhanden. Für den moralischen Erfolg der internationalen Verbindung sei die glänzende Beschickung der jetzigen Konferenz der beste Beweis.

Sodann geht man zum Punkte

die internationale Organisation

über. Der Referent de Man schlägt vor, die Verbindung in der bisherigen Form weiter bestehen zu lassen und die Weiterherausgabe des Bulletin zu beschließen sowie ein aus fünf Personen zusammengesetztes internationales Bureau zu wählen, das in diesem Falle den internationalen Sekretär zu ernennen und die ihm zu zahlende Entschädigung zu bestimmen haben wird. Er empfiehlt, als Sitz des Sekretariats zunächst Wien in Aussicht zu nehmen. Die internationalen Konferenzen sollen in der Regel im Anschluß an die internationalen sozialistischen Kongresse abgehalten werden.

Das Ergebnis der langen Diskussion, die sich über diese Vorschläge entspann, war, daß den Vorschlägen des Referenten zugestimmt wurde. Ferner wurde beschlossen, daß von den Beisitzern wenigstens einer am Sitze des Sekretariats seinen Wohnsitz haben soll. In das internationale Bureau wurden die Genossen Winarsky, de Man, Liebnecht, Henriette Roland, Holst, Wöller und als Ersatzmann für Liebnecht Statula bestimmt. Der internationale Beitrag wurde mit 15 gegen 12 Stimmen auf 2 Pf. pro Mitglied und pro Jahr festgesetzt. Dieser Beitrag soll am Anfang jedes Quartals, und zwar vom 1. Oktober d. J. an, entrichtet werden. Außerdem soll von den bestehenden Organisationen für die bis dahin zu machenden Ausgaben in näher festgesetzten Einzelbeiträgen eine einmalige Unterstüßung in der Gesamthöhe von 100 M. bezahlet werden. Das Budget des Sekretariats wurde auf etwa 900 bis 1000 M. im Jahre geschätzt.

Darauf erhält die Genossin Roland-Holst das Wort zu ihrem Referat über

die sozialistische Erziehung der Jugend.

Es besteht bei einem Teil der jungen proletarischen Generation ein lebhafter Antrieb zur Organisation und zur Bildung im Sinne des Sozialismus. Dieser Antrieb entspringt aus den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen die arbeitende Jugend aufwächst. Er ist allgemein in allen Ländern, wo eine moderne Arbeiterbewegung besteht. Es werden jetzt, was früher nicht der Fall war, Hunderttausende von Arbeiterkindern sozusagen als Sozialisten geboren. Zahlreiche andere sind nicht so glücklich, sie haben in ihrer Familie selbst einen Kampf zu führen, aber doch besteht in ihnen die Neigung zum Sozialismus. Wieder andere hat ihre Erziehung zu einer feindlichen Anschauung gebracht. Aber auch diese können in ihrer Jugend leichter gewonnen werden als später. Es ist also unsere Pflicht, in ganz besonderem Maße für die sozialistische Erziehung der jungen Arbeiter zu sorgen. Dies wird am besten in der Organisation geschehen. Es sollen also zunächst die sozialistischen Parteien die Gründung von Jugendorganisationen in die Hand nehmen und die bestehenden unterstützen.

Die erste Aufgabe dieser Organisationen soll die Verbreitung des Wissens sein. Die Volksschulbildung ist fast überall äußerst ungenügend. Deshalb sind viele junge Arbeiter nicht in ständige Bildungskursen mit Rufen zu folgen, da ihnen jede Vorbereitung dazu fehlt. Es ist nötig, daß sie das Gebörte und Gelesene gut verstehen, daß sie ihre eigenen Gedanken und das Gebörte schriftlich und mündlich korrekt ausdrücken und falls die Vorstellungen richtigstellen können. Dieses zu erreichen, ist die Hauptbedingung für jede weitere Bildungsarbeit.

Wenn einmal diese Vorbereitung da ist, dann entsteht die Frage, was soll man weiter lehren?

Von der Erziehung, die der Arbeiter in diesen Jahren empfängt, ist es abhängig, ob er den geistigen Verirrungen nach dem Reformismus oder nach dem Anarchismus hin zugänglich sein wird, oder ob er den kürzesten Weg zu seiner geistigen Befreiung wählen wird. Es liegt also auf der Hand, daß wir dem jungen Arbeiter vor allem einen klaren Begriff von der gesellschaftlichen Entwicklung, von dem Grunde und dem Wachstum der Klassengegensätze und ihren politischen Konsequenzen geben sollen. Die wichtigsten Lehrfächer sind also: die National-

Ökonomie und die Geschichte. Im nationalökonomischen ebenso wie im geschichtlichen Unterricht soll aber so wenig wie möglich mit abstrakten Gedanken, wohl aber mit zahlreichem Beispielen, möglichst aus der eigenen Erfahrung der Schüler, gearbeitet werden. Es wäre eine Torheit, zu versuchen, ihnen die abstrakte Theorie des historischen Materialismus beizubringen. Sie werden diese Theorie am besten begreifen lernen, wenn ihnen die Geschichte nach der Methode dieses historischen Materialismus gelehrt wird. Die geeigneten Unterrichtsgegenstände sind demnach die meist charakteristischen Epochen aus den bürgerlichen Revolutionen und aus der modernen Arbeiterbewegung, die Revolutionen von 1848, die Pariser Kommune, die russische Revolution. Die Kenntnis der Arbeitergesetzgebung ist ebenfalls wichtig. Es ist aber nicht nötig in den Ländern, wo z. B. Arbeitersekretariate bestehen, hier auf die Einzelheiten einzugehen. Nach den historischen Wissenschaften kommt die Naturwissenschaft. Aber hier soll die Unterrichtsmethode besonders sorgfältig gewählt werden. Es wäre direkt schädlich, sich hier in Kleinigkeiten zu verlieren. Es muß vielmehr versucht werden, das Verständnis für die allgemeinen Entwicklungsbedingungen in der Natur zu wecken. Im Zusammenhang mit dem naturwissenschaftlichen Unterricht steht die Aufklärung über die wichtigsten Fragen der sozialen Hygiene, insbesondere über den Alkoholismus und über die sexuellen Fragen. Auch ist zu empfehlen, die Weisbegabten unter den jungen Leuten in kleine Klubs zusammenzubringen, wo sie sich hauptsächlich dem Studium einer fremden Sprache zu widmen hätten. Die größere Sprachkenntnis wird ihren Gedankenhorizont erweitern und ihnen das Eindringen in die sozialistische Literatur der anderen Länder erleichtern.

Die Arbeiterklasse bedarf ebenso sehr gewisser sittlichen Eigenschaften wie des Wissens. Es ist ein wichtiger Teil der Aufgabe der Jugendorganisationen, diese sittlichen Eigenschaften zu wecken, zu mehren und zu pflegen. Schon das Zusammenarbeiten in der Organisation ist die beste Übung in der Disziplin, in der demokratischen Bestimmung, in der Kameradschaft und in der Solidarität. Hier liegt gleichzeitig eine Wurzel des ästhetischen Bewusstseins des Proletariats. Die jungen Leute sollen auch lernen, Schwierigkeiten ihrer Familie, mit dem Unternehmern usw. zu trotzen. Sie sind zugleich mit der Kühnheit die Besonnenheit gelehrt werden, die von keiner unnützen Verwegenheit wissen will. Das Zusammenarbeiten der jungen Leute beiderlei Geschlechts ist das beste Mittel, ihr sittliches Niveau zu erhöhen, die Arbeit der einen, die Hürden der anderen zu mildern. So wird es auch möglich sein, allmählich die Potentia zu verbinden. Das hohe moralische Niveau der jungen Intelligenz Englands ist das beste Beispiel dafür, wie das Zusammenarbeiten der beiden Geschlechter für eine gemeinsame große Sache ein besseres, höheres und schöneres Verhältnis zwischen den jungen Männern und Frauen schafft, das die Grundlage der sexuellen Sittlichkeit der Zukunft bildet.

Besonders wichtig für die Jugend ist die Pflege der internationalen Solidarität. Die nationalen Vorurteile, die leider in großen Teilen der Arbeiterklasse noch bestehen, können am besten in der Jugend ausgerottet werden. Deshalb sollen die Jugendorganisationen aller Länder versuchen, soviel wie möglich und in jeder Weise miteinander in Verbindung zu treten. Die jungen Arbeiter jedes Landes müssen möglichst früh die Eigenart, die besonderen Bedingungen und Formen des Kampfes und der Organisation der Genossen der anderen Länder kennen lernen. So werden sie verstehen, daß die Einseitigkeit in der Verschiedenheit die Grundlage der sozialistischen Gesellschaft bildet. Deshalb sollen die Organe der Jugendorganisationen den Bericht über die Bewegung in den anderen Ländern einen größeren Raum zur Verfügung stellen. Sehr schön wäre es, obgleich vielleicht jetzt noch nicht praktisch durchführbar, wenn sich die jungen Leute aus den verschiedenen Ländern in kleinen Gruppen gewissermaßen austauschen wollten, wie es jetzt schon, wenn auch in vielfacher nicht ganz einwandfreier Weise, mit einer großen Anzahl von Arbeiterkindern in Holland und Belgien und Frankreich geschieht. Vielleicht könnten die Jugendorganisationen diesen Vorschlag in Erwägung nehmen.

Wichtig ist außerdem die Pflege der körperlichen Bildung, wie sie jetzt schon teilweise in Wandern, Rudern, Schwimmen und Turnflüssen betrieben wird. Das Turnen, der Sport und vor allem das Spiel soll auch um seiner selbst willen, wegen des ästhetischen Bewusstseins, der in ihm liegt, betrieben werden. Die Arbeiterklasse neigt infolge der Schwere ihres Daseins und ihres Kampfes zum Asketismus. Dieser Neigung soll entgegengehandelt werden. Die Freude am Spiel kann neben der moralischen Begeisterung zu einer Wurzel des ästhetischen Empfindens werden. In ihr liegt auch eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus.

Ueber die Pflege des Kunstsinnes soll hier nur bemerkt werden, daß man sich vor allem hüten soll, dem jugendlichen Proletariat eine falsche Kunst vorzusetzen. Ebenso wie die Bourgeoisie dem Proletariat als Lebensmittel nur Surrogate überläßt, so werden ihm auch in der Kunst meist nur wertlose Surrogate geboten. Statt kunstvoller Bildnisse Chromolithographien, statt guter Bücher die modernen Schandromane und amerikanische Detektivliteratur. Dagegen zu kämpfen ist eine der großen Aufgaben der sozialistischen Jugendorganisationen.

Die sozialistische Erziehung der Jugend geschieht am besten in eigenen Organisationen. Diese sind wünschenswert, weil die eigene Initiative und die Regelung der eigenen Angelegenheiten ein Mittel der Erziehung ist, weil die Selbstständigkeit der Organisation ihr für die jungen Arbeiter die größte Lust gibt. Die Jugend empfindet nicht gern eine Bevormundung. Sie will selbst handeln und entscheiden. Wenn die Jugendorganisationen bloße Bildungsvereine sind, die von älteren Parteigenossen geleitet werden, dann geht ihre ganze Anziehungskraft für die jungen Leute verloren. Wir wollen, daß die Jugendbewegung zu einer Massenbewegung werde, deshalb müssen ihre Organisationen eigene Jugendorganisationen sein. Ebenso notwendig ist es, daß zwischen dieser selbständigen Organisation und der sozialistischen Partei eine ständige Verbindung bestehe, weil die jungen Leute meist unerfahren sind und deshalb der Hilfe und des Rates von älteren Genossen bedürfen. Getreu hat die selbständige Organisation auch Nachteile. Einer davon ist die Gefahr, daß man zu einem leeren Revolutionarismus der Phrase übergeht. Ein anderer, daß man sich in der Wichtigkeit und in der Vereinspielerei zu sehr gefallt. Diese kleinen Nachteile können jedoch neben den großen Vorteilen der selbständigen Organisation nicht in Betracht kommen.

Die sozialistische Erziehung der Arbeiterjugend vollzieht sich zum Teil durch die Aufklärung in der Presse, in Broschüren, Bildungsreisen, Versammlungen, zum Teil aber auch durch den Kampf selbst. Der Kampf selbst ist lehrsam, er ist manchmal ein besseres Erziehungsmittel als alle Aufklärung durch Broschüren. Bildung und Aktion sollen also Hand in Hand gehen. Es besteht aber zwischen den Organisationen der Jugendlichen und der erwachsenen Arbeiter insofern ein Unterschied, als bei den Jugendorganisationen die Bildung Hauptzweck ist und der Kampf in zweiter Linie steht.

Die Organisationen der jungen Arbeiter sollen sich in ihrer Aktion auf die Punkte konzentrieren, die für sie infolge ihrer besonderen Stellung und Rolle in der Gesellschaft am wichtigsten sind. Sie haben daher ihr Augenmerk auf die Hebung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage und auf eine durchgreifende Reform der Schul-, besonders aber der Gewerkschaftsbildung zu richten. Naturgemäß ist auch der Kampf gegen den Militarismus für sie sehr wichtig. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Jugendorganisationen auch an anderen Aktionen der Arbeiterbewegung teilnehmen, wie z. B. an Wahlrechtsbewegungen usw. Diese liegen aber viel weniger auf ihrem Wege.

Wie jetzt sind unsere Organisationen in den verschiedenen Ländern meist etwas einseitig aufgebaut. Dadurch, daß wir miteinander in Verbindung treten und gewissermaßen unsere Eigenschaften gegenseitig austauschen, werden die Unterschiede allmählich ausgeglichen werden, und werden alle unsere Organisationen gleichzeitig für die Bildung ihrer Mitglieder sorgen und den Kampf gegen

die größten Feinde der arbeitenden Jugend, gegen die schlechte Schulbildung, gegen die Lehrlingsausbeutung und gegen den Militarismus führen. (Klang anhaltender Beifall.)

In der Diskussion vertriebt zunächst Genosse Liebknecht darauf, daß auch der Antialkoholismus in die Aktion der Jugendorganisation aufzunehmen sei, und daß es sich empfiehlt, über die Methoden zur Verbreitung der Bildung einiges Näheres zu sagen. Väter sprach mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse seiner Heimat den Wunsch aus, daß die natürliche Schöpfungsgeschichte und die Bekämpfung der Religion mehr an die Spitze gestellt werden möchten.

Dem widersprach Genosse Alpari mit dem Hinweis, daß die Grundlage sozialistischer Bildung die Gesellschaftswissenschaft sein muß.

Genosse Kemmele-Darmstadt äußerte sein lebhaftes Bedauern, daß in Deutschland für die Förderung der Jugendbildungsbestrebungen noch sehr wenig geschehen sei, obwohl sie auf verschiedenen Parteitagungen bereits ausdrücklich beschlossen worden sei.

Genosse Fobra Rivas bittet über das Verhältnis der Jugendorganisation zur Partei Klarheit zu schaffen, da in Spanien in diesem Punkte Verwirrung bestehe.

Schließlich wird die Genossin Roland-Holt beauftragt, ihren Vortrag in Thesen niederzulegen, in denen auch die Bildungsmittel kurz exemplifiziert werden sollen.

Am Montagmorgen kurz nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende wiederum die Verhandlung. Genossin Roland-Holt trug zunächst ihre Thesen vor, die mit einigen aus der Debatte sich ergebenden Änderungen am Schluß des Berichts folgen. Genosse Liebknecht regte zu Punkt III an, an Stelle Sozialdemokratie zu setzen: „Klassenbewußte Arbeiterbewegung“, da die Jugendorganisationen auch mit der Gewerkschaftsbewegung vielfach in enger Beziehung stehen und, wo dies möglich ist, auch stehen sollen. Auch sei am Schluß ein Passus einzufügen, der es zur Aufgabe der Jugendorganisationen macht, die Partei für die Bildungsbestrebungen der Jugend mehr zu gewinnen. Genosse de Man beantragt die Aufnahme von Wanderbibliotheken unter die Bildungsmittel, Genosse Lämpig die Veranlassung künstlerischer und literarischer Unterhaltungsabende. Allen diesen Anregungen wird zugestimmt. Genossin Salabanoff verweist auf den in den romanischen Ländern sehr lebhaften Antiklerikalismus und die Notwendigkeit, zu ihm sowohl positiv wie negativ Stellung zu nehmen. Fobra Rivas schloß sich dem an. Nach kurzer Diskussion wurde dem Antrag des Genossen Liebknecht zugestimmt, folgenden Passus unter die Thesen aufzunehmen: „dabei ist auf die Aufklärung über das Wesen von Religion und Kirche im Sinne des historischen Materialismus Gewicht zu legen.“

Nach einem kurzen Schlußwort der Referentin wurden die Thesen einstimmig angenommen.

Danach erhält Genosse Alpari das Wort zu seinem Referat über

den wirtschaftlichen Kampf der arbeitenden Jugend.

Er führte aus: Die Vorbedingung für alles andere, für die Bildungsbestrebungen insbesondere ist, daß die arbeitende Jugend den Kampf für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage führt. Sie muß für die Verkürzung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter, für die Reform der Schul-, insbesondere der Gewerkschaftsbildung, für einen wirksamen gesetzlichen Schutz der Jugendausbildung usw. wirken. Insofern sind ihre Interessen nicht nach Berufsgruppen verschieden, sondern allen Lehrlingen und jungen Arbeitern gemeinsam. Eine einzige Organisation könnte sie demnach am besten vertreten. Die deutschen Gewerkschaften haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß diese Organisation am leichtesten sein wird, wenn sie sich nach Berufsgruppen in den einzelnen Gewerkschaften vollzieht. Wir glauben vielmehr, daß die Organisation am leichtesten in einer allgemeinen Jugendorganisation erreicht werden kann, da diese außerdem besser instand ist, für die sozialistische Bildung ihrer Mitglieder zu sorgen als die Gewerkschaften; und diese Bildung ist eben das wirksamste Mittel, sie zu verbinden, zu Streikbrechern zu werden. Wo aber diese Organisation der jungen Arbeiter in den Gewerkschaften besteht, da stehen wir vor einer vollen zogenen Aufgabe, mit der wir uns einfach abfinden müssen. In Deutschland stehen die Führer der Gewerkschaftsbewegung meist auf dem Standpunkt, daß eine selbständige Jugendorganisation nicht wünschenswert ist. Es gibt auch Gewerkschaftsführer, die jede besondere Agitation zugunsten des Lehrlingschutzes für überflüssig halten, weil sie die Lehrzeit als eine bloße Uebergangszeit betrachten, die man nun einmal durchmachen muß und während der man auch ohne Schaden von Zeit zu Zeit mit Ohrfeigen traktiert werden kann. In Wirklichkeit werden aber gar manche Menschenleben während der Lehrzeit vernichtet. Es ist meist die grenzenlose Ausbeutung der Lehrlinge, ihre übermäßige Arbeitszeit, die den Meistern ermöglicht, der steigenden Konkurrenz des Großbetriebes noch die Stirn zu bieten. Unsere österreichischen Jugendgenossen stehen auf dem Standpunkt, daß die einzige Remedy, die Abschaffung der Lehre ist. Nun meinen die Österreicher, daß nur in der Staatslehrwerkstätten die Lehre ohne Ausbeutung möglich ist, und sie stellen diese Werkstätte als Forderung auf, um der Ausbeutung der arbeitenden Jugend entgegenzutreten. Schon vor einigen Jahren hat sich der Österreicher Deutsch zugunsten der Staatslehrwerkstätten ausgesprochen, sie aber zugleich als eine in der Gegenwart, so lange das Kleinewerbe bestehen bleibt, unerfüllbare Forderung bezeichnet. Jetzt aber haben die Österreicher das allgemeine Wahlrecht und zugleich viele Illusionen bekommen, und nun spricht Darnberg von den Staatslehrwerkstätten als von einer in das Minimumprogramm aufzunehmenden Forderung. Die Einrichtung der Staatslehrwerkstätten würde aber die Lage einer Minorität der jugendlichen Arbeiterschaft zugunsten der Majorität verbessern. In denselben Maße, wie das Maschinenwesen sich ausbreitet und sich die Zahl der qualifizierten Arbeiter verringert, wird die Zahl derjenigen jungen Arbeiter, denen der Unterricht in den Staatslehrwerkstätten zugute kommen könnte, geringer. Sie würden also unermesslich zu einer zünftlerischen Einrichtung werden, die die Solidarität der Arbeiterschaft durch die Isolierung eines Teiles derselben schädigt. Die Forderungen, die auch unter den fertigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen durchführbar sind und der Allgemeinheit der jugendlichen Arbeiter zugute kommen würden, sind vielmehr in der Hauptsache: die Verkürzung der Arbeitszeit und eine ständige ununterbrochene Sonntagsruhe für alle Arbeiter unter 18 Jahren, die Abschaffung des Abend- und Sonntagsunterrichtes in den Gewerkschaften, die Abschaffung der Prügelstrafen, die Herabsetzung der Lehrzeit von vier auf höchstens zwei Jahre usw. Wir wissen, daß auch in zwei Jahren der Lehrling nicht viel lernen wird; wir glauben nur, durch diese Forderung die Zeit, während der der Lehrling einer besonders qualifizierten Ausbildung preisgegeben wird, soviel wie jetzt praktisch durchführbar zu vergrößern. Organisationen müssen auch dafür Sorge tragen, daß die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der jungen Arbeiter eingehalten werden und in diesem Sinne auf die sozialistische Partei und auf ihre parlamentarischen Vertreter einwirken. Der Redner liest seine in diesem Sinne abgefaßten Thesen vor, die mit den sich aus der Diskussion ergebenden Änderungen am Schluß des Berichts folgen. Er hält die Frage der Staatslehrwerkstätten für nicht genug geklärt, um sie zum Gegenstand der Resolution zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Lustig-Böhmen betont, daß auch der gewerbliche Fortbildungsunterricht und überhaupt jede technische Fortbildung der Arbeiter als nützlich begrüßt werden müsse. Die Bezahlung, es könnte eine Arbeiteraristokratie entstehen, dürfe nicht ausschlaggebend sein.

Trocet-Belgien: In vielen Gewerkschaften besteht ein zünftlerischer Geist. Aus ihm ist ganz wesentlich das Streben mancher Gewerkschaften nach Beschränkung der Lehrlingszahl geboren. Diesem Streben dürfen wir nicht beistimmen. Notwendig aber ist die Abschaffung des Kopf- und Logiszwanges und eine Vorschrift, nach der die Zeit des Fortbildungs-, Gewerbe- und Fachunterrichts vom Arbeitgeber zu bezahlen ist.

Statula schließt sich der Auffassung Alparis an, daß die Frage der Staatslehrwerkstätten noch nicht geklärt sei.

Liebknecht stellt eine Anzahl Änderungsanträge. Er wünscht eine vorzüglichere Fassung zu a der Resolution; die Vervollkommnung der Maschinen habe die Verwendung schwächerer und ungeschulterter Arbeitskräfte nicht erst überhaupt ermöglicht, sondern nur in einem größeren Umfang als früher gestattet. Ferner seien einige Forderungen einzufügen: Die kapitalistische Ausbeutung jugendlicher Arbeiter unter 16 Jahren sei gänzlich zu unterbinden; es entspreche nicht nur einer Forderung der Sozialdemokratie, daß die Schulzeit wenigstens bis zu diesem Alter ausgedehnt werde. Die Nachtarbeit sei gänzlich zu verbieten. Den Anträgen Trocets sei stattzugeben. Notwendig sei die Forderung auf allgemeine Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes, auf Beseitigung des körperlichen Jahrgangsrechts und die Entfernung aller Hindernisse gegen die Löslichkeit des Lehrverhältnisses.

Väter teilt mit, daß in der Schweiz mit kommunalen Lehrwerkstätten gute Erfahrungen gemacht seien. Die Aufnahme einer entsprechenden Forderung in die Resolution unterbleibe infolgedessen wegen des in den besonderen schweizerischen Verhältnissen begründeten Charakters dieser Einrichtung.

de Man schließt sich der Kritik Liebknechts über den Absatz a der Resolution an unter besonderem Hinweis auf die Verhältnisse in der Manufaktur. Nachdem noch Liebknecht auf die Zustände in der Hausindustrie und Jaunjaug auf die ungünstigen Erfahrungen hingewiesen hatten, die man in Belgien mit den in den Fachschulen ausgebildeten Arbeitern gemacht hat, insofern sie das Klassenbewußtsein verloren, erhielt Alpari das Schlußwort, worin er seinen Standpunkt zu Punkt a der Resolution unter Berufung insbesondere auf ein Zitat von Karl Marx verteidigt, im allgemeinen aber den gestellten Änderungsanträgen zustimmt.

Danach werden die gestellten Änderungsanträge, zu denen noch ein Antrag von Redner-Planheim auf Ausdehnung der Fabrikinspektion kommt, sämtlich angenommen und die in dieser Weise amendierte Resolution Alpari zum Beschluß erhoben. (Schluß folgt.)

Erster Kongress der Finoleum-, Wachs- und Tapeten-Drucker Deutschlands.

Leipzig, 1. September.

Der Kongress tagt im Volkshaus in Leipzig. Anwesend sind 14 Delegierte aus Berlin, Leipzig, Borsdorf, Ohsch, Dresden, Hamburg, Darmstadt, Stuttgart, Köln, Delmenhorst, Hannover und Nordhausen. Vertreten sind ferner Vorstandsmitglieder des Senefelder Bundes, des Fabrikarbeiter- und Formenschnittdruckerbundes. Der Kongress ist veranlaßt durch die vertretene Organisation dieser drei Berufe in Verbänden anderer Berufe; vor allem aber durch die allgemein traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ueber diese informiert am besten eine kürzlich ausgenommene Statistik, die von rund 2000 Arbeitern der drei Berufe 1010 Personen umfaßt. Davon sind 824 organisiert; 170 im Senefelder Bund und 154 in anderen Organisationen. Im Lohn arbeiten 886, im Afford 282, 105 bekommen die Feiertage, 173 die Ueberstunden bezahlt. Die Arbeitszeit schwankt von 57—65 Stunden, der Durchschnittslohn 24—25 M. pro Woche. Im einzelnen werden an 19 Personen unter 15 M., 41: 15—18 M., 46: 18—20 M., 98: 21—22 M., 118: 23—24 M., 80: 25—27 M., 56: 28—29 M., 55: 30—33 M. und 7 über 40 M. Diese Zahlen werden im einzelnen durch die Situationsberichte der Delegierten bestätigt. In einigen wenigen Firmen werden Ferien bewilligt, doch sind es meistens sogenannte Wochenscheine für „brave“ Arbeiter.

Der Hauptpunkt der Tagesordnung, der öffentliches Interesse hat, die Frage des Anschlusses an nur eine Organisation, schließt ab mit der Annahme einer Resolution, die den Senefelder Bund als die geeignete Interessensvertretung der durch den Kongress vertretenen Berufsgruppen betrachtet und verpflichtet, an der weiteren Stärkung dieses Verbandes nach Kräften zu arbeiten. Der Kongress verpflichtet alle Berufsgruppen, die bisherige Verpflichtung in den verschiedenen Verbänden durch Uebertritt in diesen Verband zu befeitigen. Diese Stellungnahme hält der Kongress für geboten durch den bevorstehenden Wiederantritt des Formenschnittdruckerbundes und durch die Möglichkeit der Sektionsbildung, durch die Notwendigkeit der Wahrung gegenüber den Syndikatsbestrebungen der Unternehmer.

Soziales.

Wie elend ländliche Arbeiter haufen.

Wiederholt hatten ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen den Dienst bei dem Gutsherrn Duhse in Rudorf bei Halle verlassen und bittere Klage gegen den Gutsherrn geführt. Auch vor acht Tagen standen der polnische Arbeiter Janeczek, dessen Ehefrau, ein zweiter polnischer Arbeiter und noch zwei jugendliche polnische Arbeiterinnen vor dem Schöffengericht wegen Kontraktbruchs. Die fünf Personen hatten von dem Amtsvorsteher Strafmandate über je 15 M. erhalten, weil sie Anfang Juli den Dienst bei Duhse unbefugt verlassen haben sollten. Sie haben inzwischen in Thüringen anderweitige Beschäftigung angenommen, hatten bezüglich der Strafmandate gerichtliche Entscheidung beantragt und kamen deshalb extra nach Halle. Sie behaupteten, berechtigt den Dienst verlassen zu haben. Der Wohn- und Schlafraum, in dem in zwei Betten das Ehepaar Janeczek und zwei junge Mädchen schliefen, sei ungewöhnlich beengt gewesen; es sei ein Stück von der Decke des Raumes heruntergefallen, sodaß Gefahr für Gesundheit und Leben bestanden hätte. Das Fenster sei mit Bindfaden zusammengebunden gewesen. Ein Schlafraum unter dem Dach, in dem der zweite Arbeiter kampierte, habe jeder Beschreibung gespottet. Da der als Zeuge geladene Gutsherr sich auf den Standpunkt stellte, „bei ihm sei alles im Lot“, beschloß das Gericht unter Vorsitz des Amtsrichters Zellmann, eine Inaugenscheinnahme der Wohnräume vorzunehmen. Das ist geschehen, und die damals verlagte Verhandlung wurde nun mit der Bekanntgabe des Protokolls, das Amtsrichter Zellmann in den Wohnräumen aufgenommen hatte, fortgesetzt.

Es heißt da u. a.: Der Raum, in dem das Ehepaar und zwei junge Mädchen in zwei Betten schliefen, war sehr beengt. Ein Fensterflügel war ausgehoben, die Scheiben waren zertrümmert und die Öffnungen waren mit Pappstücken bedeckt. In dem Zimmer, das nur ein Fenster hatte, war schlechte Luft. Von der Decke waren Balken heruntergefallen. In dem Dachraum, in dem der andere Arbeiter schlief, befanden sich fauligste Öffnungen. Eine Zugangstür hatte der Raum nicht. Es bestand Feuergefahr. Der Raum war sehr schmutzig, gesundheitswidrig und der dort wohnende Arbeiter sei dem Wind und Wetter ausgesetzt gewesen. Der Vorsitzende erklärte, daß auf Grund des Geschehes vom 11. März 1890 aus sittlichen Gründen besondere Schlafräume für Ehepaare, Männer, Frauen und Jugendliche von der Polizei verlangt werden können. Leider habe der Amtsvorsteher diesbezüglich keine Anordnungen erlassen. Jetzt sei aber eine solche Verordnung in Vorbereitung.

Das Urteil ging dahin: sämtliche Angeklagten werden freigesprochen, dem Gutsherrn Duhse werden sämtliche Kosten, einschließlich der notwendigen den Angeklagten erwachsenen Auslagen auferlegt. Nach der Inaugenscheinnahme der Schlafräume, hieß es in der Urteilsbegründung, haben die Angeklagten mit Zug und Recht den Dienst verlassen. Nicht die Angeklagten, sondern der Gutsherr hat sich strafbar gemacht, weil er Arbeitern und Arbeiterinnen polizei- und gesundheitswidrige Schlafräume angeboten habe. Wenn jemals eine Anzeige un begründet gewesen ist, so sei es die

des Gutsherrn gewesen. Das Schlafen in dem Dachraume sei gesetzlich keineswegs zulässig gewesen und unbillig sei es, Ehepaare und junge Mädchen gemeinschaftlich in einem Raume schlafen zu lassen. Es ist deshalb von der Befugnis des § 301 der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht. Die Vorschrift des § 301 geht dahin: „Ist ein, wenn auch nur außergerichtlich Verfahren, durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige beanlagt worden, so kann das Gericht dem Anzeigenden, nachdem derselbe gehört worden, die der Staatskasse und dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegen.“

Dieses ausnahmsweise gerechte Urteil über eine der vielen unberechtigten agrarischen Klagen über Kontraktbruch der Arbeiter ist zur Nachahmung anderen Gerichten empfohlen. Würden in allen den Fällen, in denen Gutsherrn wegen „Kontraktbruchs“ auf Grund des Ausnahmefalles gegen ländliche Arbeiter und das Gefinde vom 24. April 1854 Strafantrag stellen, mit Arbeitern als Schöffen besetzte Gerichte zu entscheiden haben, so würden ähnliche, dem Gutsherrn Kosten auferlegende Urteile nicht zu den Seltenheiten gehören, weil wohl mindestens in 99 von 100 Fällen, in denen ländliche Arbeiter die Arbeit niederlegen, die Niederlegung berichtigt war, weil ein wichtiger Grund hierfür vorlag. Freilich werden die Herren Agrarier und Grundbesitzer trotz der gerichtlichen Feststellung, daß nicht der Arbeiter, sondern der Gutsherr den Vertrag unter gräßlicher unbilliger Ausbeutung des Elends seiner Mitmenschen gebrochen hat, mit dem Ruf nach neuen ungeredeten Ausnahmefällen gegen die ländlichen Arbeiter nicht aufhören. Es ist eine nationale Schmach und Schande, daß in Preußen das Gesetz, wie das vom 24. April 1854 es ermöglicht, ländliche Arbeiter in Fällen wie dem geschilderten auf die Anklagebank bringt. Fort mit den Ausnahmefällen gegen die ländlichen Arbeiter, her mit Schutzgesetzen für diese bedrückteste Arbeiterklasse!

Wie ist die Ruhezeit der Bergleute nach § 93d des preussischen Berggesetzes zu berechnen?

Eine für die Bergleute hochwichtige Entscheidung hat das Kammergericht in seiner Sitzung am Freitag getroffen. Es handelt sich um die Auslegung des Begriffs der Ruhezeit im Sinne des § 93d des Allgemeinen preussischen Berggesetzes (Novelle vom 14. Juni 1905); nämlich darum, ob in die Ruhezeit die auf die Seilfahrt verwendete Zeit (einschließlich des notwendigen Wartens) einzurechnen sei oder nicht.

Der § 93d bestimmt in dem maßgebenden Absatz 2: „Vor dem Beginn sowohl einer regelmäßigen als einer Nebenschicht muß für den einzelnen Arbeiter eine mindestens achtstündige Ruhezeit liegen.“

Wegen Uebertretung der Vorschrift war Herr Köden angeklagt worden, der verantwortliche Betriebsführer des zur Zeche „Hercules“ gehörenden Steinkohlenbergwerks Zeche „Katharina“ zu Essen. Es wurde ihm zur Last gelegt, fortgesetzt gestattet zu haben, daß vor Beginn der Nebenschichten eine kürzere als achtstündige Ruhezeit lag. Dieselben Bergleute, deren Frühsschicht (Hauptsschicht) um 2 Uhr mittags endete, begannen um 10 Uhr abends eine Nebenschicht. Die Ausfahrt (Seilfahrt) von der Frühsschicht endete um 2 1/2 Uhr, die Seilfahrt zur Nebenschicht begann 9 1/2 Uhr abends. Zwischen dem Ende der Ausfahrt am Mittag und dem Beginn der Einfahrt am Abend liegen also sieben Stunden. Die Anklage ging nun davon aus, daß mindestens ein größerer Teil der hierbei beteiligten Bergleute eine „Ruhezeit“ von weniger als acht Stunden hatte, weil die auf die Seilfahrt verwendete Zeit nicht eingerechnet sei in die gesetzliche Ruhezeit gemäß § 93d. — Diese Auffassung wurde auch vor dem Landgericht Essen von dem königlichen Bergrevierbeamten Vergat Dr. Walz vertreten, der sie als diejenige des Oberbergamts zu Dortmund bezeichnete. In seinem Gutachten sagte er unter anderem: „Unter Ruhezeit müsse hier die Zeit verstanden werden, während welcher der Arbeiter von allen Beziehungen zum Betriebe losgelöst und in der Lage sei, frei und ohne jede Beschränkung lediglicher seiner Erholung und sonstigen Bedürfnissen nachzugehen. Diese beginnt aber frühestens in dem Augenblick, wo der Arbeiter nach Beendigung der Seilfahrt den Schacht verläßt, und sie endet, wenn er den Schacht zur Einfahrt wieder betrete. Zwischen diesen Zeitpunkten müsse der vorgeschriebene Zeitraum von mindestens acht Stunden liegen.“

Das Landgericht Essen schloß sich dem nicht an, sondern trat dem entgegengelegten Standpunkt des Sachverständigen des Bergbauvereins, Regierungssachverständigen a. D. von Bodenstein, bei und sprach den Angeklagten frei. Es resümierte: Der Begriff der Ruhezeit umfasse sowohl die zum Ausruhen und zur freien Beschäftigung gewidmete Zeit, als auch diejenige, die je nach der Entfernung des Wohnorts für den Gang von und zum Schacht, zum Umkleiden, sowie für die Seilfahrt erforderlich ist. Wären auch die Erwidlungen des Oberbergamts zu Dortmund im Interesse der Wohlfahrt der Bergarbeiter eine andere gesetzliche Regelung der Ruhezeit vielleicht rechtfertigen, so liege doch in dem vom Angeklagten geübten Verfahren keine Zuwiderhandlung gegen das bestehende Gesetz.

Das Kammergericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Hoesenbeek gab nach langer Verhandlung und Beratung den gegen das Urteil gerichteten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu anderweitiger Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Landgericht habe den Begriff der Ruhezeit, wie er im § 93d steht, falsch verstanden. Der Vorderrichter nehme an, daß die regelmäßige Schicht und die Nebenschicht gemäß § 93d identisch seien mit derjenigen Zeit, welche der § 93d begrenzt habe. Diese Auffassung sei irrig. Solche Identität anzunehmen, sei durch nichts gerechtfertigt; sie sei nicht aus den Worten zum Gesetz zu entnehmen und auch nicht aus den gelegentlichen Bemerkungen eines Regierungskommissars. § 93b habe nur Stellung genommen zu der Frage: „Für welche Zeit hat der Arbeiter Vergütung zu verlangen?“ An die Spitze stelle § 93b (in seinem Absatz 1): „Die regelmäßige Arbeitszeit darf für den einzelnen Arbeiter durch die Einfahrt und Ausfahrt nicht um mehr als 1/2 Stunde verlängert werden. Ein etwaiges Mehr der Ein- und Ausfahrt ist auf die Arbeitszeit anzurechnen.“ Das bedeute nur: Für die Seilfahrt, sofern sie nicht länger als eine halbe Stunde dauere, ist nichts zu bezahlen, und was sie länger dauere, das ist als regelmäßige Arbeitszeit zu bezahlen. Das sei ganz etwas anderes, als was § 93d im Auge habe bei Festlegung der Mindestruhezeit zwischen den Schichten. Aus § 93d sei also nicht zu folgern, daß die acht Stunden Ruhezeit als Zeit zu verstehen seien, die außerhalb der im § 93b begrenzten Arbeitszeit liege. Nach dem Zusammenhang der Paragraphen, nach der ganzen Tendenz des § 93d und nach dem allgemeinen Sprachgebrauch könne man unter der Ruhezeit nur die Zeit verstehen, wo der Arbeiter von allen Zwängen frei sei, den die Arbeit ihm auferlege, also auch von dem, den die Seilfahrt ihm auferlege. Nur die Zeit, wo er vom Betriebe vollständig losgelöst sei, könne als Ruhezeit in diesem Sinne verstanden werden. Wollte man dies nicht annehmen, dann würde ja die Bestimmung des § 93b zum Nachteil der Arbeiter getroffen sein. Es würde dann ja nicht nur gefagt sein durch das Gesetz, daß er die Seilfahrt bis zu einer halben Stunde umsonst leisten müsse, sondern daß sie ihm außerdem auch noch auf die Ruhezeit angerechnet werde. Daß das nicht die Absicht des Gesetzgebers gewesen sei, das ergebe sich schon aus dem Regierungsentwurf. (§ 93f in Verbindung mit § 93b Absatz 3.) — Wegen der irrigen Auslegung des Gesetzes habe die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen werden müssen.

Aus Industrie und Handel.

Bedenkauf durch Farbensablen.

Die fortgesetzten Preissteigerungen für Brennmaterialien haben es dem Konzern der Oberfelder Farbensablen, der Anilinfabrik Treprow und der Badischen Anilin- und Sodafabrik, als zwe-

dienlich erscheinen lassen, sich durch Ankauf einer Zeche vom Kohlen- syndikat unabhängig zu machen. Die Zeche „Auguste Viktoria“ ist zum Preise von 17 1/2 Millionen Mark angekauft worden. Dazu sind für 2 Millionen Mark Obligationen zu übernehmen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik zahlt für jeden der 1000 Auxe der „Auguste Viktoria“ 17 700 M., und zwar nach ihrem Ermessen entweder ganz in bar oder mit einer Auxe der Badischen Anilin- und Sodafabrik von 1200 M. zum Kurse von 489,75 Proz. und den Rest von 12 063 M. in bar. Die Aktien werden mit Dividendencheinen vom 1. Juli 1907 ab geliefert. Die Uebernahme der Auxe erfolgt zum 1. Januar 1908. Die Auszahlung des Kaufpreises geschieht spätestens zum 31. Mai 1908. Soweit sie in bar erfolgt, werden 4 Proz. Zinsen von dem Tage an mitbezahlt, an dem die Annahme der Anstellung durch die Badische Anilin- und Sodafabrik erfolgt. Die Anstellung hat nur dann Gültigkeit, wenn sie für mindestens 751 Auxe erfolgt. Der Kaufpreis für sämtliche Gewerke, die bis zum 6. September d. J. die Anstellung ihrer Auxe geben, gleichmäßig gezahlt werden. Falls die Badische Anilin- und Sodafabrik und die mit ihr verbundenen Werke später für irgendeinen Auxe der „Auguste Viktoria“ einen höheren Preis zahlen, ist der Mehrpreis sämtlichen jetzigen Gewerken der „Auguste Viktoria“ nachzuzahlen. Der vorstehend angegebene Kaufpreis vermindert sich um eine Vermittlergebühr von 1 Proz., die von den Gewerken der „Auguste Viktoria“ zu zahlen ist, so daß nur 17 523 M. und bei Mittelierung einer Auxe 11 968 M. netto Zinsen für den Auxe ausgezahlt werden.

Ueber 440 000 Gänse, 8500 Enten und 12 000 Hühner waren im Monat August auf dem Wagerdiebstahl in der Friedrichsstraße zu Markt gestellt worden. Gänse notierten in der ersten Woche 3,00 bis 4,20 Mark und in der letzten 3,00—4,50 Mark. Für Enten sind die Preise mit 1,40—1,60 Mark keinem Wechsel unterworfen gewesen. In den ersten beiden Wochen wurden für junge Hühner 80 Pfennig, in den letzten beiden 80 Pfennig bis 1 resp. 1,10 Mark, für alte 1,80 resp. 1,60 Mark gezahlt.

Gerichts-Zeitung.

Der Eisenbahn-Unfall bei Tiefwerder vor dem Spandauer Schöffengericht.

Am 25. November d. J. wurde auf dem Bahnübergange nach Tiefwerder bei Spandau der Arbeiter August Rose von einem Bedarfszug überfahren und schwer verletzt, so daß er in dauerndes Siechtum verfallen ist. Am genannten Tage, abends zwischen 8 und 9 Uhr, fuhr Rose, auf einem beleuchteten Hundewagen sitzend, von Spandau nach Tiefwerder. Vor ihm fuhr, auch auf einem Hundewagen sitzend, der Arbeiter Jahn. Es herrschte an dem Abend ein sehr starker Nebel, so daß die am Nebenweg stehende Laterne nur auf 4—5 Schritte gesehen wurde. Beide Personen fanden die Schranke offen. Jahn kam glücklich über die Schienen, während Rose von dem plötzlich ankommenden Güterzuge angefahren wurde und einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Hund desselben wurde getötet. Es ist infolge dieses Unfalles gegen den Schrankenführer August Donauer, der schon mehrere Jahre im Eisenbahndienst steht, Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Am Freitag hatte sich das Spandauer Schöffengericht mit der Sache zu beschäftigen. Der Angeklagte bestritt jede Schuld. Er habe an dem betreffenden Abend 6 Uhr seinen Dienst angetreten. Von seiner Wunde aus, die keinen Kontakt bestehe, habe er an und für sich schon eine schlechte Ueberlicht, weil die Bahn hier nach jeder Richtung erhebliche Kurven mache. Mit dem Schrankenführer der nachfolgenden Wunden, die Kontakt haben, habe er deshalb die Verabredung getroffen, ihm telephonisch anzuzeigen, wenn ein Zug nahe. An dem Abend war starker Nebel. Plötzlich ertönte das Läutesignal. Er sei aus der Wunde herausgetreten und habe die Schranke zugebracht. Raum war dies geschehen, sei auch schon der Zug, ein Bedarfszug, der nicht regelmäßig fahre, vorbeigefahren. Auf der Strecke habe er vor Eintreffen des Zuges einen schwachen Lichtschimmer bemerkt. Als der Zug vorüber war, fand er den ihm bekannten Rose besinnungslos und schwer verletzt neben den Schienen liegen und ließ er denselben sofort zu einem Arzt schaffen. Er habe weder einen Schrei gehört, noch etwas gesehen. Der von seiner Frau in den Saal geführte Rose weise nur, daß er durch die offene Schranke gefahren. Was dann mit ihm geschehen, wisse er nicht. Er sei 28 Wochen im Krankenhaus gewesen und ungeheilt entlassen. Der Sachverständige, ein Regierungsrat der Eisenbahnverwaltung, hält den Angeklagten für schuldig. Jeder Schrankenführer habe nach seiner Dienstvorschrift für die rechtzeitige Schließung der Schranke Sorge zu tragen. Maßgebend für das rechtzeitige Schließen sei der Fahrplan und eine richtiggehende Uhr. Beides muß jeder Schrankenführer haben. Der Nebel komme also gar nicht in Frage. Der Zug, um den es sich handle, sei ein Bedarfszug, der nicht immer fahre, aber im Fahrplan vermerkt stehe. Für solchen Zug werde etwa 10 Minuten vorher, je nach Entfernung der Signalstation, das Läutesignal gegeben. Der Angeklagte hätte also nach dem Fahrplan und dem Läutesignal die Schranke schließen müssen, wenn auch das Publikum 10 Minuten und noch länger warten müsse. Der Angeklagte hätte aber auch den Zug auf 150 Meter Entfernung hören müssen, dann hätte er noch 5—6 Sekunden Zeit und diese Zeit sei ausreichend, um die Schranke rechtzeitig zu schließen (1). Auf Befragen erklärt der Sachverständige, wenn das Läutesignal nicht ertöne, brauche auch die Schranke nicht geschlossen zu werden. Der Angeklagte erklärt auf diese Ausführungen, daß er sich nach dem Fahrplan nicht richten könne, denn erstens fahre die Bedarfszüge nicht immer, und zweitens treten oft Verspätungen ein. Es könnte vorkommen, daß unter diesen Umständen die Schranke 1 Stunde und noch länger geschlossen bleibe. Das Läutesignal ertöne auch erst manchmal kurz vor Ankunft des Zuges, wie in diesem Falle. Hätte seine Wunde einen Kontakt gehabt wie die anderen Wunden, oder wäre, wie es jetzt nach dem Unfall geschieht, der Bedarfszug jedesmal besonders angemeldet worden, dann wäre das Unglück nicht geschehen. Wenn er den Zug ankommen höre, dann könne er in den 5—6 Sekunden die Schranke nicht mehr rechtzeitig schließen. Eine telephonische Benachrichtigung habe er von seinem Kollegen aus der Nebenbude an diesem Abend nicht erhalten. Der frühere Schrankenführer Kiesel bestätigt das Ueberkommen zwischen dem Angeklagten und ihm wegen der telephonischen Benachrichtigung. An diesem Abend sei er aber davon abgesehen, weil er selber viel zu tun hatte. Es verkehren täglich 96 Züge auf der Strecke. Ein Zeuge hat befunden, als der Zug an dem Uebergang vorbeifuhr, war die Schranke geschlossen. Der Amtsanwalt hält nach den Ausführungen des Sachverständigen die Schuld des Angeklagten für erwiesen und beantragt 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkennt unter folgender Begründung auf Freisprechung: Dem Angeklagten sei absolut keine Schuld beizumessen. Die Schuld an dem bedauerlichen Unglücksfall sei allein in der Ueberlastung der Strecke zu finden. Wenn täglich 96 Züge dort passieren, dann könne der Angeklagte nicht schon 10 Minuten vor Erscheinen jedes Zuges die Schranke schließen, denn dann würde ja die Schranke fast den ganzen Tag geschlossen bleiben müssen. Der Angeklagte hatte sich mit seinem Nachbar verständigt, ihm telephonisch Nachricht zu geben. Das sei an jenem Abend nicht geschehen. Das Glockensignal funktionierte auch nicht immer genügende Zeit vorher. Nach dem Fahrplan konnte der Angeklagte sich auch nicht richten, denn erstens handelte es sich um einen Bedarfszug, der nicht immer fahre, und zweitens treten auch bekanntlich häufig Verspätungen ein. Wenn der Angeklagte das Geräusch des herannahenden Zuges höre, sei es zum rechtzeitigen Schließen der Schranke zu spät, denn 5—6 Sekunden reichen nach Ansicht des Gerichts nicht aus. Hinzu kommt noch, daß an dem Abend starker Nebel war.

Das Urteil ist gerecht. Auf die Anklagebank gehört nicht der Angeklagte, sondern in erster Linie diejenigen höheren und höchsten Beamten, die für die am unrichtigen Ort geübte Sparfameit des Eisenbahnbetriebs und für Unterlassung rechtzeitiger Einrichtung der Rohrregeln verantwortlich sind, die nach dem Unfall getroffen wurden.

Vogelfreie Streifposten?

Vor dem Rixdorfer Schöffengericht hatten sich gestern die Maurer Adolf Martin, Wurgang und Albert Lindenberg gegen die Anklage, durch Streifposten eine Straßenpolizeiverordnung übertreten zu haben, zu verantworten. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt. Am 24. Juli stand Martin und Lindenberg vor dem Reubau Ede Berg- und Thüringerstraße, Wurgang vor dem Reubau Schönfeldstraße Streifposten. Die beiden Erstgenannten wurden vom Schumannsaterboch aufgefordert, weiterzugehen, leisteten auch tatsächlich Folge, indem sie 10 Schritte weitergingen, um dann auf neue vor einem Schaufenster stehen zu bleiben. Der Beamte hatte im Moment nichts dagegen einzuwenden, denn er ging in eine Seitenstraße. Nach reichlich einer Minute kam der Beamte auf Lindenberg und Martin zu. Ohne die beiden erst nochmals aufzufordern, brachte er sie nach dem nächsten Polizeirevier.

Bzüglich Wurgang wurde erwiesen, daß auch er der Aufforderung des Schumanns Lindner, sich vom Reubau Schönfeldstraße zu entfernen, zunächst nachgegeben ist, indem er in die Kaiser-Friedrichstraße einbog, aber nach 10 Minuten hat er von neuem vor dem Bau Ausstellung genommen. Lindner schritt darauf, ohne Wurgang nochmals aufzufordern, zur Siftierung des B. Alle drei erhielten Strafmandate in Höhe von je 15 Mark. Ueber ihren Einspruch hiergegen hatte gestern das Schöffengericht zu erkennen. Der Amtsanwalt beantragte Aufrechterhaltung der Strafe. Er halte die Angeklagten durch die Beweisnahme für völlig überführt. Denn es komme überhaupt gar nicht darauf an, ob ein Verkehrshindernis, das die öffentliche Ordnung beeinträchtigt, entstanden war oder nicht. Die Angeklagten hätten sich ohne weiteres auf die einmalige Aufforderung der Beamten für immer entfernen müssen und nicht nach einiger Zeit gleich wiederkommen. Einige Schritte weiter stehen bleiben dürfen.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Roth plädierte auf Freisprechung. Der Antrag des Amtsanwalts sei ihm völlig unverständlich. Wenn dessen Ansicht richtig wäre, so wäre ja hier jeder Passant völlig vogelfrei! Eine Aufforderung eines Beamten, weiterzugehen, hätte selbstverständlich nur für den Moment Geltung, nicht aber für eine unbestimmte Zeit. Ein Verbot, wonach man in Preußen nicht länger als 1 Minute in einen Schaufensterkasten ansehen und dazu stehen bleiben darf, existiere ja bis jetzt noch nicht. Da die Beamten eine zweite Aufforderung nicht ergehen ließen, sondern unerschütterlich ohne weiteres zur Verhaftung schritten, so müssen die Angeklagten freigesprochen werden.

Das Gericht unter Vorsitz des Freiherrn v. Scheele trat der Ansicht der Verteidigung völlig bei und erkannte auf kostenpflichtige Freisprechung.

Das gemeingefährliche Treiben eines Kinderfreundes in einem Kinematographen-Theater

befähigte wieder einmal in einer längeren Sitzung die Ferienkammer des Landgerichts I. Wegen wiederholten Vergehens gegen die Sittlichkeit und tätlicher Beleidigung mußte sich der Wäderegfelle Franz Jemke vor dem Strafrichter verantworten. Der schon einmal wegen Vergehens gegen § 178, 8 Str.-G. V. verurteilte Angeklagte wurde im Mai d. J. wiederholt beobachtet, wie er sich an Kinder herandrängte, die sich vor einem „Kienlopp“ in der Frankfurter Allee aufhielten und erwachsene Besucher des Theaters, ähnlich wie vor dem Rixdus, anbellten, man solle sie mit hineinnehmen. Durch diese Anstöße wurde es dem Angeklagten sehr leicht gemacht, seine verbrecherischen Pläne auszuführen. Er nahm wiederholt schulpflichtige Mädchen mit in das Theater und berging sich hier an ihnen in der schlimmsten Weise. Begünstigt wurde sein gemeingefährliches Treiben dadurch, daß während der Vorführung der Kinematographenbilder der Saal verdunkelt wurde, so daß die Umstehenden nichts von dem Tun des Angeklagten bemerken konnten. Die 11jährige Tochter eines in der Waidhauerstraße wohnhaften Arbeiters mußte eines Vormittags aus der Schule entlassen werden, da sie über große Schmerzen klagte. Auf wiederholte Fragen der Mutter gab das Mädchen keine Antwort. Schließlich aber erzählte es, daß am Abend vorher in dem Kinematographen-Theater ein Mann, der sie mitgenommen habe, sich an ihr vergangen habe. In demselben Tage gelang es noch, den gefährlichen Kinderfreund in der Person des Angeklagten Jemke festzunehmen, und zwar gerade in dem Augenblick, als er sich eines neuen Attentats auf ein 12jähriges Mädchen schuldig machte. Der Gerichtshof ging mit Rücksicht der hohen Gemeingefährlichkeit des Treibens des Angeklagten über die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe von 9 Monaten hinaus und erkannte auf 1 Jahr und 8 Monate Zuchthaus.

Zum Vereinsrecht.

Das schmale Vereinsrecht der Arbeiter ist in Saarabien fortwährend polizeilichen Angriffen ausgesetzt. Das zeigt auch ein kürzlich vor dem Amtsgericht Saarbrücken verhandelter Anklagesfall. Der Bezirksleiter der Brauereiarbeiter hatte durch gedruckte Einladung die Brauereiarbeiter zu einer außerordentlich als Privatversammlung bezeichneten Bezirksbesprechung eingeladen. Als Zweck der Versammlung war offene Aussprache darüber angegeben, wie die Brauereiarbeiter mehr Einfluss auf die Verbesserung ihrer Lebenslage gewinnen könnten. Obwohl diese Versammlung keineswegs der Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollte oder diente, erhielt der Einberufer Hargeneller ein Strafmandat in Höhe von 15 Mark. In der Schöffengerichtssitzung in Saarbrücken konnte auch der Polizeikommissar aus der Versammlung auch nicht einen Satz anführen, der einen Schluß dahin gerechtfertigt hätte, daß öffentliche Angelegenheiten beraten seien. Trotzdem beantragte der Amtsanwalt, den Strafbefehl aufrecht zu halten, weil aus der Einladung „geschlossen werden“ könne, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Diese Deduktion gegenüber der lediglich die privaten Berufsinteressen der Brauer betonenden Einladung ging denn doch auch dem Saarbrücker Amtsgericht zu weit. Es sprach den Angeklagten frei.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfeninnen Deutschlands. Bezirk Berlin, Neue Königstraße 33. Donnerstag, den 5. September, abends 9 Uhr: Versammlung in den „Reichsangehörigen“, Randsbergerstr. 31. Vortrag des Kollegen Georg Uzo über: „Die Mißstände in den Warenhäusern“.

Wasserstand.

Der Sedanfeier wegen sind die Wasserstandsberichte der Landesanstalt für Gewässerkunde heute ausgeblieben.

Witterungsübersicht vom 2. September 1907.

Stationen	Barometerstand min.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur	Stationen	Barometerstand min.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur
Schwetzingen	765 B	1 heiter	11	Darunnda	—	—	—	—	—	—	—
Darmstadt	765 DED	2 bedeckt	9	Petersburg	752 BSB	3 wolkenl	12	—	—	—	—
Berlin	766 DND	2 heiter	11	Sibirien	765 SB	5 Regen	15	—	—	—	—
Frankfurt a. M.	762 B	2 bedeckt	14	Reben	762 S	4 bedeckt	10	—	—	—	—
München	763 S	2 wolfig	14	Paris	760 S	2 bedeckt	15	—	—	—	—
Wien	765 BRD	2 wolfig	17	—	—	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. September 1907. Zunächst wärmer, ziemlich trübe mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden; später zeitweise anflarend und wieder kühler.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist gesehen das 48. Heft des 25. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ein Sprung ins Dunkle. — Der Stuttgarter Kongress. Von A. Kautz. — Detailhandel und Mittelstandspolitik. Von Paul Lange (Darmstadt). (Fortsetzung.) — Die deutschen Kolonialkonferenzen. Von W. Beer. — Literarische Rundschau: W. Jaffé. Ein deutscher Kaufmann in der Wandhölzer während des russisch-japanischen Krieges. Von M. H. Dr. Wilhelm Kahl. Das neue Strafgesetzbuch. Von Dr. Siegmund. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro

Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 18 des 17. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Der Internationale Sozialistische Kongress zu Stuttgart. — Die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. — Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Familienangehörigen. Von Fr. Kiehl. — Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie. IV. Von W. D. — Vom Kampfplatz um das Vereins- und Versammlungswort. Von Robert Lippmann. — Aus der Bewegung: Die dritte ordentliche Frauenkonferenz der Vertrauenspersonen des schleswig-holsteinischen Wahlkreises. — Jahresbericht der Vertrauenspersonen des Kreises Magdeburg und Umgebung. — Ein mitlungener Streik. — Beschluß der ersten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz, das Internationale Sekretariat betreffend. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Gewerkschaftliche Unterrichtstafel für Arbeiterinnen in Nürnberg. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. Pl. — Notizen: Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Soziale Gesetzgebung. — Sittlichkeitsfrage. — Frauenkonferenz. — Soziale Bewegung. (Gebicht.) — Das Adlernest. Von Björnsterne Björnson. — Die San. Von Ludwig Thoma.

Für unsere Kinder: In seliger Gut. Von Franz Over. (Gebicht.) — Die Welt im Herzen. Nach Hans Sachs. — Nur Dichterpot. Von H. Grösch. — Der Gesang des Meeres. Von Konrad Ferdinand Meyer. (Gebicht.) — Neue Freunde am Wasser. Von Brand. — Die drei Schwestern. Von Robert Reinick. — Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland. Von Theodor Fontane. (Gebicht.) — Von einem Finken und wie es ihm auf dieser Welt erging. Von D. Scharrelmann. (Schluß.) — Die Aimeisen und ihr Leben. Von Bernhard Düwel. — Die Gäste der Tuche. Von Rudolf Baumdach. (Gebicht.) — Das häßliche junge Entlein. Von D. C. Andersen. (Schluß.) — Die Quisiche. Von Rosa Kraußmann. (Gebicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist und soeben die 18. Nummer des 21. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der Glockengießer“ und „Die Kriegspartei“, sowie die weiteren Illustrationen „Konarischensprach“, „Japanische Spione in Amerika“, „Aberglaube — Aufklärung“, „Der Sittlichkeitsverein in der

Sommerfrische“, „Ein Pumpgenie“, „Erzählen Volke Ben Dornburg in Reudensland“, „Kaisermandor 1909“, „Preussische Justiz“, „Von der Volkverwaltung“ und „Aus dem Großherzogtum Gersoltstein“. Der tegliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Das Weiting in der Schwabenstadt“, „Der neue Archimed“, „Des Patrioten Klage“, „Autorität“, „Staatsmänner“, „Die Geschlechter von Anton Friedrich“, „Die Justiz“, „Koder“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die satirischen Reuikletons „Briefe von der Reise Dornburgs“, „Er starb für Kaiser und Reich“, „Liberalismus“, „Die Briefstube“ und die Fortsetzung der Abhandlung von Wilhelm Blos „Zur Geschichte der Kamartilla“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Rüblichen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 59—62, Bullenfleisch Ia 63—68, IIa 51—60, Stöße, fett 50—58, do. mager 40—48, Preßer 54—62, Bullen, dün. 52—63, do. koll. 0,00, Kalbfleisch, Doppellender 100—115, Rastfäls Ia 73—82, IIa 64—71, Kälber ger. gen. 46—58, do. koll. 0,00, dün. 0,00, Hammelfleisch Rastfäls Ia 73—80, Hammel Ia 73—77, IIa 67—72, ungar. 0,00, Schafe 54—66, Schweinefleisch 62—67, Rebhod Ia per Pfund 0,65—0,85, IIa 0,30—0,60, Rotfleisch Ia 0,50—0,55, do. IIa 0,30—0,35, Damsfleisch 0,50—0,58, Wildschweine 0,25—0,40, Brühlinge 0,00, Kaninchen per Stück 0,50—0,90, Wüthen per Stück 1,45—1,50, Kridenten per Stück 0,75, Rebhühner, junge große 0,90—1,20, do. kleine 0,30—0,85, alte 0,78—0,81, Hühner, alte, per Stück 1,50—2,40, IIa 1,00—1,40, do. junge 0,45—1,30, Tauben 0,30—0,50, italienische 0,00, Enten per Stück 1,50—2,00, do. Hamburger per Stück 2,00—3,00, Gänse per Pfund 0,60—0,85, do. per Stück 2,00—4,00, do. Hamburger per Pfd. 3,00, do. Oberbrucher per Pfd. 0,60—0,65, Poulets per Stück 0,80—1,10, Poulsarden per Pfd. 0,00, Hechte per 100 Pfund 98—106, do. matt 90—95, do. mittel und groß, matt 0,00, do. klein 118, do. groß 0,00, Hander, 150, Schlei, do. fänd. 120—133, do. groß, mittel 0,00, do. unfortiert 0,00, Kalle, groß 99, do. klein und mittel 0,00, mittel 98—107, do. unfortiert 0,00, do. groß-mittel 99, do. klein 8, Pöden, matt 70—72, Rodow 0,00, Karpen, 60er—80er, stumpf 0,00, do. 0,00, Weie, 0,00, Bunte Fische 55—74, Barle 0,00, dito klein 0,00, Karaulchen 0,00, do. klein 0,00, Wels 0,00, Bleisiche 0,00, Mond 62—68, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 0,00, do. IIa neuer 0,00, do. IIIa 0,00, Seelachs 10—15, Hlundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, mittel der Riste 2, Hamb. Stiege 4—6, halbe Riste 2—3, pomm. Ia Schod 9, IIa 1—3, Bücklinge, Kieler per Ball 2—3, Estrail, 3,50—4,60, Bornh. 1,25, Kalle, groß per Pfd. 1,10

bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schod 5—9, Schellfische Riste 3—4,00, 1/2 Riste 1,50—2, Sardellen, 1902er per Kist 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90—95, Schottische Solheringe 1905 0,00, large 40—44, full 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Matjes, per 1/2, To. 50—120, Sardinen, russ., Maß 1,50—1,60, Drahteringe Maß 1,20—1,40, do. Maß 4 (Lites) 1,40—1,70, Kammungen, Schodlag 11, do. kleine 6—8, do. kleinen 14, Krebse per Schod, große 27,50, do. mittelgr. 12—14, 8,50—10, do. kleine 3,50—4, do. unfortiert 8—10, Ostfaler groß 0,00, do. unfortiert 0,00, Eier, Land, unfortiert per Schod 3,60—3,80, do. große 4,00, Butter per 100 Pfd. Ia 117—120, IIa 108—117, IIIa 100—108, abfallende 90—95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Westergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. weiche runde 2,25—3,25, kleine 2,50—3,75, Reien 1,50 bis 2,50, Nieren 2,25—3,50, Porree, Schod 0,50—1,00, Reerrettich, Schod 5—15, Spinat per 100 Pfund 8—15, Sellerie, per Schod 2,00—8,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 3,00—6,00, do. Perl. 40,00—75,00, Charlotten 50,00—75,00, Peterfische, grün, Schodlag 0,75—1,00, Kohlrabi Schod 0,75—1,25, Weißk. bayr., neuer Stück 0,07—0,10, do. hiesiger Schod 3—4, Kohlraben, per 100 Pfund 3,00 bis 5,00, Karotten, hiesige, Schodlag 2,00—3,00, Wirsingohli der Schod 4,00 bis 12,00, Rotkohl, Schod 6—12, Weißkohl 4—10, Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 5—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 5—14, Kohlraben, Schod 4,00—7,00, Peterfischmurgeln, Schodlag 3,00—4,00, Stoten per 100 Pfund 10—20, Pfefferlinge per 100 Pfd. 5—7, Steinpilze per 100 Pfund 0,00, Radishesen per Schodlag 0,50 bis 1,00, Salat per Schod 1,50—2,00, Gurken, Einmache, Schod 14—20, do. böhmische Schod 0,00, do. Liegnitzer Schod 3,00—5,00, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 7—16, Wachsbohnen, per 100 Pfd. 5—20, Stachelbeeren, per 100 Pfund 0,00, Blaubeeren, per 100 Pfd. 10—15, Johannisbeeren, per 100 Pfd. 10—15, Preiselbeeren per 100 Pfd. 15—28, Kirchen, saure, 100 Pfd. 12—16, Birney, ital., 100 Pfund 14—40, Tiroler 25—40, hiesige 5—15, Salander 17—23, Pfirsiche, hiesige per 100 Pfd. 20—28, ital. in Kisten zu 12 Stück 0,75—2,00, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 25—35, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 17—26, Aprikolen, ital., per 100 Pfund 0,00, franzöl. 0,00, Kestel, italienische, per 100 Pfund 8—15, ung. 10—13, hiesige 3—10, Grovener Ia 15—23, do. IIa 10—20, Pfäumen, ital., per 100 Pfund 0,00, Reineclauden 12—16, hiesige 8—13, ung. 6—15, Bobener, Brüh., 0,00, serb. 12—13, Weintrauben, franz., per 100 Pfd. 14—20, italien. 15—20, Ananas I, per Pfund 1—1,20, do. II 0,00, Zitronen, Messina, 300 Stück 12,00—20,00, do. 360 Stück 10,00—18,00, do. 200 Stück, 10,00—14,00, do. 150 Stück 6,50 bis 9,00, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 20,00—22,00, grün 0,00, Melonen, per 100 Pfd. hiesige 25—35, ital. 12—18, franz. 0,00, holl. 20—25, spanische 5—7, ungarische 10—12.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend. Dienstag, 3. September, 8 1/2 Uhr abends: Versammlungen der Berliner Wahlvereine.

I. Kreis

in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

II. Kreis

Berliner Brauerei, Tempelhofer Berg (großer Saal).

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

III. Kreis

Ritter-Säle, Ritterstraße 75.

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes.
- 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

IV. Kreis

Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.
- 4. Verschiedenes.

V. Kreis

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Vorstands- und Staffenbericht.
- 4. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

VI. Kreis

Germania-Säle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung:

- 1. Berichterstattung vom Internationalen Kongress.
- 2. Diskussion.
- 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Allseitigen Besuch erwarten

209/6*

Die Vorstände.

Soeben ist eine dem Vordentem Huer gewidmete Schrift, beiliegend:
Ignaz Huer
eine 224/5*
Gedenkschrift
von
Eduard Bernstein
erschienen.
Der Verfasser behandelt in zwölf Kapiteln den Lebensgang des Verstorbenen. Die Schrift ist gut ausgestattet, mit mehreren Illustrationen versehen und kann jedem Arbeiter belohnt empfohlen werden.
Der Preis beträgt 50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.
Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 6325.
Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren
kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.
Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags.
Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung.
Der Vorstand.

Union-Festsäle
Greifswalderstr. 222
am Rönigstür.
Jeden Dienstag:
Otto Steidls
Hamburger Sänger.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.
Nachdem: Familienkränzen.
Tanz frei. 20745*
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**

Kranken- u. Begräbnis-Kasse des Vereins der Deutschen Kaufher, G. D. Nr. 83 Berlin.
Außerordentl. Generalversammlung
am Montag, den 4. November 1907, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale Große Frankfurterstr. 47, v. L.
Der Vorstand.
26885 R. H.: Gustav Wilsch.
Bruch-Pollmann
empfehlen ein Lager in Bruchhandagen Leihbüden, Geradhalten, Spritzen Suspension sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt unter J. Cris- u. Hülls-Krankentafeln
Berlin C., 680124
30. Finjen-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Riolen, angenehm u. weich am Körper.
Von der Reise zurück
Dr. Sommerfeld,
Schöneberg, Hauptstr. 20.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Amt 4, 3014.

Hungersnot in Sicht!
Schlafen die Regierungen? Warum rührt sich die Presse nicht?
Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig) Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2.— Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2,10, bezw. 65 Pfg. für das Inland, Mk. 2,20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proestler in Würzburg verschickt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.
Man verlange ebenda selbst Flugschriften und Prospekte.

Partei-Konferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Im festlich geschmückten großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte am Sonntag die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Genosse Wels eröffnete die Konferenz und begrüßte die Delegierten namens der Agitationskommission und des Zentralvorstandes.

In das Bureau wurden gewählt: Als Vorsitzende Zucht-Berlin und Sidow-Brandenburg, als Schriftführer Gehrmann-Berlin und Pieper-Spandau.

Hierauf wurde eine Mandatsprüfungskommission gewählt und die vorgelegte Geschäftsordnung angenommen.

Bericht des Zentralvorstandes

auf der Tagesordnung. Der Referent Zucht führte unter anderem aus: Wenn man die Zahlen des vorliegenden Berichts mit denen der früheren Jahresberichte vergleicht, so sieht man, daß unsere finanziellen Leistungen und die Verbreitung von Flugblättern erheblich größer sind wie früher.

Wir haben uns mit den Gewerkschaften in Verbindung gesetzt, um ein möglichst einheitliches Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft zu ermöglichen.

Den 18 977 organisierten Parteigenossen stehen 58 017 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber.

Aus dem Angeführten sehen Sie, daß der Vorstand seine Schuldigkeit getan hat.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung:

Bericht über die Presse

Spandau-Osthabelland. Für die Provinz Brandenburg ist ein neues Parteiorgan zu schaffen und womöglich der Reichstagswahlkreis Spandau-Potsdam-Osthabelland zu berücksichtigen.

Resolution. Die Provinzialkonferenz erneuert hiermit den Beschluß, wonach außer dem „Vorwärts“ und der „Fackel“ nur die „Märkische Volksstimme“ und die „Brandenburger Zeitung“ als offizielle Parteiorgane für die Provinz Brandenburg anerkannt werden.

In der Erwägung, daß die Konferenz die für die Existenz neuer Parteiblätter notwendigen Bedingungen noch nicht für vorhanden ansetzt und die bestehenden beiden Parteiorgane immer mehr in die Lage kommen, den Bedürfnissen und Anforderungen der ihnen zugewiesenen Kreise Rechnung zu tragen, spricht sich die Konferenz mit aller Entschiedenheit gegen die Gründung neuer Parteiblätter aus.

Suddrücklich betont die Konferenz, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen ist, ein unabhängiges Parteiorgan zu halten.

Den Bericht über die Presse erstattete Sidow, Brandenburg: Wiederholt haben unsere Provinzialkonferenzen beschlossen, daß außer dem „Vorwärts“ nur noch die „Brandenburger Zeitung“ und die „Märkische Volksstimme“ als Parteiorgane für die Provinz anerkannt werden.

Die Konferenz ist von 116 Teilnehmern besucht. Die 26 Kreise haben 69 Delegierte entsandt, außerdem sind vertreten der Brandenburgsausschuß durch 4, die Agitationskommission durch 11, der Aktionsausschuß durch 9, die Frauen durch 4, die Gewerkschaften durch 2, die Parteipresse durch 3 Vertreter.

Hierauf erstattete Kreis-Berlin den

Bericht der Mandatsprüfungskommission:

Die Konferenz ist von 116 Teilnehmern besucht. Die 26 Kreise haben 69 Delegierte entsandt, außerdem sind vertreten der Brandenburgsausschuß durch 4, die Agitationskommission durch 11, der Aktionsausschuß durch 9, die Frauen durch 4, die Gewerkschaften durch 2, die Parteipresse durch 3 Vertreter.

Diskussion über den Vorstands- und Pressebericht wird eröffnet.

Bieser-Spandau begründet den Antrag seines Kreises. Es gibt in Spandau etwa 9000 Staatsarbeiter. Sie stehen unter einem furchtbaren Druck; deshalb können wir schwer an sie herankommen.

Ewald: Die Erfahrung zeigt uns, daß wir in Orten, wo ein Wahlverein besteht, leichter Mitglieder für die Organisation gewinnen, als wenn sie sich einem Wahlverein anschließen sollen.

lichen Presse verlangen, weil dieselbe viel Stadtkratsch und östliche Angelegenheiten bringt.

Faber-Frankfurt a. O.: Die Staatsarbeiter könnten wir doch nur auf Umwegen als Leser der Parteipresse gewinnen.

Weder-Berlin: Der Antrag Spandau ist ja nicht neu. Anstatt neue Blätter zu gründen, sollten wir die bestehenden ausbauen.

Armer-Bresidenau befruchtet die Schaffung eines Organs für Spandau-Osthabelland.

Berner: Wenn die Spandauer Genossen mit der Gründung eines eigenen Organs den bestehenden Parteiorganen keine Konkurrenz machen wollen, dann müßte der Antrag so formuliert werden, daß er diese Deutung ausschließt.

Paris-Belten wünscht namens seines Kreises, daß die Kosten des Internationalen Kongresses und des Parteitagess nicht durch Sammellisten aufgebracht, sondern aus den regelmäßigen Beiträgen gedeckt werden.

Eugen Bräuner: Mit der Anstellung eines Sekretärs ist ein Bedürfnis Rechnung getragen.

Sadow-Rottbus befruchtet eine rege Agitation sowie ein inangiges Zusammenarbeiten der Partei mit den Gewerkschaften.

Sidow-Brandenburg erhält das Schlusswort. Aus den Ausführungen der Genossen Pieper und Paris geht hervor, daß die Spandauer Genossen noch nicht wissen, ob sie ein periodisches Flugblatt oder eine Zeitung haben wollen.

Hierauf wurde der Agitationskommission und dem Zentralvorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Die Resolution des Vorstandes zur Presse wurde angenommen.

Ueber den dritten Punkt der Tagesordnung

die Reichstagswahl 1907

Wels: Die ersten Nachrichten über den Ausfall der Reichstagswahlen waren für uns deprimierend.

es auch, die indifferente Masse gegen uns ins Feld zu
Troch allem haben wir keine Ursache, wegen des Ausf
Wahl pessimistisch zu sein. Die Verrechnung unserer
von 3 auf 3 1/2 Millionen ist ein guter Erfolg. Der Redner
zog die Wahlergebnisse Berlins und der Provinz Brande
einer eingehenden Betrachtung. Im Jahre 1903 hatten wir in der
ganzen Provinz 755 385 eingeschriebene Wähler. 1907 waren es
858 802. Der Zuwachs beträgt also 103 417. Hier von kommen
auf Teltow-Beeslow 65 054, auf Niederbarnim 27 220, so daß für
die ganze übrige Provinz nur ein Mehr von 10 013 bleibt. Im
Jahre 1903 hatte die Provinz eine Wahlbeteiligung von 75,1 Proz.,
1907 betrug sie dagegen 84 Proz. Für Berlin lauten die ent-
sprechenden Zahlen 73,7 und 77,4 Proz. Die Wahlbeteiligung war
1907 in den Provinzbezirken stärker, der Wahlkampf also heftiger
wie in Berlin. Am schwächsten war die Wahlbeteiligung 1903 in
Friedeberg-Arnswalde mit 59 Proz., die 1907 auf 83,5 Proz. stieg,
während 1907 die schwächste Beteiligung in Ost- und West-Stern-
berg mit 80,3 Proz. war. 1903 hatte dieser Kreis eine Beteiligung
von 61,9 Proz. Die stärkste Beteiligung 1903 ist in Sorau-Fortz zu
verzeichnen, nämlich 88,1 Proz. Im Jahre 1903 und 91,3 Proz. 1907.
Brandenburg-Westbavelland hatte 1907 die stärkste Beteiligung bei
der Hauptwahl mit 90,8 Proz., bei der Stichwahl 92,8 Proz.,
Kottbus-Spremburg bei der Hauptwahl 90,3, bei der Stichwahl
88,2 Proz. In der ganzen Provinz erhielt die Sozialdemokratie
im Jahre 1903 243 689, das sind 43,1 Proz. aller Stimmen.
1907 stieg unsere Stimmenzahl auf 291 930, das Verhältnis zu der
gesamten Stimmen ging aber auf 40,6 Proz. zurück. Von dem
Stimmenzuwachs entfällt auf Teltow-Beeslow 30 250, auf Nieder-
barnim 19 498, es ist also für die übrigen 18 Provinzbezirke ein
Rückgang von 1407 Stimmen zu verzeichnen, obgleich wir in ein-
zelnen Kreisen Fortschritte gemacht haben. Das Mandat von
Brandenburg-Westbavelland ging verloren trotz der stärksten Wahl-
beteiligung in diesem Kreise. Die Wahlergebnisse in der Provinz
zeigen hiernach kein erfreuliches Bild. Unser Mißerfolg ist zurück-
zuführen einerseits auf die stumpfsinnige Agitation unserer Gegner,
andererseits aber auch auf die Schwäche unserer Organisation. Es
fragt sich, was haben wir angefaßt dieser Sachlage zu tun? Wir
müssen uns die Organisation und die Agitation unserer Gegner
ansehen, um daraus zu lernen, auf wie schwachen Füßen unsere
eigene Organisation noch steht. Der Reichsverband unterhält in
Berlin ein Zentralbureau mit 50 Beamten, die nichts weiter zu
tun haben, als das Material zusammenzustellen für die Hunderte
von Agitatoren, die im Lande im Auftrage des Reichsverbandes
arbeiten. Derartige Bureaus hat der Reichsverband auch in einer
Reihe anderer Städte. Wir haben allen Grund, die Agitations-
weise unserer Gegner aufmerksam zu beobachten. Wir dürfen
nicht glauben, daß wir schon unsere Schuldigkeit getan haben, wenn
wir unsere Beiträge zu der politischen und gewerkschaftlichen
Organisation gegeben haben. Der Reichsverband betreibt eine aus-
gedehnte planmäßige Agitation gegen die Sozialdemokratie. Der
Lang, den uns der Reichsverband bei den Reichstagswahlen auf-
gespielt hat, wird sich auch in der Zukunft wiederholen. Deshalb
müssen wir alles daran setzen, um Aufklärung unter den Arbeitern
zu verbreiten, damit sie, wenn die Agitation des Reichsverbandes
an sie herantritt, dieselbe mit Berachtung zurückweisen. In dieser
Richtung haben wir emsig zu arbeiten.

Auch andere Organisationen betreiben den Kampf gegen uns,
so der Flottenverein mit seinen reichen Kassen und einer Mit-
gliederzahl, welche die unsere weit übersteigt. Ferner stehen auch
die Arbeitervereine im Kampfe gegen uns. — Das Zentrum verfügt
über eine Organisation, welche an Stärke die der Sozialdemokratie
weit übersteigt. Der Volksverein für das katholische Deutschland
betreibt eine Agitation, die wir nicht unterschätzen dürfen. Schul-
kurse, wie sie unsere Partei jetzt zur Heranbildung agitatorischer
Kräfte eingerichtet hat, sind in jener Organisation ebenfalls vor-
handen. Die Jesuitenschule in M.-Gladbach zieht einen Stamm
von gewandten Zentrumsagitatoren groß. Auch der Reichsläger-
verband hat eine Rednerschule. Alle diese Organisationen können
vorbildlich für uns sein.

Es fragt sich nun, welche Mittel stehen uns zur Verfügung,
damit wir den vereinten Gegnern gerüstet entgegen treten können.
Als unsere vornehmste Waffe ist die Presse bezeichnet worden, und
mit Recht. Aber es kann nicht bestritten werden, daß wir mit einer
Million Lesern der Parteipresse und zwei Millionen Lesern der
Gewerkschaftspresse immer noch weit im Hintertreffen stehen. Der
Reichsverband allein versorgt 1370 Zeitungen mit Material. Eine
solche Zentralfeste für unsere Presse fehlt uns noch. Es ist not-
wendig, eine solche zu schaffen. In erster Linie gilt es, unsere
Presse auszubauen, die schwach fundierten Blätter so zu härten,
daß sie existenzfähig sind und unsere Bewegung in den schwachen
Bezirken fördern können. Den Arbeitern muß es zur Ehrenpflicht
gemacht werden, unsere Parteiblätter zu lesen. Notwendig ist es
auch, die Aufklärungsarbeit der Frauen zu unterstützen und zu
fördern, denn die Frauen sind es zum großen Teil, welche die un-
politische Masspresse bedrängen und der Verbreitung unserer
Presse entgegen stehen. Auch auf die Stärkung der Gewerkschaften
müssen wir unser Augenmerk richten. Diejenigen, welche glauben,
daß eine gewisse Einklang zwischen Unternehmern und Arbeitern
herbeigeführt werden könne, werden durch die wirtschaftlichen
Kämpfe der letzten Zeit belehrt sein, daß es keine Versöhnung
zwischen Kapital und Arbeit gibt. Ein Hüben und ein Dräuben
gibt es. Die Unternehmer wollen wohl den Frieden, aber nur
mit einer gefesselten Arbeiterschaft. Nur eine starke Organisation
ist imstande, den Arbeitern Respekt zu verschaffen, und den Unter-
nehmern Zugeständnisse abzurufen. Wir brauchen starke Gewerks-
schaften, um gegenwärtig die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu
verbessern. Aber auch starke politische Organisationen sind not-
wendig, denn, wie Marx sagte, muß der Kampf für die volle Frei-
heit der Arbeiterklasse notwendig ein politischer Kampf sein.

Für die nächste Zeit stehen uns schwere Kämpfe bevor. Die
Wahlrechtsfrage in Preußen hat uns gezeigt, wie schwach der Libe-
ralismus ist, der sich jetzt in der Gnadenform der Regierung wohl
fühlt. Das Zentrum zeigt keine Lust, zu seiner früheren Oppo-
sitionsstellung zurückzukehren, es scheint sich zurück nach der Zeit,
wo ihm die Hintertreppen der Regierungspolitik offen standen. —
Uns gegenüber steht die gesamte Reaktion. Wir nehmen den Kampf
auf, weil wir wissen, daß wir siegen werden. Ein jeder Genosse
muß ein Agitator und Organisator sein, er muß auf gewerkschaft-
lichem und politischem Gebiet wirken und arbeiten für unsere
Ideen bis zum endgültigen Siege des Sozialismus. (Lebhafter
Beifall.)

Folgende Resolution ist eingegangen:
„Im Hinblick auf die Schärfe des letzten Reichstagswahl-
kampfes und die bevorstehenden Kämpfe hält die Provinzial-
konferenz für die Provinz Brandenburg den weiteren Ausbau
der Organisation für dringend erforderlich. Insbesondere hält
sie es für wünschenswert, daß in möglichst vielen und möglichst
kleinen Bezirken Parteisekretäre angestellt werden, die
die Arbeit planmäßiger gestalten könnten, als es bisher der Fall
sein konnte.“

Die Diskussion wird eröffnet.

Klüh-Kottbus: Wir können uns zu dem Ausfall der Reichs-
tagwahl gratulieren, hat er uns doch gezeigt, welche Schwächen
in unseren Reihen vorhanden sind. Als Genosse Peus auf der
vorjährigen Provinzialkonferenz sagte, wir müssen dahin streben,
so viele angestellte Agitatoren zu bekommen, wie die Kirche Pfaffen
hat, da wurde über diese Bemerkung gelacht. Inzwischen sind die
Genossen doch wohl zu einer anderen Ansicht gekommen, denn nach
den Wahlen ist ein Sekretär für die Provinz angestellt worden.
Ich wünsche, daß es nicht dabei bleibt. In den Kreisen der Provinz
sind die Verhältnisse so verschieden, daß möglichst in jedem Kreise
ein Sekretär angestellt werden müßte. Auch unsere Presse muß
ausgebaut werden. Die Gründung eines Pressebureaus, welche auf
dem Parteitag besprochen werden wird, ist mit Freuden zu be-
grißen. Ich wünsche aber, daß man bei dieser Angelegenheit nicht
unterscheide zwischen Revisionisten und sonstigen Parteigenossen.
Diese Unterscheidung, die alle Parteidebatten der letzten Jahre be-

ste, ist ein Anflug, der aufhören muß. Ich ersuche um Ent-
scheidung der Resolution.

Schadow-Kottbus befürwortet die Resolution in dem
Sinne, daß der Zentralvorstand zu prüfen habe, wie weit die An-
stellung von Parteisekretären möglich und durchführbar ist.

Die Pmann erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen
Wels einverstanden. Er müsse aber Wasser in den Wein der Be-
geisterung gießen, welche glaubt, daß es nur der Annahme einer
Resolution bedürfe, um Parteisekretäre zu bekommen so viel man
wünscht. Es müsse doch geprüft werden, wie weit es möglich ist,
Sekretäre anzustellen. Redner erklärt, daß er die größte Sympa-
thie für die Resolution habe, er bitte aber, dieselbe dem Vor-
stand zu überweisen, damit er prüfe, wo es möglich ist, Parteisekretäre
anzustellen.

Peus: Ich hätte nicht geglaubt, daß meine Anregung vom
vorigen Jahre auf so fruchtbaren Boden gefallen ist, ich freue mich,
daß wir schon so weit gekommen sind und einen Sekretär für die
Provinz haben. Im allgemeinen überschätzen wir das Maß von
Aufklärung unter den Arbeitern, besonders soweit es sich um
unsere Wähler handelt. Auch hier ist die Rücksichtlosigkeit oft noch
sehr groß. Unsere Presse kann nicht so gehalten werden, daß sie in
diesen unaufgeklärten Kreisen verstanden wird. Hier kann nur
die persönliche Agitation Erfolg bringen. Dazu sind aber berufs-
mäßige Agitatoren nötig. Solche müssen wir so viel wie möglich
anstellen. Allerdings ist es schwer möglich, geeignete Personen für
diese Arbeiten zu finden. Ich begrüße die Resolution mit Freuden
und bin schon zufrieden, wenn sie dem Vorstande überwiesen wird.

In seinem Schlusswort erklärte der Referent gegenüber der
Neuerung des Genossen Klüh, die Reibungen innerhalb der
Partei zwischen Revisionisten und Radikalen hätten uns bei den
Wahlen ebenfalls geschadet, auch er sei dieser Meinung, doch
würden diese Konflikte mit einem Schlage verschwinden, wenn eine
bestimmte Gruppe es unterlassen wolle, fortgesetzt zu versuchen,
die Partei in Bahnen zu drängen, die sowohl der bekannten Dres-
dener Resolution wie den Amsterdamer Beschlüssen zuwiderlaufen.

Der vierte Punkt der Tagesordnung: Der Parteitag in
Essen wurde auf Antrag eines Delegierten wegen der vorge-
räuhten Zeit von der Tagesordnung abgesetzt.

Als letzter Punkt steht auf der Tagesordnung ein Vortrag über
Gefinderecht in Preußen.

Der Referent Stadthagen sagte unter anderem: Von
einem Gefinderecht in Preußen kann man eigentlich nicht reden,
denn das Gefinde hat in Preußen keine Spur von Recht. Rich-
tiger wäre es daher, über das Gefinde unrecht zu sprechen. In
Preußen besteht die nationale Schmach, daß ein großer Teil der
Arbeiter, den man als Gefinde bezeichnet, in Verhältnissen lebt,
die einem Hörigkeitsverhältnis gleichen und daß auch noch versucht
wird, diesen Arbeitern die kümmerlichen Rechte zu nehmen. Es
gibt für Preußen keine einheitlichen Rechtsbestimmungen für das
Gefinde, sondern es besteht eine bunte Mannigfaltigkeit von Ge-
findeordnungen, die in den einzelnen Landesteilen ganz verschieden
sind. Das geschriebene Recht stellt noch nicht das ganze Unrecht
gegen das Gefinde dar, denn das Unrecht wird noch vergrößert durch
Entscheidungen der Klassenjustiz und durch Maßnahmen des Wäl-
tels. 19 Gefindeordnungen, die alle ein erhebliches Alter haben,
gelen in Preußen. Die älteste, aus dem Jahre 1793 stammend,
gilt für das Gebiet des Herzogtums Lauenburg. Für unser Ge-
biet kommt die Gefindeordnung von 1810 in Frage, welche in den
altpreussischen Provinzen gilt. Vom bürgerlichen Recht ist das Ge-
finde ausgeschlossen, es steht nur unter der Gefindeordnung. Zwar
können durch Vertrag zwischen der Herrschaft und dem Gefinde
Abweichungen von den Bestimmungen der Gefindeordnung verein-
bart werden, aber nur solche Verträge geschlossen werden, geschieht
es zugunsten der Herrschaft und zugunsten des Gefindes. Ein
Beispiel dafür sind die Verträge, welche durch die Landwirtschafts-
kammer der Provinz Brandenburg mit Landarbeitern abgeschlossen
werden, wodurch die Rechte der Arbeiter noch weiter verringert
werden, als es durch die Gefindeordnung geschieht. Die Gefinde-
ordnung von 1810 ist in eigentümlicher Weise entstanden. Als 1806
nach der Niederlage von Jena im preussischen Volke die Meinung
entstand, daß Napoleon nicht als Unterdrücker, sondern als Befrei-
er gekommen sei, glaubten gewisse Leute in Preußen, es müßten
dem Volke Freiheiten gegeben werden, damit die Niederlage des
preussischen Staates nicht noch größer werde. 1807 erschien ein
königliches Edikt, welches bestimmte, daß von Martini 1810 jede
Gutsuntertänigkeit aufhören und es von da an nur freie Leute
geben solle. Als die Landstände den Erlaß einer Gefindeordnung
verlangten, erklärte Minister v. Stein, das würde dem königlichen
Edikt widersprechen, man müsse es den freien Leuten überlassen,
ihre Verträge zu schließen, wie sie wollen. Aber den Junkern ge-
lang es doch, ihren Willen durchzusetzen. Zwei Tage vor Martini
1810 erschien die heute noch geltende Gefindeordnung vom 8. No-
vember 1810. Sie ist eine beinahe wörtliche Wiederholung der be-
treffenden Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, nur mit
dem Unterschiede, daß sie nicht nur von häuslichen, sondern auch
von wirtschaftlichen Gefindeverhältnissen handelt, wodurch ein
großer Teil der ländlichen Arbeiter unter die Gefindeordnung
fällt. Ein großer Teil der erbtunfähigen Landarbeiter kam also
aus dem Hörigkeitsverhältnis nicht heraus. Das Verhältnis der
Rechtslosigkeit und Untertänigkeit, welches die Gefindeordnung von
1810 festsetzt, kennzeichnet sich unter anderem durch folgende Be-
stimmungen: Gefinde, welches zu bestimmten Dienstleistungen an-
genommen ist, muß auf Verlangen der Herrschaft auch andere
Dienste verrichten, wenn das zu diesen Diensten bestimmte Gefinde
durch Krankheit und dergleichen an der Arbeit verhindert ist. Allen
Anordnungen der Herrschaft hat sich das Gefinde zu unterwerfen,
es darf sich ohne Einwilligung der Herrschaft nicht vom Hause ent-
fernen und die ihm zur Erledigung eigener Angelegenheiten ge-
währte Zeit nicht überschreiten. Das Gefinde hat die Befehle der
Herrschaft mit Ehrerbietung und Bescheidenheit entgegenzunehmen.
Die Nichtbefolgung der Befehle kann bestraft werden. Ein Züch-
tigungsrecht billigt die Gefindeordnung der Herrschaft zwar nicht
ausdrücklich, aber doch indirekt zu, indem sie bestimmt: Wenn das
Gefinde die Herrschaft durch Ungehörigkeit oder Widersetzlichkeit
zum Fort ruht und bedrohen mit Scheltworten oder geringen Täu-
selheiten bedacht wird, so kann das Gefinde keine Vergütung aus
diesem Anlaß fordern. Nur, wenn durch solche Behandlung Leben
und Gesundheit in eine gegenwärtige Gefahr gerät, darf sich das
Gefinde den Angriffen der Herrschaft widersetzen. — Im Hinblick
auf diese schmachvollen Bestimmungen müssen wir dem Gefinde den
Rat geben, von dem Recht der Rotwehr, welches nach bürgerlichem
Recht jedem zusteht, Gebrauch zu machen, wenn die Herrschaft mit
Zäuflichkeiten vorgeht.

Die Frage, wer zum Gefinde gehört, wird durch die Gefinde-
ordnung nicht beantwortet. Man kann aber sagen, daß alle Arbeiter,
deren Verhältnisse nicht durch besondere Gesetze, wie die Gewerbe-
ordnung, geregelt sind, der Gefindeordnung unterstehen. Das
Gefinde unterscheidet sich von anderen Arbeitern in der Hauptsache
dadurch, daß es nicht vorübergehend, sondern für längere Zeit an-
genommen ist, daß sich seine Arbeit auf häusliche und landwirtschaftliche
Dienste erstreckt, daß es im Haushalt der Herrschaft aufgenommen
ist und daß es zur sklavenerartigen Befolgung aller Befehle der Herr-
schaft verpflichtet ist. — Einmal der schmachvollsten Ausnahmege-
setze ist das Gesetz vom 24. April 1854, welches dem Gefinde das
Verwehren der Arbeit ausdrücklich nimmt, aber die Verabredung
zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung mit Gefängnisstrafe be-
droht. Durch diese Ausnahmebestimmung ist dem Gefinde und den
ländlichen Arbeitern die Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern, sehr
erschwert. — Gegenüber dem gewerblichen Arbeiter ist der Land-
arbeiter schlechter gestellt hinsichtlich der Unfall- und Kranken-
versicherung sowie des Arbeiterschutzes.

Für die Gleichstellung des Gefindes mit den übrigen Arbeitern
tritt nur die Sozialdemokratie ein. Sie allein verlangt die Beseiti-
gung des schmachvollen Gefinderechts. Da wir hierüber alle einig
sind, brauchen wir zu dieser Sache keine Resolution anzunehmen. Wir
wollen bei unserer Agitation in Stadt und Land hinweisen auf das

Unrecht, unter dem das Gefinde leidet und die davon Betroffenen
gegen das Unrecht aufstellen. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion befürwortete Harndt-Berlin eine rege
Agitation unter den Dienstboten, besonders für Festsetzung einer
regulierten Arbeitszeit. — Schmidt-Sonnenburg gab der
Agitationskommission zu erwidern, ob es nicht angebracht sei, Flug-
blätter unter den Dienstboten zu verbreiten, um diese über ihre
rechtlichen Verhältnisse aufzuklären. — Ritter-Berlin führte
einige Fälle an, wo die Berliner Gewerkschaftskommission die Rechte
von Dienstmädchen gegenüber der Herrschaft vor Gericht mit Erfolg
vertreten hat. Die meisten Dienstboten wissen nicht, daß es
in der Berliner Gewerkschaftskommission eine Stelle gibt, die
sich ihrer annimmt, wenn sie ihr Recht durchsetzen müssen. Wer
Gelegenheit hat, mit Dienstboten zusammenzukommen, der möge sie
darauf hinweisen. Im übrigen befürwortet der Redner eine leb-
hafte Agitation unter den Dienstboten.

Mit einem kurzen Schlusswort Stadthagens fand dieser
Punkt der Tagesordnung seinen Abschluss.

Zur Verhandlung kam hierauf folgender Antrag von Brande-
burg-Westbavelland:

„Die Provinzialorganisation Brandenburgs beantragt, der
Preussentag möge beschließen, daß für jede preussische Provinz ein
Parteivorstand gewählt wird, analog den Landesparteiorganisationen
in den übrigen deutschen Bundesstaaten.“

Verner führte zur Begründung des Antrages an, derselbe sei
als Ergänzung zum Entwurf des Organisationsstatuts für Preußen
gedacht und solle dadurch vermieden werden, daß ein preussischer
Landesvorstand geschaffen wird.

Klüh und Wels sprachen gegen den Antrag, derselbe wurde
dann mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende Bucht gab der Erwartung Ausdruck, daß die
Arbeiten der Provinzialkonferenz zur weiteren Verbreitung unserer
Ideen beitragen mögen. Er schloß die Verhandlungen mit einem
Doch auf die Sozialdemokratie.

Parteitag der Sozialdemokratie Schleswig-Holsteins und des Fürstentums Lübek.

Aktion, 1. September.

Der auf zwei Tage berechnete Parteitag begann am Sonntag
vormittag seine Verhandlungen. Anwesend sind 101 Teilnehmer,
darunter sieben weibliche Delegierte, Reichstagsabgeordneter Frohme,
sämtliche Reichstagskandidaten des Agitationsbezirks, Vertreter des
Kieler Parteigeschäfts und der Redaktion der „Schleswig-Holst. Volks-
zeitung“. Der Vertreter des Kieler Wahlkreises im Reichstags, Ge-
nosse Legien, ist infolge anderweitiger Verpflichtungen am Ge-
schehen verhindert.

Aus dem gedruckten vorliegenden, sehr umfangreichen Geschäfts-
bericht, der vom Parteisekretär Partels erläutert wird, geht
herber, daß im Agitationsbezirk eine intensive Agitations- und
Organisationsarbeit geleistet worden ist. Durch die volkswirtschaftliche
Haltung des Freisinnigen sind der zweite und fünfte schleswig-
holsteinische Wahlkreis der Reaktion überliefert worden, während
im 3., 4. und 9. Wahlkreise die Freisinnigen mit sozialdemokratischer
Stichwahlhilfe gesiegt haben. Diese schmachvolle Haltung des
Liberalismus hat Anträge gezeitigt, den gegenwärtigen Parteien jede
Stichwahlhilfe zu verweigern. Abgesehen davon, daß die Wahlkreise
Hörsing (2.), Elmshorn (6.) und Lauenburg (10.) verloren gegangen
sind, ist auch der Stimmenzuwachs für unsere Partei ein unbefrie-
digend. Die Gegner haben es mit Hilfe des Reichslägerverbandes
und unter Entfaltung der Kolonialbegeisterung verstanden, die In-
differenzen auf die Beine zu bringen, so daß die gegenwärtigen
Stimmen gegenüber der Wahl von 1906 um 39 998 zunahamen,
während unter Plus nur 8538 beträgt. 177 814 gegenwärtigen
118 348 sozialdemokratische Stimmen gegenüber. Ein er-
freuliches Bild bietet dagegen die Uebersicht über die
finanziellen Leistungen der Wahlkreise. Ueberall ein
Steigen der Einnahme und der Mitgliederzahl der Partei-
vereine — ein Beweis für die innere Festigkeit der Partei. Die
Wahlkosten im Agitationsbezirk betragen insgesamt 93 806 M., wo-
von die Wahlkreise allein 77 698 M. ausbrachten. Insgesamt ver-
einbarmten die zehn Wahlkreise und das Fürstentum Lübeck-Gutin
253 154 M., denen eine Ausgabe von 207 513 M. gegenübersteht.
Die Zahl der Ortsvereine ist von 75 auf 91 gewachsen, davon zählen
43 einen Monatsbeitrag von 40, die übrigen einen solchen von
30 Pf. Die Zahl der organisierten Genossen ist um über 5000 ge-
stiegen, von 23 089 auf 28 175, während die Zahl der gewerkschaft-
lich organisierten Arbeiter 61 679 beträgt. An schriftlicher Agitation
ist großes geleistet worden, denn es gelangten 145 650 Kalender,
15 500 dänische „Volke-Almanak“, 802 050 deutsche und dänische
Flugblätter, 29 260 Proskriden, 4000 polnische Kalender und
Broschüren, 32 000 sonstige Agitationschriften sowie die „Rote Land-
post“ zur Verbreitung. Die Auflage des Kieler Parteiganges ist von
18 207 auf 22 160 gestiegen. Daneben wird noch das „Gau-
burger Echo“ in 13 346, der „Lübecker Volksbote“ in 701,
die „Neue Zeit“ in 164, der „Wahre Jakob“ in 13 222, der
„Süddeutsche Postillon“ in 781, die „Gleichheit“ in 2248 Exemplaren
gelesen. Die Agitationskommission beantragt, die für das flache
Land erscheinende Agitationszeitung „Rote Landpost“ und die
dänische Ausgabe derselben, der „Rode Postbud“, monatlich bzw.
vierteljährlich erscheinen zu lassen. Wäher erschien die „Rote Land-
post“ unregelmäßig.

Die Agitation unter den Frauen und die Organisation der
Jugend hat beachtenswerte Erfolge gezeitigt. An Strafen und
Prozessen mußten 1009 M. gezahlt werden und Genosse Abler
vom Kieler Parteigang hat im Frühjahr die ihm setzzeit in der
bekannten „Frauenlob“-Affäre subsidierten drei Monate Gefängnis
verbüßt. — Die Agitationskommission verzeichnete 68 259 M., darunter
vom Parteivorstand in Berlin 10 000.

Die Debatte über diesen Bericht ist eine recht ausgedehnte;
besonders lebhaft wird der Antrag der Generalversammlung vom
8. und 10. Wahlkreises erörtert:

„Der Provinzialparteitag wolle beschließen, daß unsererseits
bürgerlichen Parteien bei Reichstagsstichwahlen keine Unterstützung
zuteil werde.“

Die Befürworter des Antrages meinten, der Liberalismus
habe sich in geradezu schmachvoller Weise bei den Stichwahlen be-
nommen und er sei überhaupt nicht mehr länderfähig. Einige
Redner versprechen sich eine erhebliche Wirkung auf den Freisinn,
wenn man ihn bei den nächsten Wahlen durchrasten ließe. Der
Provinzialparteitag könne zwar eine Stichwahlaktualität nicht definitiv
beschließen, aber er könne den Bestrebungen im Sinne des Antrages,
der auch auf dem Essener Parteitag zur Erörterung gelangen werde,
mehr Mithilfeleistung verschaffen. Dagegen wird von den Gegnern
des Antrages ausgeführt, die ebenfalls das Verhalten der Liberalen
scharf geißelten, man dürfe sich in solchen taktischen Fragen nicht
vom Gefühl leiten lassen.

Der Antrag wird mit erheblicher Mehrheit abgelehnt.
Ebenfalls lebhaft diskutiert wird der Antrag auf Schaffung einer
dänischen Wochenchrift für Nordschleswig. Der
Antrag wird im Laufe der Debatte von den Delegierten Nord-
schleswigs modifiziert und dann mit Zweidrittelmehrheit an-
genommen. Er lautet:

„Der Provinzialparteitag erkennt nach wie vor die Schaffung
eines dänischen Wochenblattes als wünschenswert und notwendig
an. In Rücksicht darauf, daß ein vierteljährliches Erscheinen des
„Rode Postbud“ beantragt ist, stellt der Parteitag den Antrag des
1. und 2. Kreises zurück, bis die Möglichkeit einer wöchentlichen
Herausgabe durchführbar erscheint.“

Dann wird beschlossen, die „Rote Landpost“ monatlich und den
„Roden Postbud“ vierteljährlich erscheinen zu lassen, was einen
Kostenpunkt von etwa 7000 M. verursachen wird.
Um 7 Uhr abends wird die Verhandlung auf Montag vertagt.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung!

Die Versammlungen in Berlin, in welchen Bericht über den Internationalen Kongress zu Stuttgart erstattet wird, finden heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr statt.

- 1. Kreis: Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35,
2. " Voelckerei, Tempelhofer Berg (großer Saal),
3. " Ritter-Säle, Ritterstr. 75,
4. " Kellers Festsäle, Koppenstr. 29,
5. " Altes Schützenhaus, Viniestr. 5,
6. " Germania-Säle, Chausseest. 103.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vorstände der Wahlvereine.

Rixdorf. Am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Hoppe, Herrmannstr. 46, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Wilmersdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Luisenpark“, Wilhelmstr. 112, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale des Herrn Bernke (zur Rennbahn) am Bahnhof Treptow eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Mariendorf. Heute abend 8 Uhr findet bei Virshle, Chausseest. 82, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Adolf Stern über „Die wahre Gestalt des Christentums“ referieren wird.

Wilmersdorf-Lesime. Den Parteigenossen obiger Orte zur Kenntnis, daß am Mittwoch, den 4. d. M., abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen der Jahlabend stattfindet.

Nieder-Schönhausen. Heute Dienstag, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, findet in Sietelorns „Baldschloßchen“, Lindenstr. 1, eine öffentliche Versammlung statt.

Pankow. Heute Dienstag, abends 1/9 Uhr, findet bei Großhurf, Berlinstr. 27, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Von der „Zuverlässigkeit“ der Gemeindegewählertliste.

Die Vorbereitungen zu den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen in Berlin kommen allmählich in Gang. In der zweiten Hälfte des Juli war die Wählerliste öffentlich ausgelegt worden, damit sie von den Wahlberechtigten geprüft und nötigenfalls berichtigt werden könne.

Die Zahl der Wahlberechtigten, die diesmal vorfichtig genug waren, sich beizeiten um die Wählerliste zu kümmern, ist über alles Erwarten groß. Nicht weniger als 56 674 Personen haben in diesem Jahre 1907 die Mahnung: „Prüfet die Wählerliste!“ beherzigt, während z. B. vor den Stadtverordnetenwahlen von 1905 nur 21 314 Personen die Mahnung ihres Wahlrechtes für nötig gehalten hatten.

Der Magistrat hat in seiner Vorlage sich sogleich darüber geäußert, ob er den Berichtigungsantrag für begründet hält oder nicht. Zu den Umtragungen verweist er auf ein Ortsstatut von 1854, nach dem die Wähler mit derjenigen Wohnung in die Liste einzutragen seien, die sie nach dem Nierenung inne hatten.

Reichlich ist die lange Reihe der Irrtümer in der Berufsangabe, der Namensschreibung usw. Für sie erkennt der Magistrat ohne weiteres an, daß den Berichtigungsanträgen Folge gegeben werden muß.

statt Girschfeld usw. Da stößt man auf irrige Berufsangaben, z. B. Referendar statt Reisender, Schuhmann statt Schuhmacher usw. Am Wahltag dürfen Wähler, die mit so fehlerhaften Angaben in der Liste stehen, ziemlich sicher darauf rechnen, daß sie zurückgewiesen werden und ihr Wahlrecht einbüßen.

Die Anträge auf nachträgliche Aufnahme sind von besonderem Interesse, wegen der Gründe nämlich, die der Magistrat für die Nichtaufnahme angibt. Da sind z. B. 288 Personen, die er als Steuerdefizienten bezeichnet, 39 Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit in Preußen haben sollen, 9 Personen, die als Ausländer gemeldet sein sollen.

Nur für 73 Antragsteller gibt der Magistrat ohne weiteres zu, daß sie verheerlich nicht aufgenommen worden sind. Die Ermittlungen, die der Ausschuss noch anstellen wird, werden vermutlich wieder ergeben, daß noch sehr viel mehr Personen ein Recht auf Aufnahme haben.

Schuljugend und Kinematographen.

Ueber dieses Thema hat sich in der letzten Versammlung des Berliner Lehrervereins der Lehrer Herr Drange eingehend verbreitet. Wir haben bereits die in der Versammlung angenommene Resolution in unserer Sonntagsnummer mitgeteilt.

Der Vortragende gab zunächst ein Bild der raschen Entwicklung des Kinematographengewerbes und der in Frage kommenden Industrien. Die jährliche Filmproduktion beträgt 40 Millionen Frank; eine Pariser Firma dieser Branche produziert täglich 65 Kilometer kinematographischer Filme.

Vom Standpunkt der Gesellschaftswissenschaften betrachtet, stellt sich die Frage als wirtschaftliche und Bildungsfrage dar. Da der Theaterbesitzer naturgemäß vom Geschmack seines Publikums abhängig ist, so bedeutet die Massenfrequenz dieser Geschäfte ein gut Stück Bildungsstatistik mit recht traurigem Resultat.

Die einwandfreien Darstellungen aus den Gebieten der Länder- und Völkerkunde, aus Handel, Industrie, Natur und Märchenwelt beweisen, daß der Kinematograph berufen ist, auf dem Gebiete der Bildung geradezu Hervorragendes zu leisten.

Wie war's, wenn die städtische Schuldeputation mit der Errichtung einiger

Musterinstitute dieser Art ein gutes Beispiel gäbe?

Zur Frage des Schluß-Luzenschlusses, der auf den Berliner Ringbahn- und Vorortstationen mit dem gestrigen Tage in Kraft getreten ist, teilt die Königl. Eisenbahndirektion Berlin mit, daß zwischen ihr und der Berliner Handelskammer, sowie den Vertretern der Kaufmannschaft von Berlin eine Verständigung herbeigeführt worden ist.

Es muß sonderbar berühren, daß die Eisenbahnverwaltung erst Verfügungen trifft, die sie kaum nach Erlaß wieder aufhebt, denn einer Aufhebung kommt die „vorläufige Auslegung“ der Verordnung gleich.

Ueber die Ordnung in den Bäckern der Stadtsynode gehen uns fortgesetzt Klagen zu; einige haben wir veröffentlicht. Sie gehen dahin, daß zahlreiche Personen in den Kirchenlisten geführt werden, die längst der Kirche Walet gesagt und gerichtlich ihren Austritt erklärt haben.

Am 30. Januar d. J. erhielt ich die Aufforderung, die Kirchensteuer von 3,26 M. einzuzahlen, zugleich mit dem Hinweis, daß auch im Falle des Einspruches die Summe binnen 4 Wochen entrichtet werden müßte.

Es ist doch unerhört, in welcher Weise die Stadtsynode mit dem Publikum verfährt. Erst bereitet sie dem zu Unrecht Veranlagten erhebliche Unzuträglichkeiten, droht mit Pfändung, und wenn dann urkundlich nachgewiesen wird, daß ihre Bücher in Unordnung sind, läßt sie die Leute monatlang auf Erledigung der Sache und Rückgabe der erhobenen Steuer warten.

Die Herbstparade hat gestern unter dem üblichen Dummum Trara und den nötigen Abpfezungen stattgefunden. Dieser Umstand veranlaßt einen Mitarbeiter der „V. Z.“ am Mittwoch ein besonderes Loblied auf den „leutefeligen“ Kronprinzen anzustimmen und folgende Anekdote zu erzählen:

Als heute früh der Kronprinz an der Spitze seiner Kavallerie zur Parade ritt, sammelten sich bereits am Schloßplatz etwa hiebzog Schulkinder um ihn, die ihn mit lauten Zurufen begrüßten. Der Kronprinz unterhielt sich, sichtlich delüßigt, während seines ganzen Weges mit der lieben Jugend, reichte ab und zu einigen der Kinder die Hand und erkundigte sich nach ihren Fortschritten in der Schule.

Diese einem Byzantiner alle Ehre machende Erzählung erinnert an eine gleiche Anekdote, die über den „Allen Fröh“ verbreitet und den Schulkindern im Geschichtsunterricht eingebläut wird.

An Surrakreieren hat es gestern auch nicht gefehlt, den größten Teil stellen die Schulkinder. Die und berichtet wird, sollen sie ihre Sache gut gemacht haben. Das „Surra“ hat geklappt. Es ist das auch kein Wunder, wenn man hört, daß es Schulen gibt, die das „Surra“ schreien vorher einüben.

Wenn unsere Kinder tüchtige „Surra“-Musik werden, geht Deutschland in der Welt voran.

Zusammenstoß auf der Stadtbahn.

Unweit des Schlesischen Bahnhofes, unmittelbar bei der Ueberführung an der Andreasstraße, erfolgte Sonntagmorgen zwischen einer rangierenden Lokomotive und einem Scharingzug ein Zusammenstoß, der leicht verhängnisvolle Folgen hätte nach sich ziehen können.

Der Zusammenstoß verursachte eine längere Verkehrsstockung auf den beiden Mittelgleisen. Erst nach mehrstündiger Arbeit konnte die Lokomotive freigemacht werden. Die Aufschüttung des Personentagens 2. Klasse Nr. 686B machte größere Schwierigkeiten. Am späten Abend war aber auch er wieder emporgehoben, so daß der regelmäßige Betrieb aufgenommen werden konnte. Wenn die Schuld an dem Unfall trifft, muß erst die amtliche Untersuchung ergeben.

Eine amtliche Meldung lautet: „Sonntagvormittag 2 Uhr 6 Minuten war auf dem Bahnhof Alexanderplatz die Maschine des Stadtbahnzuges 1442 unfahrbar geworden, infolgedessen die Stadtbahnzüge nach Charlottenburg vom Schlesischen Bahnhof ab das Ferngleis benutzen sollten. Beim Heberkreuzen des Zuges 1444 vom Bahnhof D nach dem Ferngleis fuhr eine in gleicher Richtung vom Fernbahnsteig her umkehrende Maschine dem Zuge in der Nähe der Unterführung der Andreasstraße in die Flanke. Drei Wagen des Zuges und die leere Maschine entgleisten. Personen sind, soweit bekannt, nicht verletzt. Das Stadtleis von Charlottenburg und das Ferngleis nach Charlottenburg waren bis 7 Uhr 30 Minuten abends gesperrt. Stadtbahnzüge verkehrten von Charlottenburg auf dem Ferngleis, Fernzüge nach Charlottenburg zum Teil auf dem Stadtleis, zum Teil unter Umgehung der Unfallstelle auf dem westlichen Ferngleise. Die Untersuchung wegen der Schuldfrage ist sofort eingeleitet.“

An der Oberspre, gegenüber dem Plänterwald, hat der Magistrat 1901 vom Fiskus ein größeres Gelände für den Bau einer städtischen Gasanstalt erworben. Unmittelbar an dieses Gelände und anderem städtischen Grundbesitz angrenzend liegen noch 15 Hektar, die zur Wuhlheide gehören. Der Fiskus hat nunmehr auch diesen Teil für 7 1/2 M. pro Quadratmeter, d. h. zum Preise von 1 1/4 Million Mark an den Magistrat verkauft. Der Baumbestand ist jedoch vom Verkauf ausgeschlossen und verbleibt dem Fiskus, der ihn wahrscheinlich abholzen oder verkaufen wird.

Von einem Ringbahnzug zermalmt. Auf der Nordbahn hat sich gestern vormittag um zehn Uhr ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Der 60 Jahre alte Bahnbeamte August Kaufers aus der Völknerstr. 2 hatte vom Stettiner Bahnhof nach einem Stellwerk eine Bestellung ausrichten wollen. Als er auf dem Wege nach dem Stellwerk die Gleise überschritt, kam ihm ein Ringbahnzug entgegen. Er begab sich infolgedessen auf das Nebengleis, bemerkte jedoch nicht, daß auch auf diesem von hinten ein Zug nahte. Ehe der Lokomotivführer den Zug zum Stehen bringen konnte, war er unter die Maschine geraten und die Hälfte des Trains ging über ihn hinweg. Der Verunglückte wurde vollständig zermalmt unter den Rädern herangezogen. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Eine Reihe von schweren Straßenbahnunfällen werden vom Sonntag gemeldet. Gegen 8 Uhr nachmittags geriet der dreijährige Knabe Erich Teilmann, dessen Eltern in der Prinz Heinrichstraße in Pantow wohnen, an der Ecke der Berlinerstraße mit dem rechten Bein und dem rechten Arm unter den Schuttrahmen des Vorderpergons eines Wagens der Linie 49. Der Wagen mußte von Straßenpassanten angehoben werden, der Knabe wurde mit schweren Verletzungen nach der Rettungswache gebracht. Hier wurde eine Zerschütterung des rechten Oberschenkelknochens und ein Hochbeinbruch festgestellt. — Der Füllier Schleiter von der 8. Kompanie des Garde Jägerregiments versuchte am Sonntagabend gegen 10 Uhr kurz vor einem Wagen der Linie 26 vor der Kaserne in der Chausseestraße das Weis zu überschreiten. Er wurde umgestoßen und erlitt dabei schwere Kontusionen am Kopf. Der Verletzte wurde nach der Kaserne geschafft. — Gegen 12 Uhr mittags wollte ein in der Casselerstraße 9 wohnender Herr Vertbold Ganß den Fahrdamm vor dem Hause Neue Promenade 6 überschreiten. Dabei wurde er von der Automobilmaschine Nr. 8822 umgestoßen und fiel auf das Straßenbahngleis. Er geriet unter den Vorderpergon eines Motorwagens der Linie 42 und kam vor den Schuttrahmen zu liegen. Er erlitt einen Schlüsselbeinbruch, mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen. Der Verunglückte wurde nach dem Schwere-Krankenhaus übergeführt. — Während der Fahrt auf einem Anhängewagen der Linie 81 fiel gegen 12 Uhr mittags ein in der Samariterstraße 5 wohnender Herr Wilhelm Wegener infolge Krämpfe vom Vorderpergon. Er erlitt bei dem Sturz auf das Straßenpflaster eine schwere Wunde am Hinterkopf und eine Gehirnerschütterung und wurde in betäubungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Friedrichsbain gebracht werden.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich schließlich in der Passauer Nacht in Alt-Neubrück bei der Stromstraße. Gegen Mitternacht verließ die in der Stromstraße 38 wohnende Frau Pauline Burghardt einen offenen Anhängewagen der Linie V während der Fahrt. Die Unvorsichtigkeit kam zu Fall und führte zu unglücklich auf das Straßenpflaster, daß sie einen schweren Schädelbruch erlitt. Frau B. verstarb bald nach ihrer Einlieferung in das Krankenhaus an den Folgen der erlittenen Verletzung.

Ein aussehender Unglücksfall, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, hat sich gestern während der Herbstparade in der Belle-Alliancestraße zugetragen. Durch die vorüberziehende Militärkapelle war ein Droschkenpferd scheu geworden und durchgegangen. Das Tier raste in wilder Hast die Straße entlang und brachte die zahllosen Passanten in die größte Lebensgefahr. In der Droschke saß der Major von F. mit seinem 10jährigen Sohn. Der Knabe sprang während der Fahrt aus der Droschke heraus und kam so unglücklich zu Fall, daß die Räder des Gefährtes ihn über die Brust und den Kopf hinweggingen. Schwerverletzt mußte er nach der Unfallstation I gebracht werden. Um weiteres Unheil zu verhüten, sprang der Schuttmann Jönich vom 72. Revier dem dahinjagenden Tiere in die Hügel. Der Beamte wurde eine Strecke mitgeschleift und geriet gleichfalls unter die Droschke. Auch er wurde in schwerer Verletzung nach der Unfallstation gebracht. Er hat anscheinend schwere innere Verletzungen erlitten und mußte dem Krankenhaus am Urban zugeführt werden.

Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich am Sonnabendabend in der Neß'schen Fabrik in der Briesenerstraße zugetragen. Dort befanden sich einige mannesförmige Waffens, die heißes Ölwasser enthielten. Vor einiger Zeit stürzten in eines dieser Waffens zwei Männer, von denen der eine so fürchterliche Brandwunden davontrug, daß er an den Folgen starb. Der andere mußte einige Zeit im Krankenhaus zubringen. Am Sonnabendabend hat sich nun wieder ein schrecklicher Unfall auf dem erwähnten Grundstück zugetragen. Der russische Herrmann Latt, Auguste Victoria-Allee 113, hatte in dem Bassinraum seine Röhre hängen lassen. Als er sie später zurückholen wollte, stürzte er, da er mit den Ortsverhältnissen nicht vertraut war, in ein Bassin. Auf die Schmerzschreie des Verunglückten eilten Arbeiter hinzu, die ihn aus der siedenden Flüssigkeit herausholten. Dem Aermsten waren am ganzen Körper schwere Brandwunden zugefügt worden. In bedenklichem Zustande wurde er in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Die Begnadigung des Schuhmachers Voigt abgelehnt. Ein englisches Wohlthätigkeitsinstitut, Church Army in London, hatte für den wegen des Adenider Raubens zu vier Jahren Gefängnis verurteilten Schuhmacher Voigt eine Begnadigungsbesuch eingereicht. In dem Schreiben, das an das Privatkabinett des Kaisers gerichtet war, hatte der Generalsekretär des Instituts darauf hingewiesen, daß Voigt nach seiner Entlassung eine geeignete Arbeitsstätte erhalten würde. Das Gesuch wurde dem Justizministerium überwiesen; dieses jedoch ließ dem Verein mitteilen, daß kein Anlaß

vorliege, die Haftentlassung Voigts zu verfügen, bezw. seine Begnadigung zu befürworten.

Wieder ein Attentat auf ein Kind. Sonntag abend wurde die vierjährige Tochter des Tischlermeisters Moritz von einem fremden Manne nach dem Neubau Pfalzburgerstraße 9 verschleppt. Der Mann war im Begriff, die Kleine zu mißbrauchen, als er von Vorübergehenden gestört wurde. Er rannte davon, wurde aber verfolgt und schließlich unter einem Bretterhaufen herangezogen und dingfest gemacht. An dem kleinen Mädchen fanden sich Blutspuren.

Von dem Vorstehenden der Vereinigung der freien Jugendorganisationen erhalten wir mit der Bitte um Veröffentlichung folgende

Erklärung:
Die bürgerliche Presse verbreitet eine irreführende Notiz, in der behauptet wird, Versammlungen des Berliner Vereins seien deshalb polizeilich aufgelöst worden, weil die Redner Thematik erörterten, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgingen.

Es sei hiermit festgestellt, daß das noch von keiner in Frage kommenden maßgebenden Instanz bewiesen worden ist. Ferner wird behauptet, daß in Berlin die Leitung der eigentlichen Jugendorganisation in den Händen des durch seinen Antimilitarismusprozeß bekannten Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht liegt.

Das ist eine niederträchtige Lüge, offenbar mit einer bösen Absicht aus den Fingern gezogen.

Veranlaßt durch die gegenwärtig verbreiteten Gerüchte, die die freien Jugendorganisationen mit dem Internationalen Jugendkongreß in Verbindung bringen, erkläre ich hiermit, daß die Vereinigung der freien Jugendorganisationen an dem Kongreß sich selbstverständlich nicht beteiligt hat. Mag Peters.

Die Parteigenossen des 6. Wahlkreises (Gesundbrunnen) hielten am Sonntag in Weimanns Volksgarten ein Herbstfest ab, das sich eines guten Besuches erfreute. Das Komitee hatte nach Kräften für eine anregende Unterhaltung Sorge getragen. Bei dem nach allen Seiten offenen Lokal kamen aber die Vorträge leider nicht so zu Gehör, daß der größte Teil der Besucher alles hätte verstehen können. Am meisten erfreute Alt und Jung der hübsche Fackelzug, der nach Eintritt der Dunkelheit inszeniert wurde. Dabei sah man erst — an der Länge des Zuges — wie reichlich die Arbeiter mit Kindern besetzt sind.

Bei dem Fest ist ein Stod und ein Schirm stehen geblieben. Dieselben können in der „Vorwärts“-Expedition, Stettinerstr. 10, abgeholt werden.

Das Theater an der Spree hat am Sonnabend seine Pforten geöffnet. Es ist beheimatet in den Räumen des bisherigen Deutsch-Amerikanischen Theaters in der Köpenickerstraße, das früher das Holopengische Theater beherbergte. Der neue Direktor, Herr Philipp Spandow, scheint sich die Belegung der alten Berliner Pöste zur Aufgabe gestellt zu haben, wenn man von dem Charakter der Eröffnungsvorstellung auf die Zukunft schließen darf. Es war eine sehr alte Reliquie, die als Eröffnungstuch gewählt war; bereits vor 50 Jahren ist „Der Aktienbubler“ von Kästlich im Köpenickertheater über die Bretter gegangen. Daß der Schwanke auch heute noch Anklang fand, ist im wesentlichen der guten Darstellung zu danken. Herr Heinz Gordon als Aktienbubler Kretschke im Verein mit Frau Dora als Köchin Luderich und Frau Grimm-Eindobhofer als liebetolle alte Jungfer bildeten ein Trio, das allein hingereicht hätte, den Erfolg des Abends herbeizuführen.

Ob Herr Spandow mit seinem Bestreben, die alte Berliner Pöste wieder zu Ehren zu bringen, Glück hat, muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

Sportpark Spandau. Der „Goldene Humpen“, ein Dauerrennen über 1 Stunde, vereinigte 8 Steher am Start und wurde nach langem Kampf zwischen Bedell und Bruni von dem Amerikaner gewonnen. Bedell legte 84,750 Kilometer zurück, Bruni 84,000 Kilometer. — Nachdem Bedell sich im Laufe des Rennens bis auf dem zweiten Platz vorgearbeiten hatte, griff er den führenden Bruni an. Kundenlang währte der Kampf, bis endlich in der 50. Minute Bedell die Oberhand behielt; der Italiener fiel von seiner Führung ab, kam dann aber wieder schön in Schwung und rückte in bedrohlicher Weise seinem Gegner nahe. Schon hatte er ihn erreicht, als er mit seiner Kraft zu Ende war und er 1 1/2 Runden zurück als zweiter landete. A. Huber wurde mit 8 Runden zurück dritter. Nachdem er im Anfang schon gefahren, mußte er zweimal seine Motoren wechseln und kam hierdurch weit zurück. Die übrigen Teilnehmer: Gombault, Duffot und Dutler spielten keine besondere Rolle; der letztere wurde zum Schluß ganz von seiner Führung verlassen und fuhr allein. — Im Preis von Hakenfelde über 10 Kilometer mit der gleichen Besetzung siegte Huber vor Bruni und Bedell. Die anderen weit zurück. — Die Fliegerrennen verliefen sehr interessant. Den Sedan-Preis errang Ellegaard vor Bader, Kurzmeier und Ared. — Im Handicap kamen im Endlauf mehrere Fahrer zu Fall, unter anderem Ellegaard, so daß Schwarztopf (55 Meter Vorsprung) vor Reim (50) und Ganzevoort I (20) den Sieg davontrug. Das Prämiensfahren gewann Bader vor Teplaff, Welz und Tschirpe. — Prämien erhielten: Rubel 4, Stechum 3, Bader, Ganzevoort I, Gerde je 2, Ganzevoort II, Welz, Reim, Teplaff und Reil je 1.

Orgelkonzert. Mittoch, den 4. September, abends 7 1/4 Uhr, veranstaltete der Kapellmeister Vernh. Jrgang in der St. Marienkirche das nächste Orgelkonzert unter Mitwirkung von Frau Emmy Collin-Haberlandt (Sopran), Herrn Carl Koch (Bariton) und Herrn Paul Müller (Violine). Unter anderem fünfte Orgelsonate von Guilmant. Der Eintritt ist frei.

Der Bademeister des „Alten Studentenbades“ ersucht uns unter Bezugnahme auf die Notiz vom 18. August mitzuteilen, daß die Pflanzarbeiten des Wiesen-Ofers gegenüber nicht von ihm, sondern von einem seiner Badegäste ausgegangen seien. Ueber das von uns gerügte ständige Fixieren einer Anzahl Anwohner geht der Einsender in dem an uns gerichteten Schreiben vorsichtigerweise stillschweigend hinweg.

Straßenverengungen. Die Corneliusbrücke und der Kreuzdamm des Bühnenufers werden behufs Vornahme von Pflasterarbeiten vom 2. dieses Monats ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Die Hildebrandstraße wird behufs Umfästerung vom 2. dieses Monats ab gesperrt.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde vor dem Hause Neue Promenade 7 ein unbekannter Mann von der Straßenbahn. Er wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

Feuerwehrrückzug. Am Sonntagvormittag wurde der 17. Zug nach der Kommandantenstraße 39, Ecke der Alten Jakobstraße, gerufen, wo ein Manufakturwarenladen in Flammen stand. Durch kräftiges Wassergeben gelang es diese auf den Laden zu beschränken. Früh um 4 Uhr brannte der Dachstuhl des Hauses Grüner Weg 18. Die 2. Kompanie hatte längere Zeit zu löschen, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Schaden trifft hauptsächlich Mieter schwer, denen eine Menge Hausrat usw. verbrannt ist. In beiden Fällen ist die Entstehung noch nicht ermittelt. Der 10. Zug wurde wegen eines Wassergrohrbruchs nach der Lüneburgerstraße 30 gerufen und wegen eines Brandes nach dem dortigen Güterbahnhof. Papier, Lumpen u. a. brannten auf einem Waggon. Wegen eines gefährlichen Hausbrandes wurde der 16. Zug nach der Triftstraße 22, am Rudolf Virchow-Krankenhaus alarmiert. Um die Gefahr zu beseitigen, hatte die Wehr Wasser zu geben. Kleider, Gardinen, Möbel usw. wurden in der Pöfswalderstraße 30 ein Raub der Flammen. In der Eisenbahnstraße 44 brannten Sachen in einer Wadestube. Der 8. Zug hatte in der Falkenstraße 102 zu tun, wo in einer Schlächtereier die Wadestube brannte. Durch Unvorsichtigkeit war auf dem Boden Rüstentstraße 2

Feuer ausgebrochen. Kohlen hatten sich in der Putzkammerstraße 18 entzündet. In der Müllerstraße 109 brannte ein Bretterhaus und in der Schwedterstraße auf dem Egererplatz eine Pappel. Der Brand eines Automobils vor dem Hause Lindenstraße 45 alarmierte die Hauptwache. Ferner liefen noch Alarme aus der Lygnerstraße, Chausseestraße 101, Brüßlerstraße 10 u. a. Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl wurde am Donnerstag abend im Charlottenburger Filialbureau des Fabrik-, Land- und Gütlerarbeitersverbandes verübt. Genannte Organisation hat in der Schafstr. 17 zu Charlottenburg von dem Gastwirt Müller ein in der ersten Etage belegenes, zu seiner Privatwohnung gehöriges größeres Zimmer zu einem Bureau abgemietet. Am Donnerstag hatten die Hauskassierer des Verbandes mit dem Filialleiter abgerechnet und es befand sich deshalb eine größere Summe Bargeld im Bureau. Diesen Umstand hat sich eine anscheinend mit den Verhältnissen vertraute Person zunutze gemacht und nach dem Weggehen des Beamten einen Einbruch ausgeführt.

Die Korridor- sowie die zum Bureau führende Tür sind mit Nachschlüsseln geöffnet; das Pult, in dem sich das Geld befand, ist mit einem Stemmeisen erbrochen worden. Nach genauen Berechnungen fiel dem Einbrecher die Summe von 670,30 M. in die Hände.

Es kann die Tat nur in der Zeit von 8 1/2—10 Uhr abends ausgeführt worden sein, da nach 10 Uhr von den Familienangehörigen des Gastwirts das nebenan gelegene Zimmer als Schlafraum benutzt wird.

Der Einbruch qualifiziert sich als eine desto größere Gemeinheit, als es sich hier um lauter verdiente Arbeitergehälter handelt.

Schöneberg.

Der diesjährige Stadtverordneten-Wahlkampf wird voraussichtlich von den Gegnern mit bisher nie dagewesener Schärfe geführt werden. Dies geht aus einer Zuschrift des „Berl. Tagebl.“ deutlich hervor. Danach sind bereits der Liberale Verein, die unabhängige Vereinigung, die antisemitische Mittelstandsvereinigung und zuletzt auch der Reichsverband zur Befämpfung der Sozialdemokratie auf dem Kampffeld erschienen. Letzterer soll sogar den Verein vom Roten Kreuz, der doch eigentlich mit Politik nicht das geringste zu tun hat, zu einer am Mittwoch stattfindenden Besprechung eingeladen haben. In der Zuschrift wird es so dargestellt, als haben die Liberalen den Reichsverband und alle anderen bürgerlichen Parteien gegen sich und als sei der Kampf gegen die Sozialdemokratie zur Nebenache geworden. Es wird im Ernst daran niemand glauben können, was in der Zuschrift gesagt wird. Die Sozialdemokratie wird nicht nur den Kampf mit den bürgerlichen Parteien in all-gemeiner zu führen haben, sondern es werden Reichsverband und bürgerliche Parteien mit den Liberalen in trauem Munde die Sozialdemokratie zu bekämpfen suchen. Ist es doch nicht das erste Mal, daß Liberale um die Hilfe des Ligenverbandes bitten; wir vermögen daher nicht einzusehen, daß die Schöneberger Liberalen sich von ihren Gefinnungsfreunden aus anderen Orten zu sehr abheben sollten.

Nahrungsvorgen haben am Sonntag den 69 Jahre alten Besenarbeiter Kramke in den Tod getrieben. Er hatte in der letzten Zeit viel mitummer und Sorge zu kämpfen. Am Sonntag erhängte er sich plötzlich in seiner Wohnung.

Nowatze.

Feuer brach am Sonnabend abend in der 10. Stunde auf dem Bodenraum des in der Wilhelmstr. 55 belegenen Geschäfts- und Wohnhauses des Kaufmanns Ray aus. Dasselbe verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit über den ganzen Dachstuhl und gefährdete auch die Nachbarhäuser stark. Zum Glück herrschte Windstille, so daß es der Feuerwehr nach angestrengter einständiger Arbeit gelang, das Element auf seinen Herd zu beschränken und die herbeigeeilten Wehren von Potsdam, Wannsee usw. nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchten. Der durch den Brand verursachte Schaden ist ein recht beträchtlicher, da der umfangreiche Dachstuhl vollständig ausgebrannt ist. Das Feuer soll, wie wir hören, dadurch entstanden sein, daß eine brennende Lampe auf dem Boden blickt unter einem Balken stand, welcher schließlich Feuer fing und daselbst die dort lagernden Düten- und Papiervorräte entzündete.

Spandau.

Ein Pamphlet nennt das „Spandauer Tageblatt“, der Kostgänger des Reichsverbandes, unseren Artikel über die Sedan- und Paraderferien. Das Blatt gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die in unserem Artikel ausgesprochene Vermutung, das Provinzial-Schulkollegium werde vielleicht doch noch Einsicht haben und verfügen, daß für die Schulen Berlins und der Vororte „Sedan“ diesmal auf den 31. August verlegt wird, eingetroffen ist. Wir sprachen diese Vermutung aus, weil ja, wenn in den Schulen Sedan erst am 2. September gefeiert worden wäre, die Maulaffen zur Spalierbildung knapp sein würden. Dieser Ausdruck scheint es dem Organ königstreuer Männer ganz besonders angetan zu haben. Es schreibt nämlich: „Es freut uns wenigstens, daß die zuletzt in dem Pamphlet ausgesprochene Vermutung eingetroffen ist und die Schulen bereits heute den für Deutschland so wichtigen Gedenktag feiern, damit sie am Montag dem großartigen militärischen Schauspiel beiwohnen und ihren Kaiser vor Angesicht zu Angesicht sehen können; auch wegen der „Maulaffen“ zur Spalierbildung kann der „Vorwärts“ beruhigt sein, da die Schulen nun an dem Tage geschlossen sind; es wird aber außerdem auch an patriotischen Leuten selbst in Berlin nicht fehlen, die in den Straßen der Stadt die schönen preussischen Garderegimenter in ihren Paradeuniformen, die vielen fremdländischen Gäste, und vor allem ihren geliebten Landesherren Kaiser Wilhelm II. sehen wollen. — Man sieht aus dem sozialdemokratischen Geschreibsel, wie die Sozialdemokratie immer dreister auftritt und ihre vaterlandlose Gefinnung bei jeder patriotischen Feier zu erkennen gibt.“ Es versteht sich von selbst, daß wir von diesem Blatt eine andere Beurteilung unserer Stellungnahme zu dem Sedan- und Paraderummel nicht erwarten können. Denn wenn es anders wäre, ließe es ja schließlich Gefahr, daß ihm verboten würde, zu den Liebert und Konjorten zu Tisch zu kommen.

Tegel.

Ein vergifteter Schokolade gestorben. Durch den Genuß von Creme-Schokolade ist das dreijährige Lächterchen des Malermeisters Gemmer von hier gestorben. Seitens des Arztes, der sich den Tod des Kindes nicht erklären konnte, wurden bei einem Abspumpen des Magens Schokoladenteile vorgefunden, die giftige Stoffe enthielten. Der Darm und der Magen waren verbrannt. Die Leiche des Kindes ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Verfammlungen.

Eine stürmische Versammlung des Zentralverbandes der Bauhilfsarbeiter fand am Sonntag vormittag in der „Neuen Welt“ statt. Den Anlaß zu der Aufregung, die die Versammlung beherbergte, gab ein Antrag, daß eine sogenannte Ueberwachungskommission von 7 Mitgliedern gewählt werden sollte, deren Aufgabe es wäre, mißliebigen Vorstandsmitgliedern die Stellungen zu kündigen. Der Antrag gelangte auch richtig zur Annahme. Durch dieses offenbar Mißtrauensvotum verlegt, füllten sich die anwesenden Vorstandsmitglieder veranlaßt, sofort ihre Ämter nieder-

zulegen resp. zu erklären, diese nur noch solange zu verwalten, bis ein neuer Vorstand gewählt sei. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, sofort Vorbereitungen für eine Neuwahl zu treffen. Auf Anraten von Karl Heidemann sah die Versammlung davon ab, die Mitglieder der neuen Kommission zu ernennen. Die allgemeine Urstube wurde aber immer stärker und der Vorsitzende war genötigt, die Versammlung zu schließen. Eine vorläufige Abrechnung vom letzten Streik lag vor; die Generalabrechnung folgt in nächster Zeit.

Die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Möbelpolierer hielten in Boelzels Lokal eine Branchenversammlung ab. Ueber die Gründung der „Freien Vereinigung der Möbelpolierer Berlins“ und ihre Bedeutungslosigkeit im wirtschaftlichen Kampf referierte Kitzsche. Er bemerkte einleitend, daß es ein trauriges Zeichen sei, daß sich die Branche nach einem so langen und schweren Kampfe, wie er hinter dem Holzarbeiterverbande liegt, mit diesem Thema beschäftigen müsse, indem es eine Anzahl eben dieser Mitglieder fertig gebracht haben, diese überflüssige Organisation zu gründen. Die Sache sei um so schlimmer, als die Leute aus dem Verbande vier Monate lang hohe Unterführungen bezogen hätten. Nebenher geht auf die Entschiedenheit der Tisch- und Stuhlpolierer ihren wichtigen Beratungen dienenden Jahrelang abhielten. Als Ursache zur Gründung wurden u. a. angegeben die sogenannte falsche Taktik des Holzarbeiterverbandes bei den Aussperrungen 1904/05 und 1907, wo nach Meinung dieser Lokalorganisierten auf die Provokation der Unternehmer sämtliche Holzarbeiter Berlins hätten aus den Betrieben herausgezogen werden müssen. Die Holzarbeiter hätten in Wirklichkeit den Unternehmern keinen größeren Gefallen erweisen können, als wenn sie dies getan hätten. Nebenher weist auch die übrigen Vorwände der Organisationsgründung zurück und weist zum Schluß seines oft von Zustimmungserklärungen der Versammelten unterbrochenen Vortrages darauf hin, daß es angesichts der Einigungsbestrebungen des Parteivorstandes geradezu frivol gehandelt ist, dieses Organisationsstück ins Leben gerufen zu haben. Die Schlagfertigkeit den sich immer enger zusammenschließenden Unternehmern gegenüber wird dadurch nicht erhöht. — In der Diskussion versuchte der Vorsitzende der „Vereinigung“ fälsche Stimmung für seinen Verein zu machen, womit er aber bei den circa 400 Anwesenden keinen Anklang fand.

Gegen 4 Stimmen nahm die Versammlung folgende Resolution an:

Die Versammlung der Möbelpolierer Berlins verurteilt auf das entschiedenste die Gründung einer besonderen Vereinigung für Polierer. Die Ausführungen des Referenten und der einzelnen Kollegen haben bewiesen, daß die frühere Form der Organisation nicht in der Lage gewesen wäre, den Anforderungen der Kollegen in einem wöchentlichen Kampfe gerecht zu werden. Außerdem erklären die Versammelten es geradezu für ein Vergehen an der modernen Arbeiterbewegung, wenn angelegliche Parteimitglieder zu einer Zeit, wo vom Parteivorstand alles versucht wird, um das Teuernde zwischen Lokal- und Zentralorganisation zu beseitigen, eine Sonderorganisation ins Leben rufen. Die Versammelten erklären, in dem Deutschen Holzarbeiterverband eine Organisation zu haben, die unentwegt auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und eifrigst bestrebt ist, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder zu heben. Ferner verpflichten sich die Anwesenden, dahin zu streben, daß der letzte indifferente Möbelpolierer dem Deutschen Holzarbeiterverband zugeführt wird.

Aus der Frauenbewegung.

Hilfsleistung in Krankheitsstagen.

„Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfsleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.“ Diese Forderung der Sozialdemokratie, deren volle Berechtigung jedem Denkenden ohne weiteres klar ist, und für deren Verwirklichung selbst unsere größten Gegner sofort eintreten müßten, wenn ihnen ihre oft betonten Phrasen von Menschenliebe und Volksgenossenschaft nur einen Augenblick ernst wären, hat besonders für unsere Frauen ein direktes Interesse. Denn durch Krankheitsfälle in der Familie wird die Frau als sorgende Gattin und Mutter am meisten bedrückt und geangstigt und sehr oft ist es derselben nicht oder nur unter schweren Opfern möglich, einen Arzt zu Rate zu ziehen. Auch die Herbeischaffung der Arznei und nötigen Stützungsmittel, überhaupt die genaue Befolgung aller ärztlichen Vorschriften wird ihr oft durch die bittere Not zur Unmöglichkeit gemacht, so daß sie ihre Lieben dahinsinken sieht, ohne helfen zu können. Dieser Zustand geht aber noch weit über das Familienwohl hinaus; es ist eine allgemein volkswirtschaftliche Frage, denn die Volksgesundheit ist das höchste Gut; sie erhält und stärkt die Schaffenskraft des arbeitenden Volkes.

Die weitgehendsten Mittel, die ein Staat zur Pflege der Volksgesundheit anwenden, bringen tausendfältige Frucht. Die herrschende Gesellschaft hat andere Interessen als die des Gesamtvolkes. Wohl verwendet sie Riesensummen, um ein Heer von Soldaten, Geistlichen und Beamten zu erhalten, doch ist sie nicht bereit, die für die Menschheit weit wichtigere Einrichtung der freien ärztlichen Hilfe zu treffen. Vater Staat ist anstatt ein Schützer ein Zerstörer der Volksgesundheit, indem er durch seine Grenzposten und Politik das Brot und alles zum Leben gehörende verteuert und durch die damit verbundene Unterernährung die Widerstandskraft des Volkes schwächt und in jeder Weise die Krankheitsgefahr fördert. Dagegen dient er den Interessen der herrschenden Gesellschaft, die das arbeitende Volk in lust- und lichtlosen, gesundheitsgefährlichen Mietlokalen verbrennt, die Frauen und Männer für fargen Lohn in ebenso ungesunde Arbeitsräume treibt und argere Grauel als betriebliche Kündigungen verübt, indem sie mit der Gesundheit der Eltern die Kraft der Kinder oft schon im Keime vernichtet oder Millionen von ihnen die Pflege und sorgende Hand der Mutter raubt.

Aber nicht nur ärztliche Hilfe, sondern ebenso die unentgeltliche Lieferung der Arznei und aller Heilmittel, die Unterbringung in Krankenhäuser und Erholungsanstalten gehört zur vornehmsten Pflicht eines Staates. Das, was der heutige Staat zur Erfüllung dieser Pflicht leistet, ist vollständig ungenügend und zudem noch mit dem Stempel der „Böhschheit“ gebrandmarkt. Die unbe-

mittelte Klasse, die heute aus öffentlichen Mitteln Pflege im Krankenhaus, in einer Entbindungsklinik usw. genießt, hat mit dem Armenpfleger Bekanntheit zu machen, hat außer ihrem Elend als Armenempfänger noch allerhand Kränkungen und Demütigungen zu ertragen, und der Mann, der Armenpflege in Anspruch nehmen muß, wird zudem noch politisch rechtlos gemacht. Vater Staat glaubt einen Teil seiner Pflicht damit zu erfüllen, daß er der Privatwohntätigkeit gestattet, auf den Bahnhöfen ihre Pfennigbeiträge zu veranlassen. Dem Reisenden fallen dort die mit rotem Kreuz und folgender wunderbaren Inschrift gezeichneten Beistellkästen auf:

**Kraft und Gesundheit dem Volke zu retten,
Gebt einen Pfennig den Volkshilfsstätten.**

Solche Art der Krankenpflege kann eines Kulturstaates nicht würdig sein.

Der Staat, der jährlich Millionen für ein in Waffen starrendes Heer ausgibt, hat kein Geld, um die Schwangere, sowie die junge Mutter nebst Kind zu schützen und zu pflegen. Jährlich gehen tausende Wöchnerinnen mangels ärztlichen Beistandes und nötiger Pflege elend zugrunde.

Die kapitalistische Gesellschaft hat nach den Worten des kommunistischen Manifestes „den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in bezahlte Lohnarbeiter verwandelt“, deren Arbeitskraft nur der kaufen kann, der — Geld dazu hat.

Der schreiende Gegensatz zwischen Reich und Arm macht sich nicht nur im Leben, sondern selbst noch im Tode bemerkbar durch Armengräber und prunkvolle Aufbahrungen. Die Beerdigungskosten drücken jene Familien, die durch lange Krankheit finanziell erschöpft sind, noch vollends zu Boden und zwingen sie zum Schuldenmachen, für deren Tilgung lange gearbeitet werden muß.

Die heutige Gesellschaft ist in ihrem Egoismus taub und blind gegen die Forderungen, die im Interesse der Volksgesundheit erhoben werden. Erst die Sozialisierung der Gesellschaft wird diesen Uebelstand gründlich beseitigen und für alle gleiche Rechte schaffen, aber mit etwas gutem Willen könnte auch jetzt schon manches gebessert werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Ort. Mittwoch, den 4. September, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Gründner, Hoppstedt 24. Vortrag: „Prostitution“.

Friedenau. Dienstag, den 3. September, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Strauß. Vortrag: Herr Störmer.

Schöneberg. Montag, den 9. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Ostf. Reiningersstr. 8: Generalversammlung. Vortrag: Frau Thiel-Tempelhof. Wahl des Vorstandes.

Vermischtes.

In der Kirche vom Blitz getötet.

In Lemberg bei Konopad, Kreis Strassburg (Westpreußen), schlug am Sonntagvormittag während der Kirchzeit der Blitz in die Kirche ein, zündete und tötete 4 Personen; verletzt wurden 16 Personen.

Feuer in der Lungenheilstätte. Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. wurden am Sonntag um 1 Uhr die Insassen der Lungenheilstätte Ruppertsheim durch Feuerlärm aus dem Schlafe geweckt. In den Liegehallen brannten zahlreiche Sessel und Decken. Das Feuer konnte bald gelöscht werden.

Entgleisung. Beim Eifelort-Bahnhof in Köln entgleiste Sonntag morgen ein Güterzug, wobei ein Packwagen umstürzte. Ein Weichensteller wurde getötet, ein Bremser lebensgefährlich verletzt.

Ein tödlicher Ueberfall. In Hamburg wurde am Sonntag der 27jährige Zimmermann Ledewig von einer Gesellschaft von 13 Personen überfallen und erstochen.

Im Zeichen des Automobils.

Mehrere Automobilunfälle haben sich am Sonntag in verschiedenen Orten ereignet. In Regentia fuhr gegen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr ein Automobil, auf welchem sich der Marquis Pallavicini, der Advokat Balsano, ein Chauffeur und ein Mechaniker befanden, auf einer Straße in der Nähe des Bahnhofes. Der Chauffeur, der nicht bemerkte, daß eine die Durchfahrt versperrende Barriere wegen der unmittelbaren bevorstehenden Ankunft eines Zuges geschlossen war, fuhr mit voller Fahrgeschwindigkeit gegen die Barriere, welche zerbrach. Das Automobil befand sich auf den Schienen in dem Augenblick, als ein Güterzug ankam. Der Zusammenstoß war furchtbar. Das Automobil wurde zertrümmert, der Benzinhälter explodierte. Der Mechaniker blieb wie durch ein Wunder unversehrt; er entfloh. Der Chauffeur erlitt eine unbedeutende Verletzung am Kopf, Advokat Balsano war auf der Stelle tot, Marquis Pallavicini wurde ins Krankenhaus zu Regentia gebracht, wo er bald darauf starb.

In Brescia, woselbst eine Automobilwettkampf stattfand, stieß der Wagenanwager, gefahren von Hieronymus, mit einem anderen zusammen. Der Mechaniker Dibold erlitt schwere, Hieronymus leichte Verletzungen.

Bei dem gleichen Anlaß stürzte der Führer des Brizia Just-Wagens De Martino in einen Graben und erlag den hierbei erlittenen Verletzungen. Der Chauffeur wurde leicht verletzt.

In Königstein (Taunus) stieß Sonntagmittag in der Sophienstraße ein Automobil mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer, ein 19jähriger junger Mann aus Cronberg, wurde so schwer verletzt, daß er kurz darauf starb.

Eine Feuerbrunst zerstörte Pariser Meldung zufolge gestern nacht in Epinal die große Ledergerberei von Epinal. Der Schaden wird auf über 100 000 Franz veranschlagt. Zwei Feuerwehreinheiten erlitten ernste Brandwunden.

Ein Wohnstiehl. Auf dem Postamt Rabresina bei Triest wurden sämtliche Beutel der Postpost Triest-Bien, viele Wertbriefe enthaltend, darunter einer über 100 000 Kronen, von bisher unbekannt gebliebenen Tätern gestohlen.

Vom Blitz erschlagen. Nach einer Meldung aus Paris wurden in Klais ein 70jähriger Greis und ein 23jähriger Mann vom Blitz erschlagen.

Erwürgt hat Reimsfer Meldung zufolge in der Ortschaft Biscourcy ein Landarbeiter seine Arbeitgeberin, nachdem er sie vergewaltigt hatte. Der Mörder wurde verhaftet.

Eine Feuerbrunst entbrach am Sonnabend in Tempelberg in Pommern. Wie uns von dort gemeldet wird, sind dabei fünf Wundenstücke mit den dazugehörigen Stollungen eingestürzt worden. Die aus sieben Ortschaften herbeigeleiteten Feuerwehren vermochten gegen das verderbende Element nichts auszurichten. Die Löscharbeiten wurden insofern sehr erschwert, als nicht genügend Wasser vorhanden war. Es wird dieser Mißstand darauf zurückgeführt, daß die Stadtverwaltung für einen Zubringer, durch welchen Wasser in Menge aus dem direkt an den Ort liegenden Tragbassin hätte herbeigeschafft werden können, bisher noch kein Geld übrig gehabt habe.

Straßenbahnzusammenstoß. Wie aus Paris gemeldet wird, sind gestern in Vondy zwei Straßenbahnwagen des öffentlichen Betriebes zusammengestoßen, wobei 30 Personen teils schwer, teils leichter verletzt wurden.

Opfer ihres Berufes. Auf einer Zweigbahn bei Nancy (Frankreich) entgleiten gestern abend zwei mit Kohlen beladene Wagen. Der Lokomotivführer und ein Heizer waren sofort tot. Der Zugführer erlitt schwere Verletzungen.

Auf der Jagd erschossen. In Charleroi wurde gestern während der Jagd der Richter Genard durch einen Schuß seines Bruders, der gestrauchelt war, getötet. Der Vorfall erregt lebhaftes Bedauern, da der Richter allgemein beliebt war.

Ein Eisenbahnzusammenstoß. Bei einem Eisenbahnzusammenstoß in der Nähe von Manuel (Grafschaft Stirling) wurden, wie aus London telegraphisch wird, 21 Personen zum Teil schwer verletzt.

Ein neuer Berg. Aus New York wird gemeldet: Infolge vulkanischer Eruptionen im Golf von Alaska ist auf Perry Island ein neuer Bergkegel entstanden.

Zentral-Verband der Steinsetzer (Pflasterer) und Beratsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Hermann Schladensky I
am 31. August gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Weihensee, Ufermarktstr. 14, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
174/8 Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 31. August, einschließlich mein imhigstgeliebter Mann
Hermann Jarchow.
Die Beerdigung findet am 3. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof, Landsberger Allee, statt.
Amanda Jarchow,
Simon Dohstr. 7.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an der Beerdigung meines Mannes
Wilhelm Trebbin
sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Holz- und Holzarbeiter-Verband, der Witwa Gebr. Bruns und dem 6. Wahlkreis meinen herzlichsten Dank.
28825
Lulise Trebbin.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Schönevelde.
Todes-Anzeige.
Am 30. August verstarb unser Kollege
Wilhelm Schünemann
im Alter von 50 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 3. September, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Bräuer Kirchhofes aus statt.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und die großen Spenden bei der Beerdigung meiner unermöglichten Frau und unserer lieben Mutter
Hedwig Potschies
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Genossen des 655. Bezirks und dem Verband der freien Holz- und Schenkmühle Deutschlands, Dillbrennerei Berlin, Bezirk I, sowie den Wintern des Hauses Kolonnenstr. 41 unseren herzlichsten Dank.
Ferdinand Potschies
nebst Kindern.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.
Am 31. August verstarb unser langjähriger Mitglied
Karl Marx
Bezirk Osten I
im Alter von 56 Jahren an Lungenerleiden.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Nickhofes in Rigdort, Hermannstraße, aus statt.
142/20
Um rege Beteiligung ersucht
Die Verbandsleitung.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 54272*
Haut- und Hautleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.
Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Dr. Schünemann, Berlin NW., Friedrichstr. 203/204.

Gardinen
kauft man am billigsten nur direkt in dem seit 40 Jahren bestehenden
Gardinen-Spezialgeschäft von
Bruno Güther,
Grüner Weg 30, par. 10.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Mocquets.
Plüsch-Reste! Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Berlin, 180.
Emil Lefèvre, Oranienstr.

Seefische — Volksnahrung! Teures Fleisch — billige Seefische!
Bester Fleischersatz, schmackhaft und von hohem Nährgehalt.
Täglich große Zufuhren lebendfrischer Seefische in eigenen Kühlwaggons. Verkauf zu billigsten Tagespreisen.
Große Auswahl in frisch geräucherten Fischen sowie in Marinaden. Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Hauptgeschäft: Bahnhof Borsse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8804.
Verkaufs-Niederlagen:
Gr. Frankfurterstraße 85 | Madalstraße 8/9 | Prinzenstraße 30 | Potsdamerstraße 112a | Wilmersdorferstraße 111 | Spandau, Breitestr. 54 | Tegel, Treskowstraße 14
b. d. Marsiliusstraße. | im Schlesischen Bahnhof. | beim Moritzplatz. | b. d. Lützowstraße. | am Stuttgarter Platz. | am Markt. | Ecke Schlopperstraße.
Tel.: Amt VI 7190. | Tel.: Charlotteburg 6718. | Tel.: Spandau 748. | Tel.: Tegel 114.

Neue Verkaufsstelle: Moabit, Wilsnackerstraße 57 (bei der Dreyestraße).
Eröffnung: Heute abend 6 Uhr.

50 eigene Fischdampfer!

